

SS Telegramm Deutsche Post
2288 BITTERFELD 127 17 1450

AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK BERLIN

18 JUNI 1953

DIE WERKTÄTIGEN DES KREISES BITTERFELD FORDERN : 1. SOFORTIGER RUECKTRITT DER REGIERUNG DIE DURCH WAHLMANÖVER AN DIE MACHT GEKOMMEN IST 2. EINSETZUNG EINER PROVISORISCHEN DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REGIERUNG 3. FREIE DEMOKRATISCHE GEHEIME UND DIREKTE WAHLEN IN 4 MONATEN 4. ZURUECKZIEHUNG DER DEUTSCHEN POLIZEI VON DEN ZONENGRENZEN UND SOFORTIGER UIRCHGANG FUER ALLE DEUTSCHEN 5 SOFORTIGE FREILASSUNG DER POLITISCHEN KAEFTLICHE (KIRCHE, WELTLICHE ANSCHAUUNG SOGENANNT WIRTSCHAFTSVERBRECHER) UND RUECKKEHR ALLER GEFANGEN AUS ALLER

Telegramm Deutsche Post

AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK BERLIN

18 JUNI 1953

WELT 6. SOFORTIGE NORMALISIERUNG DER LEBENSSTANDARDS OHNE LOZSENSKUNIG 7. ZULASSUNG ALLER GROSSEN DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTIEN WESTDEUTSCHLANDS IN UNSERER ZONE 8. KEINE REPRÄSSALIEN GEGEN DIE STREIKENDEN 9. SOFORTIGE ARSCHAFFUNG DER SOGENANTEN VLKSARMEE 10. ZULASSUNG DER DELEGATION AUS DER OSTZONE DIE EINE DER WESTDEUTSCHEN PARTIEN GRUENDEN WOLLEN

1. 2. 3. 4 4 5 6 7 8 9 10. + 1540 +

Telegramm des Streikkomitees Bitterfeld vom 17.6.1953 (Quelle: BStU, Ast. Halle, MfS, AK 13/54, Bl. 155, 156)

Franz Lohfink

[siehe Anmerkungen auf S. 73]

Kassel, 1992, Quelle: Stadtarchiv Bitterfeld / Franz Lohfink, Erinnerungen an den 17. Juni 1953 in Bitterfeld, STAB, ZGS Sign. C 88

Am 16. Juni Sondermeldungen über den RIAS, den wir täglich gespannt verfolgten. – Die Bauarbeiter der Stalinallee streiken. – Alle Stunden neue Berichte durch den RIAS. Seit 10 Uhr streikten die Bauarbeiter. Sie gingen auf die Straße und protestierten gegen die Normerhöhung. ...

Am großen Radioapparat in der Backstube klebten meine Familienmitglieder samt Mitarbeitern am Apparat fest. Auch die Mieter aus dem Haus, die dieselbe Gesinnung wie wir hatten, holten wir herbei.

Wir waren wie betäubt von der aufsteigenden Begeisterung. Wir waren überglücklich über die Meldungen. Sie kamen unseren Wünschen entgegen. Nach Stalins Tod war schon etwas gelockert worden. Die Regierung hat nachgegeben in Kirchenfragen. Eine Sache die uns alle bewegte, denn wir sahen die evangelische und katholische Kirche als das beste Bollwerk gegen den Bolschewismus an. Ich hatte mit vielen Schreiben an die Regierung und Gefechten mit dem Kreisschulrat durchgeboxt, dass Fronleichnam und Allerheiligen bei den katholischen Kindern in der Schule nicht als Fehltag angestrichen werden durfte. ...

Als Vorsitzender der Bäckergenossenschaft (ca. 300 Betriebe) hatte ich zu den Vertretern des Finanzamtes gesagt: „Das Finanzamt ist der Totengräber des Handwerks“. Das hatte zur Folge: Eine gefährliche Verhandlung vor dem Staatsanwalt und vieler politischen Persönlichkeiten. Da ich bei meiner Behauptung blieb und dafür die schriftlichen Beweise vorlegen konnte, ging es glimpflich für mich aus.

Nun endlich gaben die Bauarbeiter der Stalinstraße das Signal für die Beseitigung des Ulbrichtregimes. Hoffentlich machen die Betriebe in Bitterfeld, Leipzig, Leuna und Halle auch mit. Es müsste einen Generalstreik geben. Bis in die späte Nacht hinein unterhielt ich mich mit meinen Freunden, dabei waren auch Heinrich Bernhard, Anton Plein, Kaplan Massolle und Pfarrer Reimetz, was wir tun könnten, um die Sache zu beschleunigen. Um am nächsten Tag möglichst frei zu sein, haben wir die ganze Nacht hindurch gebacken. Das konnte ich nur wagen, da ich meinen Bruder Karl als tüchtigen Mitarbeiter zur Seite hatte und meine Lehrjungen zu mir standen. Wir

waren eine große Familie und hielten fest zusammen. Das Radio lief in unserer Backstube die ganze Nacht über und wir spannten, ob nicht neue Nachrichten kämen. Weil ich die Spannung nicht aushalten konnte fing ich gegen sieben Uhr an, mit blauem Overall bekleidet, den Hühnerstall zu weißen. Dazu benutzte ich Kalk und eine ehemalige Luftschuttspritze, die mich und meinen Anzug mehr bespritzte als die Wände.

Gegen 9 Uhr 30 kam der jüngste Lehrling in den Hühnerstall gerast und rief: „Meester, Meester, gucken se schnell auf die Straße, was da los ist.“ Ich ließ alles stehen und liegen und pirschte zur Straße. Da sah ich die jubelnde und schreiende Menschenwand über die Bahnhoisbrücke vorwärts streben. Die Arbeiter hatten untergehackt. Ein jeder zog jeden. Vor der schwarzen Menschenwand ging gestikulierend ein einzelner Mann – Paul Othma aus Sandersdorf. Ich reihte mich sofort ein und weil mein Anzug vollkommen bekleckert war, betrachteten die Kumpels mich als einen der ihren. Wir marschierten die Brehnaerstraße hinunter zu den Rohrwerken, umjubelt von der Bitterfelder Bevölkerung. Der Zug wurde immer länger, weil wir immer wieder Herumstehende ermunterten mitzumachen. Dann ging es zurück in die Stadt. Am Gebäude der Zeitung „Die Freiheit“ brachen die Kumpels neben mir aus und wollten die runden Schaufensterscheiben einschlagen. Ich stellte mich vor eine runde Scheibe, die Arme ausgebreitet und rief mit überlauter Stimme: „Keine Scherben, bleibt friedfertig!“ Sie wichen zurück und marschierten weiter. Dann schleusten wir den Zug auf die Binnengärtenwiese. Jetzt hatte sich der Lehrer Fiebelkorn mit an die Spitze gestellt und formulierte immer wieder neue Sprüche für die Sprechchöre. Ganz Bitterfeld war aus dem Häuschen. Bei unserem Demonstrationmarsch waren die Straßen voller Menschen, die Geschäfte hatten geschlossen. Man winkte mit Tüchern und Bettlaken. Die Stadt befand sich in einem Begeisterungstaumel. Auf der Binnengärtenwiese stand ein Lautsprecherwagen der Agfa Wolfen. Obenauf Othma und Fiebelkorn. Ich stand direkt neben dem Führerhaus. Othma sprach über diesen erhebenden Tag, der eine einzigartige Solidarität der Arbeiter zeigte. Dann unterhielten sich Fiebelkorn und Othma darüber, wie es weitergehen sollte. Ein Arbeiter sagte zu Fiebelkorn: „Im Rathaus befindet sich der Anschluss für den Stadtfunk.“ Fiebelkorn darauf zu Othma: „Halte Du die Menge ein wenig hin, ich hole den Stadtfunk-Anschluss.“ Danach stürmten Fiebelkorn, ich und noch ca. 20 Mann zum Rathaus. Wir pochten an die verschlossene Rathhaustür und forderten das Öffnen der Rathhaustür. Eine Frau rief vom Innenraum des Treppenaufganges: „Wir öffnen nicht, wir haben Kinder für unseren Schutz als Geiseln.“ Darauf Fiebelkorn: „Passiert den Kindern etwas, dann geht es Euch schlecht!“ „Wir öffnen nicht.“ schallte es zurück. Darauf Fiebelkorn: „Wenn ihr

nicht öffnet holen wir alle Streikenden von der Binnengärtenwiese, dann geht es Euch aber schlecht!“ Aufgrund dieser Drohung wurde uns geöffnet. Als Fiebelkorn fragte: „Wo sind die Kinder?“ antworteten die Frauen: „Das haben wir nur aus Angst gesagt, es sind keine Kinder hier.“ Man händigte uns den Stadtfunk aus und auf der Binnengärtenwiese wurde in blitzesschnelle der Anschluss hergestellt. Auf einem Traktor wurde das Mikrofon installiert und von Othma, Sowada und anderen zu kurzen Ansprachen benutzt. Fiebelkorn bestieg danach den Traktor, ergriff das Mikrofon und rief: „Deutsche Schwestern und Brüder. – Seit acht Jahren warteten wir auf die versprochene Einheit in Freiheit, auf ein demokratisches Deutschland! Statt der Demokratie erlebten wir eine Neuauflage der Diktatur. – Statt der Braunen herrschen heute die ROTEN. Nur die Farben, nicht die Art, hat sich verändert. – Die Angst lastet auf uns! – Heute nun sind wir endlich frei – Heute sind wir frei und wollen frei sein. ... In den Schulen soll nicht nur der Marxismus, sondern auch der Idealismus gelehrt werden, damit sich die heranwachsende Jugend ihr eigenes Weltbild aufbauen kann – Es lebe der Idealismus!!! Wir wollen nicht mehr auf die Zukunft vertröstet werden, wir wollen für unser Leben arbeiten. Wenn es uns gut geht, dann geht es auch unseren Kindern gut; dann ist auch die Zukunft gesichert. ... Wir fordern:

Ich stelle die Forderungen erst auf und dann stimmen wir über jede Forderung ab.

1. Ende der Preis-Steuer-Preisspirale.
2. Beseitigung der Schlagbäume an der Zonengrenze
3. Freier Reiseverkehr für beide Teile Deutschlands
4. Rücktritt der Ulbrichtregierung
5. Zulassung der im Westen befindlichen Parteien
6. Auflösung und Verbot der SED
7. Wahl einer gesamtdeutschen Regierung auf demokratischer Basis
8. Wahl einer provisorischen Regierung – sofort –
9. Bis zur Neuwahl einer gesamtdeutschen Regierung, erklären wir feierlich, dass die westdeutsche Regierung auch für uns zuständig ist.
10. Sofortige Freilassung der politisch, religiös und rassistisch Verfolgten
11. Freie Meinungsäußerung

Wir denken auch nicht daran, die Rechte der SMA anzutasten. Unser Streik ist eine innerdeutsche Angelegenheit. Wir erheben aber auch hier in Mittel-

deutschland den Ruf wie die im Westen. Wenn für sie gilt: „Ami go home“, so gilt für uns von nun an der Ruf: „Rusky damoyi“

Über alle Punkte wurde einzeln abgestimmt. Die Forderungen wurden einstimmig, von großem Jubel begleitet, angenommen ... ca. 35.000 Menschen. Dann forderte Fiebelkorn die Streikenden auf, Gruppen zu bilden und in andere Städte zu fahren, um Kontakt mit den Kumpels anderer Werke aufzunehmen, um den Generalstreik vorzubereiten.

Er erteilte die Anweisung: Das Krankenhauspersonal, Gaswerkpersonal, E-Werk, Versorgungspersonal bleiben in Arbeit, alle anderen streiken weiter. Die Arbeiter übernehmen die Betriebe. ...

Damit die Forderungen zur Durchführung gebracht werden konnten, wurde ein Streikkomitee gewählt, an deren Spitze Othma stand. Sowada, Fiebelkorn und je ein Mann von den Betrieben stellten das Komitee, 17 insgesamt. Fiebelkorn erklärte gerade das Deutschlandlied als die neue Nationalhymne, da kam der Ruf vom Platz: „Man verhaftet am Randes des Platzes Streikteilnehmer.“ Fiebelkorn rief: „Die holen wir raus. Die befreien wir.“ Und er fragte die wild erregte Menge: „Wollen wir zulassen, dass man unsere Brüder verhaftet? Wir holen sie raus. Wir befreien sie. ...“ Jubelnder Beifall, wütende Zustimmung waren die Antworten. Fiebelkorn stimmte das Deutschlandlied an, worin allesamt mit einstimmten.

Noch nie habe ich soviel Tränen in den Augen von harten Männern gesehen, wie beim Absingen der Deutschlandhymne, sogar die starken Typen aus dem Graphitbetrieb, rußbeschmiert mit Lederschürzen bekleidet schämten sich nicht ihrer Tränen.

Fiebelkorn gab nun ein Einsatzkommando. Die links auf dem Platz Stehenden marschierten zum Polizeikommando. Sowada setzte sich an ihre Spitze, die Mitte marschierte zum SSD-Gebäude und ich stürmte mit den übrigen das Gefängnis. Mit Gejohle und wilder Hast stürmten die Trupps an ihren Einsatzort. Da wir glaubten, dass das Haupttor des Gefängnisses verriegelt wäre, kletterten wir über Zäune, durch Gärten hindurch zum Arbeitsgebäude des Tischlers ... hangelten an dem niedrigen Gebäude hinauf und kamen an die Rückwand der Gefängnismauer. Dort enterten wir hinauf und manche rutschten an einem angelehnten Telefonmast in den Hof hinunter. In der Ecke der Gefängnismauer lag ein großer Haufen Sand, auf diesen sprangen drei Mann mit mir hinunter und bestanden es ungefährdet. Innen, neben der Haustür stand ein großer Handwerkskasten mit Spaten und Spitzhacken. Im ersten und zweiten Stock schlug man schon die Holztüren der Zellen ein. Ich schlug mit einer Spitzhacke an den ersten Zellentüren unten die Luftschlitze ein,

sah hindurch aber die Zellen waren leer. Im ganzen Haus herrschte ein großer Tumult und dazwischen hörten wir immer wieder Schreie: „Hilfe, helft uns.“ Bei zwei anderen Türen hatte ich Glück und konnte je zwei Mann herausziehen. Fiebelkorn, der sich mit dem Staatsanwalt Flugge unterhielt, berichteten wir, dass alle Zellen geräumt seien. Staatsanwalt Flugge musste sämtliche Entlassungspapiere unterschreiben, die ehemals Inhaftierten bekamen Fahrgeld bis zu ihrem Wohnort (Die meisten sagten uns aber, dass sie aus Sicherheitsgründen sofort nach Westberlin fahren wollten) und die ihnen zustehende Verpflegung.

Als einige Streikende mit Stricken in der Hand ankamen und drohten, den Staatsanwalt und jeden Funktionär aufzuhängen, sprang Fiebelkorn auf einen Tisch, rief: „Keine Übergriffe. Jeder kommt vor ein ordentliches Gericht. Die Stricke mussten abgegeben werden und wurden verschlossen. Damit Herr Staatsanwalt in Ruhe die Entlassungsurkunden ausfüllen konnte, wurde ein junger Polizeioffizier vor seiner Tür postiert. Drei Streikende stürzten sich auf ihn und wollten ihm die Epauletten und Abzeichen abreißen. Er wehrte sich dagegen und als sie ihn schlagen wollten, stellte ich mich schützend vor ihn und sagte: „Lasst den Mann in Ruhe, lasst ihm die Schulterstücke, Hauptsache er tut seine Pflicht an der Tür.“ Ein Mann, den ich vom Sehen her gut kannte, der auf dem Bahnhof als Dienstmann fungierte, wollte auch als politischer Häftling entlassen werden. Ich wusste, dass er wegen Kindesmissbrauchs im Gefängnis saß, schnappte ihn am Kragen und steckte ihn wieder zurück in die Zelle, wo schon zwei Funktionäre eingesperrt waren. Fiebelkorn forderte auch den Staatsanwalt Flugge auf, telefonisch die sofortige Entlassung der Frauen im Frauenzuchthauslager (gegenüber dem EKB) anzuordnen. Die Frauen gingen aber auf den Telefonanruf nicht ein und verlangten eine schriftliche Bestätigung, durch den Staatsanwalt unterschriebene Entlassungspapiere. (Wie ich später erfuhr sind die Frauen, die wegen Devisenvergehens angeklagt waren, nach drei Tagen ordnungsgemäß entlassen worden)

Ein Streikender kam zu Fiebelkorn und sagte: „Du sollst sofort ins Rathaus kommen, die Streikenden haben das Rathaus besetzt und brauchen Deine Hilfe.“ Fiebelkorn ging ins Rathaus und ich pendelte zwischen Rathaus und Gefängnis hin und her. Am großen Tisch im Rathaus saßen die gewählten Kreisstreikführer, Fiebelkorn war Vorsitzender. Seine erste Amtshandlung war, dass sich der zweite Bürgermeister zur Verfügung gestellt hatte, er wurde im Amt belassen, allerdings vier sachkundige Streikende zu seiner Überwachung. Dann wurde ein provisorischer Oberbürgermeister gewählt Herr Selle. Als provisorischer Landrat – Lieber (oder ähnlicher Name) wurde gewählt. Fiebelkorn machte den Vorschlag enge Verbindung mit unseren Nach-

barstädten zu schaffen, darauf gab der Streikführer Geye, Bauunion, bekannt, dass sie über einen großen Wagenpark verfügen und dass sie damit die Verbindungsleute in die Städte Halle, Magdeburg, Leipzig, Leuna und Dessau fahren können. Gleichzeitig schlug er eine motorisierte Stadt und Warnsicherung vor. Geye übernahm die Durchführung dieses Einsatzes und schlug auch vor, ein Streikblatt drucken zu lassen. Um in diesen wichtigen Tagen dem Alkoholkonsum Einhalt zu gebieten, wurde ein Ausschankverbot für Alkohol erlassen. Ebenfalls sollte die Schließung der Banken bis auf weiteres erfolgen. Noch mehrere Verordnungen, die der Sicherheit dienten wurden erlassen und sofort über den Stadtfunk bekannt gegeben. ...

[Anm. d. Red.: An dieser Stelle folgen die Telegramme des Kreisstreikkomitees an die Regierung der UdSSR und die Regierung der DDR. Siehe Bericht von W. Fiebelkorn.]

...

Der Bahnhof wurde von Streikenden der Reichsbahn besetzt; sie richteten auch eine Stafette ein, falls die Telefone nicht funktionieren sollten. Ihre Order lautete: Den Verkehr sofort stillzulegen, wenn Truppen mit der Bahn befördert würden.

Es wurden noch weitere Telegramme abgeschickt: An die drei westlichen Kommissare und an den Uno-Präsidenten, ungefähre Wortlaut:

Eure Exzellenz

Wir bitten Sie, sich bei Ihrer Regierung zu verwenden, daß Sie Ihren Einfluss geltend macht bei der Regierung der UdSSR und in der UNO, daß unser Streik keine faschistische Volkserhebung sei, sondern ein demokratisches Begehren der mitteldeutschen Bevölkerung.

Sie will die Demokratie, die ihr seit acht Jahren versprochen, aber von der illegalen DDR-Regierung vorenthalten wird.

Das Kreisstreikkomitee Bitterfeld
i. A. Fiebelkorn
Vorsitzender und Sprecher

Die Durchgabe erledigte Herr Lieber. Manche Streikführer hatten die Sitzung schon verlassen und bei den Streikenden vor Ort zu sein. ...

Zwischendurch kam eine Delegation von den Wolfener Werken und erklärte, dass sie sich dem Streikkomitee anschließen. Ich ging wieder zum Gefängnis zurück, um dort die Weiterentwicklung zu beobachten. Die Gefangenen waren alle mit ordnungsgemäßen Papieren entlassen worden. Nun stellte

sich der Hunger und der Durst bei den Streikenden ein. Sie wollten hinunter in die Kantine, um Lebensmittel und Getränke zu requirieren. Ich hielt sie davon ab und sagte: „Fiebelkorn hat angeordnet, dass nichts requiriert wird, also lasst die Finger davon. Ich gehe nach Hause, bin in 10 Minuten wieder zurück und bringe Euch selbstgeschlachtete Wurst, Brot und zwei große Pflaumenkuchen.“ Ich ging schnell nach Hause, schnappte den Wurstkellerschlüssel und da kam der Leiter der Industrie und Handelskammer, ein guter Freund von mir, und ließ sich von mir einen Lagebericht geben. Ich suchte danach vergeblich den Kellerschlüssel – (Ich hatte ihn während des Gespräches in die obere Tasche des Overalls gesteckt. Inzwischen hatte mein Bruder Karl schon den Obstkuchen geschnitten und mit Brot und Getränken in einem großen Karton verstaute. Ich verstaute den Karton auf meinem großen Fahrradständer und fuhr eiligst zum Gefängnis.

Doch da standen vor dem großen Gefängnistor zwei riesige Russenpanzer. Die Leute schimpften und schrien, weinten, aber was half es. Wir mussten aufgeben. Ich fuhr noch zum SSD-Haus in der Bahnhofstraße, rechts, kurz vor dem Bahnhof, um die Streikenden zu warnen. Im SSD-Haus hatte man gründlich aufgeräumt. Die Akten lagen wild durcheinander auf der Straße. Ich ergriff einige Akten, die ich später nach Berlin brachte. ... Von dort aus fuhr ich zum Rathaus, wo ich erfuhr, dass der Russe den Ausnahmezustand für Berlin und die ganze Zone verhängt hatte. Aus der Burgstraße kamen russische Panzer angerollt. Die Bevölkerung war wie gelähmt. Es war gegen 17 Uhr. Der Russe hatte das Rathaus besetzt. Die Streikführer mussten der russischen Macht weichen. Auf den Rathausplatz saßen die Streikenden auf dem Fußboden herausfordernd still. Es war solch ein Chaos, dass ich mich unbehelligt mit meinem Riesenkarton auf dem Gepäckträger bewegen konnte. Einen Teil des Pflaumenkuchen verteilte ich an die Arbeiter, die erstaunt und dankbar den frischen Pflaumenkuchen annahmen. Ich fuhr nochmals zurück zum SSD-Gebäude – Stille, auf der Straße die SSD-Akten, der Bahnhof war schon von Russen besetzt. Auf dem Dach des Gefängnisses sind MG positioniert, Russenpanzer stehen davor. Einige der Streikführer irrten durch die Straßen und waren froh, wenn ich sie in ein Gespräch zog. Jeder hatte Angst ob der bedroh- ... [unleserlich, Anm. d. Red.] in der Provinz nicht einmischen würde. Obwohl wir die Wut der Arbeiter im Zaun halten konnten und nichts demoliert worden ist, hoffte jeder unerkannt geblieben zu sein. Mich, mit dem mit Kalk bekleckerten Overall wird man bestimmt nicht identifizieren können und die Freunde und Bekannte halten bestimmt dicht. In unserem Haus wohnte ein gefährlicher Stalinist – Mende – aber der hat sich oben auf dem Dachboden versteckt. (Wir hörten ihn herumtrippeln) Wenn der mich gesehen hätte, der hätte mich über die Klinge springen lassen. Dann hatten wir noch die

stille Hoffnung, dass der Russe die unfähige Ulbrichtsregierung hinwegfegen würde. Auch hofften wir auf die Hilfe der Amerikaner und starteten in den Himmel, ob wir keine Fallschirmjäger entdecken konnten. Wir hatten schon einen Plan ausgearbeitet, wer mit dem Fahrrad wohin fahren sollte, um die Fallschirmjäger einzuweisen. Wir haben die ganze Nacht über Brot gebacken, um unserer Kundschaft gerecht zu werden und um den nächsten Tag freie Hand zu haben. Am Abend kamen mehrere Bekannte, auch Katholische, zu mir und bekannten, unter ökonomischem Zwang für den SSD gespitzelt zu haben. Kein Mensch wusste wie es weitergehen wird. Wir alle hofften, dass morgen weitergestreikt wird.

18. Juni 1953

In den Straßen eine trügerische Stille, fast unheimlich. Enttäuschend für uns – die Busse mit Arbeitern gefüllt fuhren in die Werke. Da wir in unserer Straße den Stadtfunk nur schlecht hören konnten, hatte ich einer Freundin von Tante Emmy – Frau Tschernikow – gebeten (Sie wohnte direkt am Marktplatz), mir zu berichten, wenn der Stadtfunk Nachrichten durchbrachte. Sie hat ihr Amt sorgfältig wahrgenommen und kam des öfteren angelaufen, um zu berichten. Der Stadtfunk plärrt alle paar Minuten: „Sucht Fiebelkorn, er muss sich noch im Stadtgebiet oder in einem der Werke aufhalten. Ob Kinder oder Erwachsene sollen sich, wenn sie ihn erkannt haben, an ihn festklammern. Für die Ergreifung sind 50.000 Mark ausgesetzt. Wir wollen diesen anglo-amerikanischen Agenten und Faschisten, der im Dienst des westdeutschen Kapitalismus steht, der die Jugend schon einmal als Offizier in den Tod getrieben hat und der diese ein zweites Mal in den Tod treiben will, fassen und verurteilen. Ergreift ihn und führt ihn der gerechten Strafe zu. ...“ Wir hatten große Angst um Fiebelkorn und wussten nicht, wie wir ihm helfen sollten, da wir seinen Aufenthaltsort nicht kannten. Wir suchten und horchten überall, um etwas von Fiebelkorn zu erfahren, es war alles zwecklos. Wir versuchten unter schwierigsten Umständen von Komiteemitgliedern und Streikführern etwas über den Verbleib von Fiebelkorn, Sowada und Othma zu erfahren. Wir wollten ihm doch bei der Flucht nach Berlin beistehen. Am 19.6. kam über den Stadtfunk die Nachricht: Fiebelkorn ist gefasst und soll mit tags um 12 Uhr auf der Binnengärtenwiese standrechtlich erschossen werden. Ich organisierte 34 handfeste Getreue. Wir postierten uns in Dreiergruppen am Rand der Binnengärtenwiese und wollten einen Tumult kurz vor der Erschießung verursachen und versuchen Fiebelkorn zu befreien und rechneten dabei auf die Mithilfe der Bitterfelder; an unser Leben haben wir dabei gar nicht gedacht. Auf der Wiese waren allerhand Leute erschienen, aber von

russischer Seite und der Polizei geschah gar nichts, außer der Überprüfung einiger Leute.

Am 22. kam über Rundfunk folgende Meldung: „Der Kreisstreikführer Fiebelkorn ist mit zwei anderen und einer Frau, die das Protokoll führte, am 17. Juni abends gegen 20 Uhr an der Rathausmauer von sowjetischen Soldaten erschossen worden.“

Jetzt atmeten wir auf, denn dass diese Meldung falsch war, wussten wir zu genau, denn alle Plätze, besonders der Marktplatz, wurden von unseren Sympathisanten rund um die Uhr beobachtet. Also Fiebelkorn lebte noch und man ist seiner noch nicht habhaft geworden. Durch Flüsterpropaganda, die schnell läuft, wurde das in der ganzen Stadt publik. Ganz Bitterfeld war eine Gerüchteküche. Da wir dem Radio nicht glauben konnten, hatten wir einzelne Leute, die in Halle, Leuna oder Leipzig arbeiteten, die uns abends nach Eintreffen der Arbeiterzüge über die Zustände an den einzelnen Orten berichteten. Am Bahnhof, an der Post oder in der Rathenaustraße waren unsere Treffpunkte. Weil der SSD alles beobachtete, wechselten wir die Treffs immer wieder und ich ging immer mit dem Schäferhund und der sechsjährigen Gabriele an der Hand zur Tarnung.

Eines Vormittags schickte Dechant Reimetz zu mir, ich möchte doch bald mal zu ihm kommen. Die Zeit passte mir gar nicht, weil Hochbetrieb in der Backstube war, aber ich radelte im Eiltempo los. Der Dechant zeigte mir einen Brief mit komischem Absender und einer nicht zu entschlüsselnden Nachricht. Ich erkannte an einigen Schriftzeichen Fiebelkorns Schrift und entzifferte – die Taufe wäre in Berlin. – Jetzt wusste ich, dass Fiebelkorn lebt und fuhr am Sonntag darauf gleich ganz früh nach Berlin. Für die Fahrt nach Berlin benötigte man eine Dringlichkeitskarte von irgend einem Amt. Der Leiter von der Industrie- und Handelskammer gab mir solche einen Ausweis. In Berlin hatte ich einen guten Freund in Wannsee, Salzachstraße – Kurt Naumann – Er wohnte früher in Bitterfeld und ich hatte mit ihm geschäftlich viel zu tun. In Berlin hatte er eine Fabrik und war Senator im Schöneberger Rathaus bei der CDU. Er hatte Beziehungen zu allen möglichen Ämtern und kannte alle wichtigen Persönlichkeiten von Berlin. Kurt Naumann rief Freunde an und erfuhr, dass die Leute aus Bitterfeld vom Fichtebunker in der Fichtestraße nach Wannsee in das Lager der deutschen Liga für Menschenrechte umgezogen seien. Er rief den stellvertretenden Leiter der Liga für Menschenrechte – Herrn Götz – an und dieser veranlasste, dass ich von dem Pförtner eingelassen wurde. Das Lager ist in der ehemaligen Residenz der italienischen Botschaft untergebracht und ist ursprünglich für jüdische Flüchtlinge eingerichtet worden. Das Wiedersehen mit Willy Fiebelkorn ging in Tränen unter. Willy wollte genau so viel von Bitterfeld wissen wie ich von seiner Flucht.

Nach seiner Mitteilung an Dechant Reimetz fuhr ich selbstverständlich erst mal zu seiner Familie und so konnte ich ihm berichten, dass man diese ziemlich unbehelligt ließ. Willy glaubte, seine Flucht hätte die Bitterfelder enttäuscht, aber ich konnte ihm berichten, wie sehr die Bitterfelder um ihn bangten und mit welcher Hochachtung sie von seiner Leistung am 17. Juni sprachen. Willy war über meinen Besuch übergücklich und ich merkte wie er bei meinen Erzählungen aufblühte. Er redete über sein letztes Treffen mit Othma in Wolfen. Fiebelkorn beschwor dabei alle anwesenden Streikführer des Betriebes aufzugeben und sich nach Westberlin abzusetzen. Aber Othma entgegnete: „Unsere Forderung ist Streik – weiter streiken, wir bleiben hier! Ich habe als zwölfjähriger in Schlesien den Männern, die da kämpften Munition gebracht. Ich habe da auch nicht gekniffen. Hier ist das noch was anderes. Hier kämpfen wir nicht mit Waffen, sondern mit Geist. Was will der Russe? Das ist eine deutsche Angelegenheit. Wir haben mit ihm nichts zu schaffen. Wir schaden ihm ja nicht als Besatzungsmacht. Wir streiken in den Betrieben. Hier sind wir in Massen, die uns Mut gibt.“ Fiebelkorn war da ganz anderer Meinung. Er spürte, dass es für ihn und alle Streikführer nur einen Weg gab, wenn sie in Freiheit leben wollten. – Die Flucht nach Westberlin – Willy sagte: „Lieber Paul, ich glaube an Deinen klugen Menschenverstand, setze ihn an Stelle des Heroismus und komm mit. Ich will kein Andreas Hofer und kein Märtyrer sein.“ Othma ließ sich nicht umstimmen und blieb. Fiebelkorn und Sowada stiegen auf das Motorrad und traten eine Odyssee bis nach Berlin an.

...

Willy sagte mir, dass er oft Depressionen habe, wenn er an die eingelochten Streikführer in Bitterfeld denke und ganz besonders machte er sich um Othma Sorgen. Ich brauchte viel Mühe, um ihn aufzubauen. Bei meinen positiven Berichten über die verlässlichen Leute in Bitterfeld blühte er richtig auf. Ich hatte sofort noch am 17. Juni eine Kampfgruppe „17. Juni“ gegründet, deren Aufgabe es ist, den Frauen zu helfen, deren Männer am 17. Juni verhaftet worden sind. Viele Arbeiter und Geschäftsleute gaben mir Spenden für diese und Heinrich Bernhard verteilte sie an die bedürftigen Familien. Frau Othma kam von Sandersdorf zu mir ins Geschäft und holte sich das Geld selbst ab. Ich wollte die katholische Kirche bewegen, die politischen Gefangenen in den Gefängnissen zu betreuen, aber das wäre aufgefallen und der SSD wäre schnell auf ihren Fersen gewesen. Da die Gefangenenbetreuung schon seit Jahren in den Händen der evangelischen Kirche liegt, wandte ich mich an den Superintendenten und Fräulein Kleeberg, die ich von den Stadtverordneten-sitzungen [...]

Durch ihn erreichte ich eine Betreuung der politischen Gefangenen und bekam die Möglichkeit Spickzettel von den politischen Gefangenen, besonders von Othma zu bekommen. ...

Zum Kern der Gruppe gehören: Kaplan Massolle, Anton Plein, Heinrich Bernhard, Kaufmann Helmut Döring, Fritz Goldstein, unser Geschäftsführer von Bäcker Einkauf Guido Konther und seine Frau und mein Bruder Karl Lohfink.

Kaplan Massolle war mit Leib und Seele dabei, er erfuhr sehr viel von den Jugendlichen und den Gemeindemitgliedern der katholischen Gemeinde. Anton Plein war Tag und Nacht aktiv und stellte sich zu jeder Zeit für die Gruppe zur Verfügung. Da er bei der Reichsbahn tätig ist, brachte er mir laufend die von westlicher Seite abgeschossenen und aus den Zügen geworfenen Flugblätter und ich konnte immer nach Berlin melden, wo und welche Schriften angekommen sind. Heinrich Bernhard ging ohne Hemmungen zu den Familien der Inhaftierten und brachte die Unterstützungsgelder hin. Er führte genau Buch darüber und versteckte die Aufzeichnungen an einem sicheren Ort. Kaufmann Döring, am Bahnhof spendete gut und erhielt auch Spenden von vertrauenswürdigen Bürgern. Konditor Fritz Goldstein half bei der Enttarnung von Spitzeln, spendete gut und sorgte dafür, dass ich die Verbindung zum Superintendenten bekam.

Guido Konther kannte Gott und die Welt, half bei der Enttarnung von Spitzeln und brachte viele wertvolle Nachrichten aus dem ganzen Kreisgebiet. Da ich Vorsitzender der Genossenschaft war, ist er fast jeden Tag bei mir gewesen, ohne das es auffiel. Seine Frau war auch sehr regsam. Sie konnte viel aus dem russischen Besatzerkreis berichten.

Mein Bruder Karl, der bei mir als Mitarbeiter tätig war, stand mir bedingungslos bei. Ohne seinen starken Einsatz wäre ich aufgeschmissen gewesen.

Meine Tochter Elke versah gewissenhaft und unauffällig Kurierdienste. Meine Lehrlinge und weibliche Angestellten erledigten viele wichtigen Wege, ohne zu wissen um was es geht.

Als ich Fiebelkorn von unseren Klebe- und Flugblatt Aktionen berichtete wurde er sehr ernst und meinte: „Seid vorsichtig, das Auge des SSD ist überall.“ Ihn plagten auch viele Zweifel und er machte sich Vorwürfe, dass er die Bitterfelder durch seine Flucht im Stich gelassen habe und bedauerte Othma, der zurückgeblieben ist und nun im Gefängnis sitzt. Ich munterte ihn aber wieder mit den Worten auf: „Ein lebender Fiebelkorn ist allen Bitterfeldern lieber als ein Toter.“ und erzählte ihm wie die Bitterfelder ihn dafür bewunderten, wie er

auf der Binnengärtenwiese, auf dem Traktor stehend, über sich selbst hinausgewachsen ist und Tausende mitriss. Wie souverän er im Rathaus die Streikleitung führte. Wie flüssig er vor der Volksmenge redete und seine Thesen aufstellte, aus dem Ärmel die Forderungen an die Regierung und die Telegramme an die hohen Kommissare und die Uno aufsetzte. Ich merkte wie bei diesen Worten sich sein Gesicht aufhellte und er wieder wie der alte Fiebelkorn wirkte. ... Ich glaube das Lagerleben macht ihn nervös und riet ihm, so bald wie möglich nach Westdeutschland auszufliegen. Ich versprach ihm, seine Frau so schnell wie möglich zu ihm ins Lager zu bringen. Recht herzlich verabschiedeten wir uns und ich fuhr froh nach Bitterfeld zurück.

...

Frau Fiebelkorn, die von meiner Fahrt zu ihrem Mann wusste, war am nächsten Morgen bei uns im Laden und ich konnte ihr mitteilen, dass es ihrem Willy gut gehe und dass ich sie baldmöglichst zum Besuch ins Lager bringen werde. Am darauffolgenden Montag (wir mussten an einem Arbeitstag fahren, weil die Arbeiterzüge nicht kontrolliert wurden) Sicherheitshalber fuhren wir in getrennten Abteilen, trafen uns aber ab und zu im Gang.

Günter Raabe

Günter Raabe hat seinen Bericht über den 17. Juni 1953 auf Bitte der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt im Jahr 2002 verfasst. Er möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Erinnerungen nach 49 Jahren verblassen und nicht alles Erlebte im Gedächtnis haften bleibt.

Günter Raabe ist 1935 in Heiligenstadt/Eichsfeld geboren. 1938 zogen seine Eltern mit ihm nach Bitterfeld um, wo Vater Otto Raabe in der Dessauer Straße ein Lebensmittelgeschäft führte.

August 2002

Wir, das heißt meine Eltern und ich, hatten am 16. Juni in den Abendnachrichten, natürlich im verbotenen Sender RIAS, gehört, dass in Berlin Bauarbeiter wegen der Normenerhöhungen auf der Straße demonstriert hatten. Bei uns kam Erstaunen und große Freude auf, aber wir dachten, dass diese Demonstration zwar etwas Bedeutendes, aber auch Einmaliges bleiben würde.

Am nächsten Tag (17. Juni) war es in dem Haus (7-Familienhaus in der Stalinstr. 25), in dem wir wohnten, unruhig. Hausbewohner berichteten, im Werk (damit war das VEB-EKB, also das Elektrochemische Kombinat Bitterfeld gemeint) würden die Arbeiter demonstrieren. Genauer konnte niemand sagen, aber alle waren in gespannter Aufmerksamkeit.

In meiner Erinnerung war dieser Tag ein sonniger Tag, wir wohnten im Erdgeschoss und hatten die Fenster zur Straßenseite auf. Es muss so gegen frühen Mittag gewesen sein, als draußen Stimmengewirr ertönte, zunächst verhalten, dann immer lauter. Ich stürzte zum Fenster und sah gerade an der Ecke zur Stalinstraße, wo früher die Maschinenfabrik Martin war, auf breiter Front Männer marschieren, viele von ihnen in Arbeitskleidung. Auch in den anderen Häusern in unserem Straßenabschnitt standen Menschen an den Fenstern. Sie wurden von den Demonstrierenden aufgefordert, mit zu demonstrieren. Viele kamen dieser Aufforderung nach, so auch ich.

Der Demonstrationszug teilte sich an der Ecke Stalinstraße/Lindenstraße. Die meisten Menschen liefen die Lindenstraße hoch in Richtung Stadtmitte, andere in Richtung Bahnhof. Das letzte Haus auf der rechten Seite vor dem Bahnhof, bekannt als „Stasi-Quartier“, wurde gestürmt; die Funktionäre hatten sich wohl rechtzeitig gedrückt. Viele Menschen drängten sich in das Haus, Möbel und viele Akten wurden aus Fenstern und Türen nach draußen befördert.

Eine große Menschenmenge versammelte sich vor dem Amtsgericht, in dessen hinterem Teil sich das Gefängnis befand, und forderte, die Gefangenen frei zu lassen. Ein LKW, auf dessen Ladefläche sich Bänke befanden, die von Volkspolizei besetzt waren, wurde, nachdem die Polizisten abgestiegen waren, von der Menschenmasse umgestürzt. Die Polizisten mussten ihre Schulterstücke abliefern.

Mein Weg führte nun zur Oberschule I. Der Unterricht war abgebrochen worden, die Schüler standen auf dem Schulhof. Es hieß: „Auf zur Binnengärtenwiese, dort wird das Streikkomitee seine Forderungen verkünden.“ Einige Funktionäre, denen es wohl nicht rechtzeitig gelungen war, die Parteiabzeichen abzulegen, wurden von Arbeitern gezwungen, in den nahen Bach Lober zu steigen, um dort bachaufwärts zur Binnengärtenwiese zu laufen. Als auch ich dort angelangt war, befanden sich auf diesem Platz dichtgedrängt unzählige Menschen. Auf einem Lastwagenanhänger standen mehrere Männer, wohl das Streikkomitee. Dieses verkündete nun seine Forderungen. Jede dieser Forderungen wurde von einem Beifallsturm begleitet. Nach Beendigung der Kundgebung begann die Menge sich zu verlaufen, aber schon bald machte die Kunde „Die Russen kommen“ die Runde und jeder sah schnell zu, wie er nach Hause kam.

Ich bin noch über den Marktplatz in Richtung Burgstraße gegangen. In Höhe des Friseurs Köckert hörte ich mehrere Schüsse, die wohl von inzwischen eingetroffenen russischen Truppen abgegeben wurden. Verletzte soll es nicht

gegeben haben, es werden wahrscheinlich nur Warnschüsse, die in die Luft abgegeben wurden, gewesen sein. Noch am Abend des 17. Juni wurde der Ausnahmezustand ausgerufen und es wurden Plakate ausgehängt, auf denen stand, was man alles nicht durfte.

Der 17. Juni war in Bitterfeld, wie überall in der damaligen DDR, ein Tag, der voller Hoffnung begann, am Abend aber in Enttäuschung und Agonie endete. Spätestens an diesem Tag war mir klar, dass dieser Staat nicht der Staat war, in dem ich bleiben konnte. Im Mai 1957 verließ ich die DDR, versehen mit Lehrabschluss und Abitur, um in der Bundesrepublik das zu erreichen, was mir in der DDR von der Herkunft nicht möglich war, nämlich zu studieren.

Lothar Herbst

Quelle: Ortschronik von Friedersdorf

Der Aufstand am 17. Juni 1953 in Bitterfeld wurde durch die Klugheit und Führungsfähigkeit der Streikführer aus dem Stadium der Spontaneität herausgehoben. Die Streikführer bildeten einen legalen freiheitlichen Rat von Bitterfeld, der die Macht übernahm und ein klares Programm formulierte.

Sprecher des Kreisstreikkomitees war Wilhelm Fiebelkorn. Im Ergebnis des Krieges kam er 1945 nach Friedersdorf. Gedient hatte er bei der Kriegsmarine. Als Untermieter wohnte er im Hause Rudolph, heute Er heiratete in Friedersdorf und wurde Teilnehmer am I. Neulehrerlehrgang, der am 2.1.1946 in der Helene-Lange-Schule in Bitterfeld begann. Für seine Entwicklung als Lehrer war nach seinen Angaben der in Friedersdorf wohnende Lehrer Alwin F. ausschlaggebend. Fiebelkorn bekam eine Anstellung als Lehrer in der Comeniusschule in Bitterfeld und verzog nach Bitterfeld in die Anhaltsiedlung.

Am 16. Juni erfährt Wilhelm Fiebelkorn in Friedersdorf vom Streik der Berliner Bauarbeiter. In der Frühe des 17. Juni entscheiden sich die Arbeiter der Bitterfelder Großbetriebe für den Streik. Der bekannteste Streikführer im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld ist der Sandersdorfer Paul Othma. Paul Othma führt den Marsch der Streikenden nach Bitterfeld an. Sie haben sich eingehakt und gehen langsam Richtung Bitterfeld. Gegen 9.30 Uhr erreichen sie die Eisenbahnbrücke (Überbau) an der Comeniusschule. Fiebelkorn beendet den Unterricht und reiht sich ein. Die Streikenden werden von der Bevölkerung jubelnd begrüßt. Fiebelkorn formuliert während des Marsches Texte für Sprechchöre. Gegen 10.30 Uhr erreichen die Streikenden die Binnengärten. Paul Othma besteigt einen Traktor und spricht zu ihnen. Dann steigt Fiebelkorn



Demonstration in Bitterfeld (Quelle: Privatbesitz Lothar Herbst)

auf den Traktor und spricht zur Bevölkerung über das dringliche Freiheitsbegehren, über Demokratievorstellungen und den Willen zur deutschen Einheit. Er formuliert 18 Forderungen und lässt über jede abstimmen. Der weitere Verlauf der Ereignisse ist bekannt.

Gegen 16.00 Uhr erreicht die Streikenden die Meldung, in Berlin herrsche Ausnahmezustand, es werde geschossen. Der Streikführer Horst Sowada will nach Berlin zum RIAS und fährt mit seinem Motorrad los. Fiebelkorn schlägt vor, die Arbeiter in den Betrieben über die neue Lage zu unterrichten und rät, den Streik abubrechen. Unter dem Einfluss des Streikführers Göricke entscheidet sich die Mehrheit der Streikführer, den Streik fortzusetzen.

Gegen 17.00 Uhr erreichen vier Panzer und vier vollbesetzte Mannschafts-Lastwagen der Roten Armee die Stadt Bitterfeld. Die Soldaten besetzen den Bahnhof, die Post und das Gefängnis und bringen Maschinengewehre in Stellung. Die Streikführer verlassen das Rathaus und fahren in die Betriebe. Gegen 17.30 Uhr verlässt auch Fiebelkorn mit den letzten Streikführern das Rathaus. Im Treppenhaus treffen sie auf sowjetische Soldaten, die das Gebäude besetzen. Ein Major brüllt Fiebelkorn an, bezeichnet ihn als deutsches Schwein, tritt ihn in den Hintern und wirft ihn raus. Dann brüllt er: „Wo

ist Fiebelkorn?“ Da ihn niemand verrät, kann Fiebelkorn gegen 19.00 Uhr die Filmfabrik Wolfen erreichen. Er trifft auf Streikführer und vertritt die Meinung, die sowjetischen Panzer hätten die Erhebung niedergewalzt. Die Streikführer müssten versuchen, so schnell wie möglich Westberlin zu erreichen, wenn sie ihre Freiheit behalten wollten. Doch die Streikführer, allen voran Paul Othma, vertreten die Meinung: „Wir haben keine Verbrechen begangen, wir streiken weiter.“

Fiebelkorn kehrt nach Bitterfeld zurück und findet seinen Hauseingang bewacht. Durch Zufall trifft er auf Horst Sowada, der seine Berlinfahrt unterbrochen hatte. Beiden gelingt es, mit dem Motorrad die Muldebrücke zu passieren. Fiebelkorn übernachtet bei Bekannten in Mühlbeck, Horst Sowada bei seinem Freund Erwin Ostermann in der Golpaer Straße in Friedersdorf. Am anderen Morgen erscheint die Polizei vor dem Hause Ostermann. Sowada gelingt die Flucht. Doch die Polizisten wollten Erwin Ostermann verhaften, der sich am Streik beteiligt hatte. Da sie ihn nicht kannten, nahmen sie versehentlich seinen Vater mit. Sowada holt Fiebelkorn ab. Beide fliehen mit dem Motorrad über Dessau und erreichen 10 Tage später Westberlin. Fiebelkorn wurde in Bitterfeld mit viel Kraftaufwand gesucht. Er wurde zum Tode verurteilt. Einige Male wurde der Zeitpunkt seiner Erschießung öffentlich bekanntgegeben. Die Flucht rettete ihm das Leben.

Auch im Reichsbahnkraftwerk Muldenstein und in den Friedersdorfer Ziegelwerken hatten die Belegschaften den Streik beschlossen. Von der Belegschaft des Kraftwerkes beteiligten sich die Arbeiter Gerhard H. und Willy O. nicht am Streik. Sie erklärten, sie seien für die DDR. Niemand hat ihnen deshalb etwas getan. Die Streikenden formierten sich zu einem Demonstrationzug und gingen zum Friedersdorfer Gemeindeamt. Hier riefen sie in Sprechchören ihre Forderungen. In das Amt gelangten die Streikenden nicht. Der Bürgermeister Otto Stöbe und der Standesbeamte Adolf Stierner waren herausgetreten und hatten sich die Forderungen der Streikenden angehört. Nach etwa einer Stunde gingen die Streikenden zurück in die Betriebe. Auch hier brach der Streik zusammen, nachdem der Ausnahmezustand ausgerufen worden war.

Als Streikführer waren tätig: Erwin Süßmilch, Rudi Zielonka, und Erwin Herbst. Erwin Süßmilch, Streikführer im Kraftwerk Muldenstein, verließ etwa eine Woche nach dem Aufstand den Ort Richtung Westberlin. Rudi Zielonka versteckte sich einige Tage im letzten Haus der Karl-Liebke-Strasse, ehe er nach Westberlin gelangen konnte. Erwin Herbst, ein Streikführer in den Muldensteiner Rohrwerken, verließ ebenfalls eine Woche nach dem Streik den Ort und lebt heute in Westfalen.

Joachim Grossert

Joachim Grossert trat im November 1974 seinen dreijährigen Wehrdienst bei den Grenztruppen der DDR an. Im Oktober 1975 verpflichtete er sich in diesem Rahmen zu einer hauptamtlichen Tätigkeit für das MfS in einer Sicherungskompanie der Staatssicherheit. Im Februar 1977 wurde er wegen „Nichteignung für eine Arbeit beim MfS“ sowohl aus dieser Tätigkeit als auch aus dem Wehrdienst vorzeitig „zur Bewährung in der Produktion“ entlassen.

Nach vierjährigem Elektronikstudium an der TH Ilmenau wurde Joachim Grossert im November 1981 inhaftiert und im Mai 1982 zu 18 Monaten Haft wegen „öffentlicher Herabwürdigung“ verurteilt, von denen er 13 Monate verbüßte. Er hatte in der DDR verbotene Literatur von Wolf Biermann, Reiner Kunze und Stefan Heym u. a. vervielfältigt und verbreitet.

Bernburg, Februar 2003

„Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“ – dieser Spruch mag auch in der Bernburger Region Anfang der 1950er Jahre umgegangen sein. Gemeint waren Walter Ulbricht, der 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, Wilhelm Pieck, der Staatspräsident, und Otto Grotewohl, der Ministerpräsident der DDR und vor der Gründung der SED SPD-Mitglied. Auch unter den Menschen, die sich nicht nur eine antifaschistische, sondern auch eine anti-kapitalistische Alternative zur Katastrophe der NS-Zeit und des 2. Weltkrieges wünschten, verlor die Politik der drei mächtigsten Genossen in der DDR bis Mitte 1953 mehr und mehr Anhänger. Zu sehr prägten die zentrale Steuerung der gesamten Wirtschaft, die Verfolgung und Inhaftierung von oft nur vermeintlichen Feinden, die Desinformation durch Presse und Rundfunk und eine weit hinter der Bundesrepublik zurückbleibende Versorgungslage das Alltagsleben der DDR-Bürger. Es genügte eine administrativ verfügte Anhebung aller Normen in allen Wirtschaftszweigen und in der ganzen DDR, dass sich Wut, Unbehagen und der Wunsch nach einem besseren Leben ab dem 17. Juni 1953 in einer bis dahin in der Welt des Sozialismus nicht gekannten Aufstandsbewegung entluden.

Bekannt sind die spektakulären Vorgänge in Ost-Berlin, ausgehend von den Bauarbeitern der Stalinallee – ihr Architekt, Hermann Henselmann, wuchs in Bernburg auf und war am 19.2.1953 Ehrenbürger von Bernburg geworden. In der näheren Umgebung der Kreisstadt Bernburg waren Halle, Bitterfeld, Eisleben, Magdeburg und Calbe Zentren des Volksaufstandes – aber war es „in der Provinz“ ruhig geblieben? Bezog sich der von 1954 bis 1989 in der BRD als Feiertag begangene Gedenktag für den Volksaufstand nur auf die bekannten Zentren? Der Kreis Bernburg – genau zwischen Halle und Magdeburg gelegen – wurde publizistisch bisher nirgends im Zusammenhang mit dem 17. Juni erwähnt.¹ Im Folgenden soll gezeigt werden, dass aber auch

¹ Keine Erwähnung im Standardwerk von Stefan Brant [i. e. Klaus Harpprecht], Der Aufstand, 2. Aufl., Stuttgart 1957



Flansche-Lehrwerkstatt, ca. 1953, Inhalt der Transparente: links: „Es lebe Stalin, der allen Völkern den Weg zu Frieden und Glück weist!“, Mitte: „Es lebe die deutsche Jugend, die aktive Erbauerin eines einigen, friedliebenden, demokratischen und unabhängigen Deutschland!“ (Quelle: Sammlung Willy Büchner)



Flansche-Werkzeugmacherei, 1951 (Hinweis auf Weltafentspiele auf Transparent) Transparent über der Tür: „Um die Erfüllung des 5-Jahrplanes sicher zu stellen, verpflichten wir uns, durch unermüdlichen Einsatz größere Ausfälle an Maschinen zu vermeiden!“ (Quelle: Sammlung Willy Büchner)

Bernburg 00018: 17.6.53
Verwaltung, Lohnb. Investbuchhaltung
Sodawerke. Einkauf, Sekretariat.
Abst.-Ergebnis: 3 Gegenstimmen =
Moritz Genser, Martin, Hirsch.

- 1.) Wir verlangen, dass keinem an dem Streik Beteiligten etwas passiert. Sollte trotzdem jemand verhaftet werden, legt die Sodafabrik geschlossen die Arbeit nieder bis zur Freilassung der Unschuldigen.
- 2.) Sofortige Durchführung freier geheimer Wahlen in ganz Deutschland.
- 3.) Wir fordern sofortige Freilassung aller politischen Häftlinge, die wegen einer freien Meinungsäußerung verhaftet sind.
- 4.) Wir fordern die Auflösung der hauptamtlichen Parteileitung der SED innerhalb des Betriebes. Die Arbeiten der Parteisekretäre können ehrenamtlich erledigt werden.
- 5.) Wir fordern die Auflösung der Parteschule im Betrieb. Parteschulungen haben mit dem Betrieb nichts zu tun. Wir wollen arbeiten; Schulungen können außerhalb der Fabrik durchgeführt werden von denjenigen, die dazu das Bedürfnis haben.
- 6.) Wir fordern Auflösung der Abteilung Arbeitskraft, Abschaffung der Normen, Abschaffung der Arbeitsvorbereitung, Abschaffung der Kaderabteilung. Einstellungen kann grundsätzlich nur der Werkleiter oder sein Vertreter vornehmen unabhängig vom Parteibuch.
- 7.) Senkung der augenblicklich bestehenden Preise einschl. HO-Preise auf das Preisniveau von 1938
- 8.) Verstärkte Ablieferung aller Konsumgüter auf dem Markt in der Qualität und Quantität der Vorkriegsjahre.
- 9.) Überprüfung der Gehälter und Löhne. Senkung der Lohnsteuer und Sozialversicherung. Erhöhung der Leistungen der SVK.
- 10.) Abschaffung der bewaffneten Werkspolizei.
- 11.) Einstellung der Rente gegen andere Länder einschl. Westdeutschland, wirklich freie Presse und freien Rundfunk unter dem Motto "die Wahrheit dem Volke".
- 12.) Wir fordern eine Neustatuierung des FDGB, da dieser bisher die Interessen der Arbeiter nicht wahrgenommen und auf der ganzen Linie versagt hat. Kein Mitgliedszwang und das Nichtmitgliedern bei der Arbeitsuche Schwierigkeiten nicht entstehen.
- 13.) Soeben wurde in Erfahrung gebracht, dass im Laufe des heutigen Vormittags die Telefonzentrale von Spitzsahn überwacht worden ist, wir legen sämtliche geschäftliche Arbeit sofort nieder, sofern dies nicht unterbunden wird und den Beteiligten Nachteile aus den heute früh geführten Gesprächen entstehen.
- 14.) Wir verpflichten uns, unsere Arbeit wie bisher mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen, wenn unseren Forderungen binnen Kürze stattgegeben wird.

Forderungskatalog der Verwaltung der VEB Sodawerke Bernburg vom 17. Juni 1953 (Quelle: LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 181)



Max Sack (1892–1975) als Stabführer des Chemie-Spielmansszuges bei einem Gartenfest in der Gartenanlage „Chemie und Kali“ in Bernburg 1952. Max Sack war von klein auf ein begeisterter Spielmann im SPD-Spielmanszug. An mehreren Orten versteckte er die Musikinstrumente 1933 vor dem Zugriff der Nazis. Max Sack ist der wichtigste Vertreter der Opposition im Sodawerk Bernburg. Seine Hauptforderung war die Wiedereinsetzung der SPD. Als angeblicher „Solvay-Agent“ wurde er am 28.8.1953 verhaftet und am 20.1.1954 vom 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes Halle zu 5 Jahren Zuchthaus wegen Boykotttätigkeit verurteilt. Am 14.5.1956 wurde er aus der Haft entlassen. Im Spielmanszug 1902 Bernburg wird er bis heute hoch verehrt. (Quelle: Sammlung Klaus Emmert)

hier die Macht der SED in der Mitte des Jahres 1953 buchstäblich am seidenen Faden hing und sowjetische Panzer den Statthaltern von „Spitzbart, Bauch und Brille“ die politische Macht retteten.

In Bernburg lebten 1953 knapp 50.000 Einwohner, darunter Tausende „Umsiedler“. Die Stadt war von größeren Kriegsschäden verschont geblieben, das größte Unternehmen der Stadt aber, die Sodawerke – bis 1945 Konzernsitz der Deutschen Solvaywerke (DSW) – wurden im Rahmen der Reparationsleistungen an die Sowjetunion demontiert. Mit einer bemerkenswerten Aufbauleistung schafften es Bauarbeiter und die Stammbesatzung, dass im Oktober 1952 die Sodaproduktion wieder aufgenommen werden konnte. Dennoch mussten 1953 noch weitere Werkhallen und Produktionsanlagen neu gebaut werden. Über 1.000 Bauarbeiter von Fremdfirmen arbeiteten auf dem

Werksgelände. Von diesen ging dann auch am Morgen des 18. Juni die Streikbewegung aus.

Zuvor allerdings – am 17. Juni in der Zeit von 20.00 bis 21.10 Uhr – geriet die gesamte Soda-Produktion in akute Gefahr, als im Kalksteinbruch die Arbeit niedergelegt wurde und die Seilbahn für den Transport des Kalkstein über die Saale zu den Kalköfen stillstand – der Arbeiter Wiede hatte sie abgestellt. An den Hängen der Seilbahn, sehr wirksam für die Bernburger Bevölkerung lesbar, waren Losungen mit der Aufschrift „Legt die Arbeit nieder“ angebracht.² Ein sofortiger sogenannter „Agitationseinsatz“ von Vertretern der SED-Betriebsparteileitung führte zum alsbaldigen Abbruch der Aktion.

Versorgt mit den Informationen über den Aufstand in Ost-Berlin, Halle und anderswo – man hörte vor allem RIAS, die SED kämpfte völlig aussichtslos dagegen an – begann der 18. Juni mit dem Streik der Bauarbeiter im Sodawerk. Ab 7.00 Uhr streikten die Maurer- und Zimmererbrigaden der Bauunion Calbe, die Kollegen der Nagema Erfurt und Staßfurt, der EKM Meerane, der Abus-Stahlbau, insgesamt ca. 700 Arbeiter³. 200 Arbeiter zogen durch die Sodafabrik und forderten das Stammpersonal zur Arbeitsniederlegung auf – mehr oder weniger vergeblich.⁴ Um 7.40 Uhr spitzte sich die Lage dramatisch zu, als sich 600 Arbeiter vor dem Werkstor mit dem Vorsatz versammelten, durch die Stadt Bernburg zu demonstrieren – der Sitz der SED-Kreisleitung (das regionale Machtzentrum) befand sich nur 200 Meter in Richtung Stadtmitte vom Werk entfernt. Fast gleichzeitig wurden die Sodawerke von Panzern und Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) von außen belagert. Im Polizeibericht liest sich das so: „Die Streikenden versuchten zum Tor der Sodafabrik hinauszumarschieren. Es kamen Volkspolizei, Soldaten der Kommandantur sowie der Stadtkommandant persönlich zum Einsatz. Das Werksgelände wurde abgeriegelt.“⁵ Die Panzer konnten so schnell am Ort des Geschehens sein, weil die Sowjetarmee die Bernburger Kasernen, die in der NS-Zeit errichtet worden waren, bezogen hatte.

Ab 8.45 Uhr kehrten die Arbeiter wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Mittags waren 70 % der Streikenden nach Hause gefahren, in den Abteilungen Bau und Hof des Sodawerkes wurde noch diskutiert.⁶ Inzwischen war durch den Kommandanten für Stadt und Kreis Bernburg, Oberstleutnant Dsuliashwili,

2 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 233

3 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 220

4 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 234

5 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 234

6 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 192

der Ausnahmezustand ausgerufen worden, der vergleichsweise lange, nämlich bis zum 29.6., aufrechterhalten wurde. (In Dessau dauerte er nur bis zum 20.6. an.)⁷

Am Morgen des 19. Juni setzte sich der Streik mit inzwischen 1.000 Kollegen der Baufirmen fort. Die Sodaproduktion lief ohne Behinderung weiter, aber in manchen Abteilungen wurde heftig diskutiert, und es wurden verschiedene Resolutionen formuliert mit z. T. ökonomischen (Rücknahme der Normerhöhungen, Senkung der Preise der Arbeiterrückfahrkarten, Senkung der HO-Preise), z. T. politischen Forderungen (Ende der Hetze gegen Westdeutschland, Rücktritt von Ulbricht).

In der Schlosserei trat der 60-jährige Max Sack besonders wirkungsvoll auf. Er war nach Kriegsende von der Belegschaft zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden, genoss also hohe Wertschätzung des Stammpersonals. 1948 war er wegen sozialdemokratischer Gesinnung aus der SED ausgeschlossen worden. Max Sack wendete sich gegen Arbeitsniederlegungen, formulierte aber mit seinen Kollegen besonders klare politische Forderungen. Insbesondere lag ihm daran, dass es wieder zwei Arbeiterparteien geben sollte und dass die Hetze gegen Westdeutschland aufhöre. Die Akten belegen, dass wohl seine Kollegen eher zögerlich daran gingen, die Forderung nach Beseitigung der Transparente durchzusetzen. „Ihr habt dem Beschluß zugestimmt. Jetzt müsst ihr ihn aber auch in die Tat umsetzen und eingreifen, dass die Dinger da oben verschwinden“, soll Sack gesagt haben.⁸ Der verantwortliche Redakteur der Betriebszeitung „Friedenswerk“ – natürlich das „Organ“ der BPO (Betriebsparteiorganisation) – Paul Radtke, veröffentlichte am 30. Juni 1953 auf den Bernburger Seiten der „Freiheit“ (dem „Organ“ der Bezirksparteileitung Halle) einen umfangreichen Artikel, in dem er Sack als Rädelsführer darstellte und ihm unterschob, wieder faschistische Verhältnisse einführen zu wollen. Dieser Schwachsinn war nicht zum Lachen – er war gefährlich. Tatsächlich wurde Max Sack am 28.8.1953 inhaftiert und am 20.1.1954 in Halle zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der strafrechtlichen Rehabilitierung 1991 hat es Max Sack endlich verdient, dass man ihn als überaus wichtige Persönlichkeit der Bernburger Stadtgeschichte wahrnimmt.

Die Streiks im Sodawerk endeten am 20. Juni. Gestreikt wurde jedoch auch in anderen Betrieben im Kreis Bernburg: Bereits am 17. Juni legten Kumpel

7 LHASA MER, SED-Bezirksleitung, IV/2/3/611, Bl. 144

8 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 235

9 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 197

des Kaliwerk Gröna die Arbeit nieder, ab 18. Juni mittags wurde wieder gearbeitet; in der gleichen Zeit streikten Arbeiter im Kaliwerk Friedenshall, ebenso der 40-köpfige Bautrupp des Kreisbauhofes Bernburg, der in der Nienburger Zementfabrik eingesetzt war. Hierbei handelte es sich um Sympathiestreiks – eine Organisation mit Streikleitung, Forderungskatalogen etc. gab es nicht.⁹

Der Ausnahmezustand erzeugte mit Sicherheit große Angst unter der Bevölkerung. Dennoch mussten wiederholt Gruppen meist junger Leute im – wie es heißt – Zusammenwirken von Volkspolizei und sowjetischer Armee auseinandergebracht werden. Die SED-Kreisleitung holte sich am 19. Juni bei der Bezirksleitung folgenden Rat ein: „Weil Ausnahmezustand und keine Ansammlungen stattfinden sollen, deshalb die Frage, was machen wir am Sonntag mit dem Gottesdienst. Es soll angeblich eine Mitteilung des Hohen Kommissars herausgegeben sein an die Kirchen, dass der Gottesdienst gestattet sei. Der Oberpfarrer in Bernburg hat dieses mitgeteilt. Die KL bittet um Antwort.“¹⁰

Bemerkenswert sind die Spannungen auf den Dörfern im Kreis Bernburg. Die Enteignung und Verfolgung der Großbauern führte dazu, dass etliche von ihnen grundlos zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, viele jedoch in den Westen gingen. Im Juli 1952 beschloss die II. Parteikonferenz der SED, die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu forcieren. Die erste LPG im Kreis Bernburg war bereits kurz zuvor gegründet worden – am 26.6.1952 in Haus Zeitz (Ortsteil von Belleben)¹¹. Es folgte ein wahrer LPG-Gründungsboom. Dennoch verschlechterte sich die allgemeine Versorgungslage, offenkundig wurden die Äcker auch nachlässiger bestellt und gepflegt als vor der Kollektivierung. Die SED-Führung spürte, dass die Unruhen in der Bevölkerung auch von der schlechten Versorgungslage mit Lebensmitteln verursacht wurden. Der Ministerrat erließ am 11.6.1953 eine Verfügung, nach der ehemalige Großbauern ihre Wirtschaften zurückerhalten könnten und Rückkehrer aus Westdeutschland straffrei blieben. Das führte zu erheblichen Konflikten, aber auch zu Hoffnungen in allen Dörfern. Gärtnereibesitzer Jahn aus Ilberstedt äußerte zu diesem Beschluss: „Ich habe mich noch nie so gefreut, wie über den Beschluß des ZK und hatte ständige Angst vor dem Staatsanwalt.“¹²

Die Reibungen zwischen bereits zurückgekehrten Großbauern, Genossenschaftsbauern, Kleinbauern und der übrigen Bevölkerung kulminierten jedoch

10 LHASA MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/2/55/1136b, Bl. 212

11 Mitteldeutsche Zeitung, Ausgabe Bernburg, 2.7.2002

12 LHASA MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/2/55/1136b, Bl. 71

nicht am 17. Juni, sondern schwelten über den ganzen Monat Juni und über die gesamte Erntezeit hinweg. Aus den Berichten der Bezirksbehörde der VP in Halle und der SED-Bezirksleitung ist zu erfahren, dass bereits am 13.6.1953 die Großbauern in Könnern und Strenznaundorf ihre ehemaligen Wirtschaften wieder betreten und LPG-Bauern beschimpfen. Walter K. (Könnern) ruft ihnen „Ihr Spitzbuben“ zu und fordert sie zum Verlassen seines Geländes auf. Großbauer M. soll auf dem Hof eines „republikflüchtigen“ Verwandten in Strenznaundorf zum LPG-Vorsitzenden geäußert haben: „Jetzt bist du dran, wir werden euch schon zeigen, alles zu verwüsten.“¹³ Aus Peißen wird bekannt, dass sich die Landarbeiter die Rückkehr des Großbauern R. wünschen. In sieben weiteren Dörfern (Neugattersleben, Peißen, Leau, Plömnitz, Ilbersdorf, Edlau, Schackstedt) äußerte die Mehrzahl der LPG-Bauern, dass Partei und Regierung am Ende seien und sich ein Sprichwort bewahrheite: „Strenge Herrn regier'n nicht lang!“¹⁴ Bereits einen Tag zuvor beantragte der erste Großbauer (aus Bernburg-Dröbel) offiziell beim Rat des Kreises Bernburg die Rückgabe seiner Wirtschaft und fordert die Herausgabe der Schlüssel.¹⁵

Um den 20. Juli 1953 unterschrieb ein Großteil der Bevölkerung von Gramsdorf (heute Ortsteil von Pobzig) eine Resolution zur Freilassung des Großbauern B. und Rückgabe seines Hofes. B. war zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden wegen angeblicher Nichteinhaltung des Anbauplanes und des Landarbeiterschutzes, Schiebung von Steuern usw. Bürgermeister Hermann (SED) sympathisierte stark mit dem Großbauern. Die Folge: er wurde durch die SED abgesetzt und das MfS informiert. Im Parteiprotokoll heißt es: „Die gesamte Hetze im Gut richtet sich gegen die LPG. Besonders gegen die Vorsitzende, so daß dieselbe wiederholt aus der LPG austreten wollte.“¹⁶

Auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens lassen sich Belege für die große Unruhe im Landkreis Bernburg in jenem Juni finden. Die SED manövrierte sich mit der Politik von Zuckerbrot und Peitsche durch die nächsten Wochen. Sie gestand Fehler ein und erfüllte einige der ökonomischen Forderungen der Protestanten – z. B. werden die Preise der Arbeiter-rückfahrkarten und die in den HO-Läden gesenkt, Staatsgelder werden von der Schwerindustrie zur Leichtindustrie umgeleitet, wodurch sich das Warenangebot verbessern sollte.

13 LHASA MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/2/55/1136aT.1, Bl. 74

14 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 177

15 LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 205, Bl. 178

16 LHASA MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/2/55/1142b, Bl. 70

Überall suchte man nun sogenannte Rädelsführer, während man den „Mitläufern“ „verzieh“. In Bernburg wurde – wie oben gezeigt – Max Sack in diese Rolle gepresst. Von den fünf Jahren Zuchthaus musste er fast drei Jahre hinter Gittern verbringen. Durch Funktionsenthebung und Parteiverfahren gaukelte man der Bevölkerung einen Neuanfang vor. So wurde auf Beschluss der Bezirksleitung der SED der Bürgermeister Erich Streber ab 15.9.1953 abgelöst.¹⁷ Streber war vor der Gründung der SED Mitglied der SPD. Sein Nachfolger, der 31-jährige Horst Messerschmidt, war LDPD-Mitglied, stammte aus Burg und war – was er auf Nachfrage eines Stadtrates zugibt – NSDAP-Mitglied.¹⁸ Ebenfalls auf Anweisung der SED-Bezirksleitung wurde Kreis-schulrat Rückriem abgelöst. Er hatte in einer Aussprache gesagt, die Wahlen in der DDR wären nicht demokratisch und frei – ansonsten würde die SPD die Mehrheit haben.¹⁹ Allein diese Äußerung genügte, um ihn als „Schumacheragenten“ zu verdächtigen. Es gab weitere Entlassungen. Und Parteiaustritte – allein im Kaliwerk Friedenshall sind es 52!²⁰

Eine Bernburgerin machte aber durch den 17. Juni in Berlin einen großen Karrieresprung. Justizminister Fechner wurde wegen zu nachgiebiger Haltung gegenüber den Aufständischen abgelöst. An seine Stelle trat Hilde Benjamin, die 1902 in Bernburg geboren war. Durch ihre harte Führung von Schauprozessen hatte sie inzwischen längst den Beinamen „Die rote Hilde“. Stalin war tot – der Stalinismus aber lebte in der DDR fort.

17 StA Bernburg 8/687

18 Volker Ebersbach, Geschichte der Stadt Bernburg, Bd. 2, Dessau 2000, S. 280

19 LHASA MER, SED-Bezirksleitung, IV/2/4/1133, Bl. 80

20 LHASA MER, SED-Bezirksleitung, IV/2/4/1133, Bl. 141

Ernst Pecher / Werner Hellmich

Quelle: Verwaltungsgemeinschaft Anhalt-Süd / Radegast

Die Unruhen und Proteste begannen im Schwelwerk Weißandt-Gölzau mit der Frühschicht und setzten sich mit der Spätschicht fort. Unter anderem sprach auch der Bürgermeister der Stadt Radegast, Herr Hans Michalsky, welcher ein Fürsprecher des Arbeiteraufstandes war, zu den Streikenden. Er forderte sie aber auch zur Besonnenheit auf, da einige Leute dazu aufgerufen haben, den Schacht unter Wasser zu setzen, in der Bergmannssprache „absaufen lassen“. Damit hätten sie aber ihre Arbeitsplätze vernichtet. Gegen Abend zwischen 18 und 19 Uhr wurde das Schwelwerk von russischem Militär besetzt.

Mit Waffengewalt wurden die Bergleute zum Einfahren sowie die Übertage Beschäftigten an ihre Arbeitsplätze gezwungen. Das Werk blieb mehrere Wochen besetzt und die sogenannten Staatsorgane begannen die Verfolgung der am Aufstand Beteiligten.

Der Bürgermeister Hans Michalsky musste noch in der Nacht vom 17. zum 18. Juni mit seiner Familie in die BRD fliehen, um einer Inhaftierung zu entgehen.

Es blieb ihm nicht einmal die Zeit, seinen um die 80 Jahre alten Vater mitzunehmen, so dicht saßen ihm die Verfolger im Nacken. Er wurde von Freunden über das Vorgehen gegen ihn noch rechtzeitig informiert.

Anne Bendzulla

Quelle: Auszug aus: Schülerwettbewerb der Körber-Stiftung 1999 „Deutsche Geschichte“ um den Preis des Bundespräsidenten. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Körber-Stiftung.

Protest: Der 17. Juni 1953

Proteste im Eisenhüttenwerk Thale

Das EHW Thale war 1953 noch kein volkseigener Betrieb und stand noch unter der Leitung eines sowjetischen Generaldirektors.

Anlass für die Proteste in Thale bot hauptsächlich die Anhebung der Normen, was für die Arbeiter bedeutet hätte, dass Prämien für Normerfüllung nur bei größerer Arbeitsleistung gezahlt würden. Dies war jedoch in diesem veralteten Betrieb Schwerstarbeit.¹

Nach den Aussagen des Zeitzeugen Andreas Stredak, der schon während des 2. Weltkrieges nach Thale in das EHW kam, begannen die Unruhen zum 17. Juni 1953 bereits in der Nachtschicht. Der eigentliche Streik ging jedoch von der Frühschicht aus, ihm schlossen sich allerdings auch die noch verbliebenen Arbeiter der Nachtschicht sowie die restlichen Schichten dieses Tages an. Herr Stredak berichtet weiter, dass die Arbeiter vom Walzwerk aus über das Stanzwerk und die anderen Abteilungen (Stahlwerk, Behälterbau, Leichtmetallgießerei, Metallkeramik, Eisengießerei) zuerst in Richtung Bahnhof und dann zum Klubhaus der Eisen- und Hüttenwerker marschierten.

Auf ihrem Weg bekamen die Arbeiter von einigen Gastwirten auch reichlich Alkohol ausgeschenkt, wie mir der Zeitzeuge zu berichten wusste. Dadurch bewiesen die Gastwirte ihre Solidarität mit den Streikenden, denn auch sie waren als Mittelständische von den Plänen der SED betroffen. Eine Erwäh-

¹ Interview mit Andreas Stredak am 14.12.1998

nung des angetrunkenen Zustandes der Arbeiter ist allerdings auch in einer anderen Betriebschronik zu finden, dort heißt es: „... Im Clubhaus, wo eine Reihe Betrunkener krakeelte ...“²

Als Wortführer des Streikes fielen vier Männer auf: Hermann, Bräuer, Tetzl und Stilitz. Das Hermann erst wenige Tage im Betrieb arbeitete und aus der BRD stammte, nutzte die Thalenser Parteiführung für ihre Theorie, dass der „konterrevolutionäre Putsch“ und der Aufruf zum Generalstreik von den „westlichen Imperialisten“ geplant und angestiftet worden wäre.³ Hermann und andere sogenannte „Provokateure“, „Hetzredner“ und „Agenten der BRD“⁴ wurden noch am darauf folgenden Tag verhaftet.

Doch bevor es dazu kommen konnte, versuchten mehrere Mitglieder der Partei- und Gewerkschaftsleitung die Protestierenden zu beruhigen, ebenso wie ein sowjetischer Panzer, der in den Nachmittagsstunden zur „Erhaltung der Ordnung“ nach Thale gebracht wurde.⁵ Diese Maßnahme wirkte auf einige Thalenser erschreckend, denn wie eine Augenzeugin⁶ berichtete, wäre ein Bekannter in ihren Laden gekommen und hätte sehr aufgeregt erzählt, dass am Pfortner 1 des EHW ein sowjetischer Panzer stünde. Auch von diesem Panzer sprach genau wie in Berlin ein Mitglied der Kreisverwaltung der SED. In Thale handelte es sich dabei um Otto Laube⁷. Von der SED wurde das Eingreifen der Sowjetarmee später folgendermaßen kommentiert: „Das entschlossene Handeln der Sowjetarmee verhinderte, dass die Imperialisten einen blutigen Bürgerkrieg in der DDR auslösen und als Vorwand für eine militärische Intervention benutzen konnten.“⁸

In Thale kam der Panzer glücklicherweise nicht zum Einsatz.

Ergebnisse und Folgen der Thalenser Proteste

Zu den Ergebnissen der Proteste des 17. Juni gehören die landesweite Zurücknahme der Normerhöhung. In Thale kam es außerdem im Juni 1953⁹ zur

² 300 Jahre Eisen- und Hüttenwerke Thale, 1686–1986 Betriebsgeschichte, S. 123

³ 300 Jahre Eisen- und Hüttenwerke Thale, 1686–1986 Betriebsgeschichte, S. 122

⁴ Betriebsgeschichte des VEB EHW Thale 1949–1961, S. 39

⁵ Interview mit Andreas Stredak am 14.12.1998 sowie 300 Jahre Eisen- und Hüttenwerke Thale, 1686–1986 Betriebsgeschichte, S. 123

⁶ Frau Weber

⁷ 300 Jahre Eisen- und Hüttenwerke Thale, 1686–1986 Betriebsgeschichte, S. 123

⁸ 300 Jahre Eisen- und Hüttenwerke Thale, 1686–1986 Betriebsgeschichte, S. 123, (Vgl. BA Thale, S. 166, Vorlage für die Beratungen des Werkleitungskollektivs, (Vorlage zur Direktionsbesprechung vom 14. Dezember 1965))

⁹ Betriebsgeschichte des VEB EHW Thale 1949–1961, S. 39



Dieses Bild zeigt eine Kampfgruppenübung im Park des Hauses, wo erst vor einiger Zeit gegen die SED-Herrschaft protestiert wurde – dem Klubhaus.¹³

Gründung der Kampfgruppe im EHW Thale. Sie wurde „Zur Sicherung der Errungenschaften des Volkes, ..., als bewaffnete Organe der Arbeiterklasse geschaffen.“¹⁰ Bemerkenswert ist jedoch, dass dieser „proletarischen Hundertschaft“¹¹ „anfangs nur Genossen“¹² angehörten denn diese Tatsache verdeutlicht das die Kampfgruppe nur zu Stabilisierung und Sicherung der Macht der SED entstand.

Doch auch die Verhaftungswelle, die über das gesamte Gebiet der DDR rollte, hinterließ bei den Protestierenden aus Thale ihre Spuren.

Der Strafprozess gegen Demonstranten des 17. Juni 1953

Besonders bezeichnend für den Umgang mit den „faschistischen Provokateuren“¹⁴ und Demonstranten ist das Urteil, das über zwei Westerhäuser, die sich auch an den Ausschreitungen in Thale bzw. in Westerhausen beteiligten, am 20. Juli 1953 in Halle (Saale) gefällt wurde.

In diesem Prozess wurden insgesamt fünf Westerhäuser, im Zusammenhang mit den Ereignissen des 15. Juni 1953 angeklagt. Es waren der Landwirt Wilhelm V., der Steinsetzer Wilhelm A. aber auch der Jugendliche Rudolf M. sowie der Landwirt Wilhelm M. und der Landwirt Wilhelm K.

Sie alle wurden im Verlauf dieses Prozesses zu Zuchthausstrafen zwischen einem Jahr und sechs Monaten bis zu vier Jahren verurteilt.¹⁵

Besonders zu hervorheben sind die Fälle Wilhelm V. und Wilhelm A. Ich möchte die Fälle Wilhelm V. und Wilhelm A. näher betrachten. Das Urteil gegen Wil-

10 1686–1986 300 Jahre Eisenverhüttung und Eisenverarbeitung in Thale, Ein moderner sozialistischer Großbetrieb zieht Bilanz seiner Entwicklung

11 Betriebsgeschichte des VEB EHW Thale 1949–1961, S. 40

12 Betriebsgeschichte des VEB EHW Thale 1949–1961, S. 40, (Vgl. Bezirksparteiarchiv der SED Halle, IV/7/418/52)

13 Foto: Betriebsgeschichte des VEB EHW Thale 1949–1961, S. 91

14 Urteil des Landwirtes Wilhelm V.

15 Urteil des Landwirtes Wilhelm V.

helm A. als beispielhaft für den Umgang mit den sogenannten „Wortführer“¹⁶, und den Fall des Wilhelm V. um den allg. Umgang mit Protestierenden zu schildern.

Wilhelm A. wurde 1911 geboren. Er schloss die Schule mit mittlerer Reife ab um nach mehreren Ausbildungen den Beruf des Steinmetzes zu erlernen und den Betrieb seines Vaters zu übernehmen. Von 1933–1945 gehörte er der NSDAP an. Seit 1949 war er Mitglied der LDPD und stellvertretender Ortsvorsitzender, in der gleichen Funktion war er in der Nationalen Front eingesetzt.¹⁷

Wilhelm V. wurde 1899 geboren. Nach 8 Jahren Schulzeit war er im elterlichen Landwirtschaftsbetrieb tätig. 1927 übernahm er diesen Betrieb und führte ihn bis zu seiner Inhaftierung. Er trat 1944 der NSDAP bei und gehörte seit 1945 der LDPD an und war dort Kassierer.¹⁸

In der Begründung des Urteils, für das nur zwei Sitzungen (siehe unten) notwendig waren, ist zunächst der genaue Verlauf der Proteste beschrieben. Die Festnahme von Wilhelm V. erfolgte bereits am 18. Juni 1953. Wilhelm A. wurde am 20.6.1953 inhaftiert. An der kurzen Zeitspanne ist zu erkennen, dass auf keinerlei bzw. nur sehr geringe Untersuchungen vor einer Festnahme Wert gelegt wurde.

Folgende Abschrift zeigt den ersten Bogen des Urteiles, das am 20.6.1953 über 5 Westerhäuser gefällt wurde. Es sind die Namen der Angeklagten, sowie deren Urteile verzeichnet.

„Im Namen des Volkes

In der Strafsache gegen

1. den Landwirt Wilhelm M.,
wohnhaf in Westerhausen
2. den Landwirt Wilhelm A.
wohnhaf in Westerhausen
3. den Landwirt Wilhelm V.
wohnhaf in Westerhausen
4. den Landwirt Wilhelm K.
wohnhaf in Westerhausen
5. den landwirtschaftlichen Arbeiter Rudolf M.
wohnhaf in Westerhausen

16 Begründung des Urteils, S. 5

17 Begründung des Urteils, S. 2

18 Begründung des Urteils, S. 3

hat der 1. Strafsenat ... in der Sitzung am 11. und 20. Juli 1953, an welcher teilgenommen haben:

Oberrichter am Bez.Gericht Bachert
als Vorsitzender

..., Halle
..., Halle
als Schöffen

Staatsanwalt Belich
als Vertreter des Bezirksstaatsanwaltes

Just.-Ang. ... und ...
als Protokollführerin

für R e c h t erkannt:

1. Die Angeklagten werden wegen Landfriedensbruchs;
verurteilt:

und zwar der Angeklagte A. zu einer Zuchthausstrafe
von v i e r Jahren,

den Angeklagten M. und V. zu einer Zuchthausstrafe von je z w e i
Jahren und s e c h s Monaten,

der Angeklagte L. zu einer Gefängnisstrafe
von e i n e m Jahr und s e c h s Monaten,

und der Angeklagte A. zu einer Freiheitsentziehung
als Jugendlerner zu e i n e m Jahr.“

In der Begründung des Urteils wird Wilhelm A. zur Last gelegt, er habe, als er feststellte, dass seine Kollegen des EHW Thale protestierten, das Deutschlandlied mitgesungen und somit der Losung „Sturz der Regierung“¹⁹ zugestimmt. Desweiteren soll er mit anderen Demonstranten in das Klubhaus in Thale eingedrungen sein. Weiter heißt es, er wäre gegen 15 Uhr in eine Gaststätte in Westerhausen eingekehrt, hätte dort einige Biere zu sich genommen und von den Vorfällen in Thale berichtet. Im besagten Wirtshaus soll er ein Bild, das Otto Grotewohl (Mitglied des Politbüros und der SED-

¹⁹ Begründung des Urteils, S. 4

Spitze) zeigte, mit den Worten: „Otto, du musst jetzt abtreten.“ von der Wand genommen haben. Nach Verlassen des Wirtshauses soll Wilhelm A. den Bürgermeister telephonisch um ein Treffen gebeten haben um über die Vorkommnisse in Thale zu berichten. Er hätte den Bürgermeister darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Ereignis sich in Westerhausen wiederholen kann und dass die Bevölkerung folgende Forderungen stellen könnte: Absetzung des Leiters der BHG (Bäuerliche Handelsgenossenschaft) und Freilassung eines wegen Wirtschaftsverbrechen verurteilten Bauern. Tatsächlich versammelten sich in den Abendstunden Einwohner des Ortes, wobei 40 von ihnen auch in das Rathaus eindringen und neben den oben schon erwähnten Forderungen die Herausgabe der Listen der zu enteignenden Bauern und die Abnahme der Transparente verlangten. Währenddessen sollen sich Wilhelm V., der sich in der Nähe aufhielt, und Wilhelm A. durch die Menge in das Zimmer des Bürgermeisters gedrängt haben, um den Bürgermeister und den Leiter der BHG zur Niederlegung ihrer Funktionen aufzufordern. Nachdem in der vor dem Rathaus wartenden Menge Unruhe entstanden war, sprach zunächst der Bürgermeister und dann Wilhelm A. zu den Menschen, wobei Wilhelm A. gesagt haben soll, dass die Menschen sich nicht zu unbedachten Ausschreitungen hinreißen lassen und nach Hause gehen sollen. Um die Menschen zu beruhigen erklärte er, dass der „Tag der Freiheit“²⁰ nahen würde.

Wilhelm V. wird insbesondere vorgeworfen, dass er die Liste der zu enteignenden Bauern vom Bürgermeister gefordert habe, mit diesem in einen Wortwechsel geraten sei und dabei die Meinung vertreten hätte, als Großbauer auch auf dieser Liste zu stehen. Er soll, als ihm der Bürgermeister antwortete, „daß er auf Verlangen selbstverständlich seinen Namen mit nennen müsse“²¹, den selbigen als „Stromer“ und „Strolch“ bezeichnet und den Vorwurf geäußert haben, dass andere Bürgermeister sich besser um ihre Gemeinden kümmern. Dabei habe er mit einem Stempelkissen nach dem Bürgermeister geworfen, ihn aber verfehlt. Ihm wird weiter zur Last gelegt, dass er auf dem Heimweg zu einem Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung gesagt habe: „Ihr Halunken vom Rathaus, jetzt ist die Zeit gekommen. Wegen Dir musste ich 1.000,- DM Strafe zahlen. Holt den Strick her, das beste ist aufhängen.“

Das Gericht folgte trotz der Aussagen „einiger“²² Zeugen und des Wilhelm A. nicht der als Entlastung zu wertenden Aussage, dass Wilhelm A. „der Ruhe-

²⁰ Begründung des Urteils, S. 5

²¹ Urteilsbegründung, S. 6

²² Urteilsbegründung, S. 7

pol in der Menschenmenge“²³ gewesen sei. Diese Meinung des Gerichtes, die meines Erachtens nach nicht mit der Realität übereinstimmte, verdeutlicht, dass an den sogenannten „Rädelsführern“²⁴, wohl auch zur Abschreckung, ein Exempel statuiert werden sollte.

Bei Wilhelm V. lässt das Gericht eine Entlastung in soweit zu, dass man vier Zeugen und ihm selbst glaubte, dass er nach dem Angriff auf den Bürgermeister nicht die Worte gebrauchte: „Hängt ihn auf oder schlägt ihn tot.“²⁵

Das eigentlich Urteil wird mit folgenden Worten eingeleitet:

„Am 17.6.1953 haben faschistische Elemente im Gebiet der DDR und im demokratischen Sektor Groß-Berlins auf das Zeichen ihrer westberliner Auftraggeber den sogenannten Tag X ausgelöst und Ausschreitungen verschiedener Art durchgeführt. Die Angeklagten gehören zu jenen Provokateuren, die mit Terror und Gewalt die Ziele der Kriegsbrandstifter, die DDR aufzurollen, zum Durchbruch verhelfen wollen.“

Die Verurteilung von Wilhelm A., wie die von Wilhelm V. erfolgte nach dem § 125 StGB (Strafgesetzbuch).

§ 125 StGB Landfriedensbruch:

Abs. 1: Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Zusammenrottung teilnimmt, wegen Landfriedensbruch mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.

Abs. 2: Die Rädelsführer sowie diejenigen, welche Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten ein.²⁶

Bei Wilhelm A. sah das Gericht ein Vergehen nach Abs. 2 als erwiesen an, denn der „Tatbestand des Rädelsführers“ sei erfüllt. Dies beweisen laut Gericht seine Handlungen in Thale und der Gaststätte in Westerhausen, mit denen er die „faschistischen Ausschreitungen nicht nur begrüßt sondern aktiv unterstützt hat“²⁷. Desweiteren soll er die Unruhen in Westerhausen organi-

²³ Urteilsbegründung, S. 7

²⁴ Urteilsbegründung, S. 5

²⁵ Urteilsbegründung, S. 8

²⁶ Strafgesetzbuch der DDR, § 125

²⁷ Urteilsbegründung, S. 8

siert und auf andere Personen so eingewirkt haben, dass sie sich den Protesten anschlossen. Es heißt weiter, dass er dadurch „objektiv und subjektiv gegen den Tatbestand des § 125, Abs. 2 verstoßen hat.“²⁸

Im Fall von Wilhelm V. räumt das Gericht zwar ein, dass er die „politischen Zusammenhänge des 17.6.1953 nicht im vollen politischen Umfang erkannt“²⁹ hätte, sieht aber als erwiesen an, dass Wilhelm V. die Situation ausgenutzt habe um gegen „fortschrittliche Personen“³⁰ gewalttätig zu werden. Da diese Gewalttätigkeiten sich innerhalb einer in der Öffentlichkeit zusammengerotteten Menschenmenge ereigneten haben, erfolgte die Verurteilung ebenfalls nach § 125 Abs. 2.

Wilhelm A. wurde zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren verurteilt.

Wilhelm V. erhielt eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten.

„Es wurden folgende Strafen ausgeworfen:

Für den Angeklagten A. eine Zuchthausstrafe von vier Jahren. Hierbei war zu berücksichtigen, daß dieser Angeklagte trotz seiner faschistischen Vergangenheit immer noch nicht die Lehren gezogen hat.

Für den Angeklagten V. und M. wurde auf eine Zuchthausstrafe von je zwei Jahren und 6 Monaten erkannt.“

Die, von der SED-Spitze propagierte Haltung, dass die Bürger der DDR entweder verblendet waren und die politischen Zusammenhänge nicht erkannten oder aber „faschistische Elemente ... aus dem Westen“³¹ gewesen sind, findet sich ebenso in der Urteilsbegründung wieder.

Wie aus einer Veröffentlichung, deren Ursprung und Erscheinungsdaten nicht mehr nachvollziehbar sind, hervorgeht, erschien kurz nach dem Abschluss der Prozesse im Zusammenhang mit den Ereignissen am 17. Juni 1953, folgender Artikel in der „Freiheit“ (SED-treue Hallenser Zeitung):

„Ein Beispiel grenzenloser Humanität ist meiner Ansicht nach das Urteil gegen Simon S., M. und W. von der ‚Schlägergruppe von Westerhausen‘. ... Ich empfinde solche Urteile als Schandurteile. Es ist daher notwendig, daß sich unsere Justizbehörden und Richter mit den vom Volk gewählten Schöffen ernstlich Gedanken darüber machen, ob man den werktätigen Menschen,

²⁸ Urteilsbegründung, S. 9

²⁹ Urteilsbegründung, S. 9

³⁰ Urteilsbegründung, S. 9

³¹ Urteilsbegründung, S. 8

die es ehrlich meinen mit unserem demokratischen Staat, solche Urteile vorsetzen kann, die meiner Meinung nach ein Hohn sind gegenüber den Mißhandelten und den menschlich denkenden Werktätigen.“

Die Bezeichnung „Schlägergruppe von Westerhausen“ bezieht sich auch auf Wilhelm A. und Wilhelm V.

In der Quelle wird bezweifelt, das dieser Artikel wirklich wie veröffentlicht, ein Leserbrief ist, da sich der Inhalt genau an die Propaganda der SED anpasst. Diese Vermutung scheint richtig, wenn man sich den nächsten Absatz des Artikels, in dem 4 Anwälte für das Eintreten für ihre Mandanten äußerst negativ bewertet werden, liest:

„Trotz des unsinnigen Versuchs von 4 Anwälten, aus den faschistischen Provokateuren Unschuldengel reinsten Wassers zu machen, wurde die Schuld der Angeklagten einwandfrei erwiesen.“

Doch auch an der Tatsache, dass Entlastungszeugen in den Prozessen aussagen durften, wird heftige Kritik geäußert:

„Eine solche Großzügigkeit jedoch, die das Gericht den Zeugen gegenüber walten ließ, die ebenfalls auf die Anklagebank gehörten, darf nicht Platz greifen und stärkt nicht die Autorität unserer demokratischen Justizorgane.“

Was der Autor scheinbar übersehen hat ist, dass neben den „demokratischen Justizorganen“, das Recht auf freie Meinungsäußerung als ein Teil der in einer Verfassung festgelegten Menschenrechte genauso wie das Recht auf einen fairen Prozess und damit auf Rechtsbeistand zu einer Demokratie gehören.

Der folgende Auszug aus einem Buch zeigt die „grenzenlose Humanität“ die das Gericht in Halle hat walten lassen.

„Das Bezirksgericht Halle verurteilte u. a. Erika Dorn, Halle, zum Tode, A. Günther, Milzau, zu 5 Jahren Zuchthaus, A. Koppe, Milzau, zu 8 Jahren Zuchthaus, W. Hülse, Milzau, zu 4 Jahren Zuchthaus, O. Lichterfeld, Milzau, zu 8 Jahren Zuchthaus, H. Simon, Westerhausen, zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, H. Schwerdtner, Westerhausen, zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, H. Machenmehl, Westerhausen, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, K. Heinz, Westerhausen, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, H. Thieme, Hohnstedt, zu 6 Jahren Zuchthaus, H. Lehmann, Halle, zu 5 Jahren Zuchthaus, G. Hermann, Halle, zu 3 Jahren Zuchthaus, Frau H. Paluweit, Halle, zu 1 Jahr Gefängnis, Erna B., Halle zu 6 Monaten Gefängnis, die Angeklagte Krause, Halle, zu 6 Monaten Gefängnis, den Angeklagten Wüstefeld, Langeneichstädt, zu 5 Jahren Zuchthaus, Willi Amse, Westerhausen, zu 4 Jahren Zuchthaus, W. Mehl, Westerhausen, zu 2 Jahren 6 Monaten, W. Körner, Westerhausen, zu 2 Jah-

ren 6 Monaten Zuchthaus, den Angeklagten Voigtländer, Westerhausen, zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, R. Müller (Jugendlicher) Westerhausen, zu 1 Jahr Gefängnis, H. Zeidler, Halle, zu 8 Jahren Zuchthaus, O. Busse, Halle, zu 2 Jahren Zuchthaus, H. Enkhardt, Leuna-Werke, zu 9 Monaten Gefängnis, den Angeklagten Gürsner, Halle, zu 7 Jahren Zuchthaus, Heinz Hoffmann, Halle, zu 3 Jahren Gefängnis, den Angeklagten Kluge, Bitterfeld, zu 3 Jahren Zuchthaus, Artur Kobes, Bitterfeld, zu 8 Jahren Zuchthaus, den Angeklagten Labes, Halle, zu 2 Jahren Gefängnis, Kurt Manegold, Halle, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Wilhelm von Nyssen, Halle, zu 3 Jahren Gefängnis, Karl Rabsisch, Halle, zu 8 Jahren Zuchthaus, H. Rockrohr, Halle, zu 2 Jahren Gefängnis, Max Schlittchen, Bitterfeld, zu 3 Jahren Zuchthaus, Martin Schmidt, Bitterfeld, zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Otto Wald, Halle, zu 2 Jahren Zuchthaus, Erich Wendt, Halle, zu 9 Jahren Gefängnis, Hans Wollenziehn, Bitterfeld, zu 2 Jahren Zuchthaus“³²

32 Auszug aus Quelle unbekannten Ursprungs

Martin Selber

Domersleben, o. J.

Zum Arbeiteraufstand 1953 in Domersleben

Ich habe immer Tagebuch geführt und daher auch die entscheidenden Junitage 1953 genau festgehalten. Am Dienstag, dem 16.6., begann die Belegschaft der MTS Domersleben eine Busreise in den Harz. Wir hatten in Thale Quartier gebucht und unterwegs noch nichts von den Geschehnissen gehört. In Thale erwartete uns die Nachricht, dass unser Direktor sofort nach Halle kommen müsste.

Am 17.6. wanderten wir ins Bodetal. Auf dem Rückweg gerieten wir in eine Demonstration der Thaler Eisenwerke. Wir sahen Feuer, zerstörte Bilder, umgestürzte Wagen. Wir hielten uns fern, wussten wir doch nicht, was da eigentlich los war. Nachmittags Aufstieg zum Bergtheater zur Aufführung des „Götz von Berlichingen“. Auf den Ruf „Es lebe die Freiheit!“ erfolgte ein vielstimmiges Echo aus dem Publikum.

Im Quartier erwartete uns unser Direktor und gab uns den Ausnahmezustand bekannt. Die Arbeiter in der Berliner Stalinallee haben die ganze Sache ausgelöst. Wir sollen unsere Fahrt sofort abbrechen. Rasche Rückfahrt mit Unruhespuren in Quedlinburg. Bei Hadmersleben liegt ein sowjetisches Regiment in Stellung. Strenge Kontrolle, dann ab nach Hause. Auch in Domers-

leben war Unruhe. Es hatte eine Demonstration unter der Leitung des Holzschuhmachers Franz Smits gegeben.

18.6. Ausnahmezustand hält an. Die Zeitung bringt Sonderausgaben mit beruhigenden Beiträgen und Bekanntmachung von standrechtlichen Erschießungen. Niemand weiß, wie sich das weiterentwickeln wird.

20.6. Ich fahre mit dem Rad nach Magdeburg. Panzer und Artillerie stehen rund um die Stadt. Ich muss auf Feldwege ausweichen. In der Stadt ist es ruhig. Der Zugverkehr wurde fast völlig eingestellt.

In der Folge wurde in Domersleben Franz Smits als „Rädelsführer“ verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nach seiner endlichen Heimkehr geht er in den Westen, was die meisten Einwohner sehr bedauern, weil seine Holzschuhe doch recht begehrt waren.

5.2. In den Städten wird demonstriert

Helmut Hartmann

Dessau, 2001

Wie ich als Theologiestudent in Halle den 17. Juni 1953 erlebte

Was ich als Erinnerung an die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in meinem Unterbewusstsein 50 Jahre bewahrt habe, schreibe ich 50 Jahre später auf. Anlass ist die Einladung zu einer Ausstellung im Marktschlösschen in Halle vom 17. Juni bis 1. Juli 2001.

Ich habe im Laufe der Zeit viel davon meinen Kindern und Enkeln und Freunden erzählt. Aber ich hatte bis heute nichts davon aufgeschrieben. Was sich in meiner Erinnerung an den 17. Juni 1953 durch das häufige Erzählen in späteren Situationen abgeschliffen hat, vereinfacht wurde, überbewertet oder verharmlost wurde, das kann ich nicht beurteilen. Der Leser möge meine Erinnerungen dennoch als ein Zeitzeugnis verstehen. Ein Historiker wird wissen, wie er die einzelnen Zeitzeugnisse einzuordnen hat.

1. Aufbruchstimmung am Morgen

Frühmorgens zwischen 5 und 6 Uhr drangen aufregende Wortketten durchs offene Fenster in meine Studentenbude in der Robert-Koch-Straße, im Süden von Halle. Werktätige Frauen und Männer waren unterwegs zu ihren Arbeitsstätten. Ich hörte, noch halb im Schlaf, Worte, die in unserem Land tabu waren, die man nur in engsten vertrauten Kreisen leise flüsterte: Streik,

Aufstand, Lohnforderungen, Panzer, Schüsse, Tote. Ich reimte mir zusammen: in Berlin muss es gestern, am 16. Juni außergewöhnliche Ereignisse gegeben haben. Die Leute waren gespannt, ob es heute im Land Reaktionen geben würde.

Ich besaß keinen Radioempfänger, konnte also keine Nachrichten hören. Meine Wirtin schlief noch. Ich fand kaum Zeit, mich zurechtzumachen und zu frühstücken. Auf dem Weg zur Straßenbahn erlebte ich nichts aufregendes. Ich bildete mir aber ein, als ob alle Passanten in einer großen inneren Spannung waren. Jeder schwieg vor sich hin. In der Straßenbahn durchblätterte einer die „Freiheit“, steckte sie aber schnell gelangweilt wieder in die Tasche. Am Marktplatz stieg ich aus. Er wirkte öd und leer. War das immer um diese Zeit so, um 8 Uhr? Oder saßen sie heute alle vor dem Radioapparat und hörten vom Sender RIAS die Nachrichten? In der Nähe vom Händeldenkmal stand ein kleines Wachhäuschen der Polizei. Der wachhabende Polizist lief aufgeregt hin und her. Oder bildete ich mir das nur ein?

In den Seminarräumen der theologischen Fakultät am Universitätsplatz traf ich Studenten meines Semesters. Sie hatten Gerüchte über die Berliner Ereignisse gehört, wussten aber auch nichts Genaues. Da sie unter Zeitdruck standen wegen der Abgabe von Seminararbeiten, zwangen sie sich zur Ruhe und versuchten zu arbeiten. Ich hielt es in den Seminarräumen nicht aus. Ich musste mir irgendwo genaue Informationen besorgen.

2. Ammendorfer Waggonbauer besetzten die Bezirkshauptstadt

Als ich wieder auf dem Marktplatz ankam, stand zu meiner großen Verwunderung das kleine Polizeiwachhäuschen leer. Das hatte es in den letzten Jahren noch nicht gegeben. Die Staatsmacht musste doch auf dem Marktplatz einer Bezirkshauptstadt ständig anwesend sein. Was war geschehen? Was war im Gange?

Händel auf seinem Denkmal, die Türme der Marktkirche, der Roland am Roten Turm, die Kaufhäuser – sie alle hatten keine Antwort parat. Selbst das Rathaus wirkte wie geschlossen. Niemand ließ sich auf den breiten Treppen sehen.

Ich ging durch die schmale Rathausgasse in Richtung Bezirksgericht. Als ich auf den breiten Hansering stieß, blieb ich wie erstarrt stehen. Vom Leipziger Turm her wälzte sich so breit wie die Straße und unter Einschluss der Bürgersteige ein riesiger bunter Lindwurm heran, der sich beim Näherkommen in einzelne frohgestimmte, begeisterte Menschengruppen auflöste. Manche hatten Fahnen und Transparente in den Händen. Schwatzend, singend, in leichten Sommerkleidern verbreiteten sie eine fröhliche und hoffnungsvolle Stimmung. Was für ein Tag!

Ich konnte nicht am Rande stehen bleiben. Der bunte Lindwurm schluckte mich auf. Ich erfuhr: sie alle kamen aus Ammendorf, vor allem aus dem Waggonbau. Sie wollten die Bezirkshauptstadt besetzen und hier die Forderungen der Berliner Bauleute von der Stalinallee unterstützen. Die Arbeiter der Leunawerke – so erfuhr ich beim Weitergehen – sind unterwegs nach Merseburg. In der ganzen DDR soll es heute zu Arbeitsniederlegungen gekommen sein.

An der Hauptpost in der Großen Steinstraße kam es zu einem großen Stau. Ein anderer bunter Lindwurm drängte vom Marx-Engelsplatz her ebenso in die Große Steinstraße hinein. Da wo beide Lindwürme ineinander aufgingen, wurden unter tosendem Beifall zwei riesige Plakate von der Vorderseite des Postgebäudes niedergerissen und von Hunderten Füßen zertrampelt. Auf dem einen Bild war der große Generalissimus Stalin in weißer Gala-Uniform abgebildet. Auf dem anderen Bild wurde der allmächtige Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht gepriesen. Die Demonstranten jubelten: Der Spitzbart muss weg!

Beim mühseligen Weiterdrängen in Richtung Marktplatz gingen auch einige Schaufensterscheiben in die Brüche. Es wurde aber eifrig daraufgeachtet, dass nicht geplündert wurde. Die Demonstranten wollten diszipliniert und ordentlich ihre gerechten Forderungen vorbringen. Und sie hofften auf Gesprächsbereitschaft bei den staatlichen Behörden. Sie waren auch hundertprozentig davon überzeugt, dass die sowjetischen Truppen sich zurückhalten würden. In Berlin mussten diese eingreifen wegen der offenen Grenzen zu den Westsektoren. „Bei uns im Lande sieht das anders aus.“

So ermutigten wir uns untereinander in unserer Frühsommer-Stimmung. Als sich unser Demonstrationszug auf den Marktplatz wälzte, empfing uns ein unbeschreiblicher Jubel. Da, wo vor zwei Stunden noch eine gähnende Leere herrschte, drängten sich jetzt fünfzig- oder achtzigtausend Frauen, Männer, Jugendliche. Und es wurden immer mehr. Alle auf den Marktplatz einmündenden Straßen spuckten immer neue Demonstranten in das Marktgetümmel hinein.

3. Zwischen Bangen und Hoffen

Über Lautsprecheranlagen informierte die Streikleitung die Demonstranten über die neueste Lage. Abordnungen aus dem Mansfelder Land, aus den Leunawerken, aus Bitterfeld erklärten ihre Verbundenheit mit uns. Wir erfuhren einiges über die Ereignisse in Berlin. Immer wieder wurden wir zur Ruhe und zur Disziplin ermahnt. In Halle hatte der Magistrat der Stadt mit der Streikleitung Verabredungen getroffen, die Versorgung der Stadt wurde garantiert. Es brauchte keine Hamstereinkäufe geben.

Ein plötzlich auftauchendes gepanzertes Fahrzeug sorgte für Aufregung. Es hielt vor dem Eingang des Marktschlösschen. Ein Mann wurde eingeladen und zum Rathaus gebracht. Wahrscheinlich hatte ein Funktionär sich nicht mehr sicher gefühlt. Die Demonstranten reagierten mit Hohn und Spott.

Eine halbe Stunde später peitschte in unmittelbarer Nähe ein Pistolenschuss über unsere Köpfe. Es folgte ein erregtes Geschrei. Ein Menschenknäuel wälzte sich durch die Menge in Richtung Eselsmarkt. „Haltet ihn, er hat geschossen!“ Offenbar war ein Funktionär erkannt worden und reagierte panikartig mit einem Schuss in die Luft.

In der Menge verbreiteten sich unaufhörlich neue Gerüchte. Das Untersuchungsgefängnis am Hansering soll gestürmt worden sein. Alle U-Häftlinge sollen befreit sein. Ob auch die Gewaltverbrecher? Auch am Roten Ochsen sollen Schüsse gefallen sein. Es soll Tote gegeben haben. Ein Befreiungsversuch soll gescheitert sein.

Über Lautsprecher werden wir immer wieder neu aufgefordert, auf jeden Fall auf der Straße zu bleiben. An Mittagessen dachte keiner von uns. Wir wollten die öffentliche Position nicht aufgeben. Nur in der Öffentlichkeit konnten wir siegen.

Allmählich beunruhigte uns, dass immer neu vor Provokationen gegenüber sowjetischen Truppen gewarnt wurde. Zweifelte die Streikleitung schon an der Zurückhaltung der sowjetischen Truppen? Hatte sie vielleicht schon beunruhigende Nachrichten aus anderen Städten erhalten? Es sprach sich allmählich herum, dass um 18.00 auf dem Hallmarkt eine Großveranstaltung stattfinden sollte mit prominenten Vertretern der Streikleitungen aus dem Industriegebiet Leuna, Buna, Ammendorf, Mansfelder Land, Bitterfeld, Wolfen. Auch aus Berlin wurden Redner erwartet. Wir bewegten uns vom Marktplatz zum Hallmarkt mit viel Gedränge und Geschubse, aber diszipliniert. Wo sonst die Regierungspartei ihre angeordneten Massenversammlungen durchgeführt hatte, trafen sich heute die Aufständischen.

Es wurden immer neu die Forderungen der Streikenden an die Regierung wiederholt: Herabsetzung der Arbeitsnormen, höhere Gehälter, Abschaffung der erzwungenen Landwirtschaftlichen und Handwerklichen Genossenschaften, Schließung der HO-Läden, Rede- und Pressefreiheit und unabhängiges Justizwesen. Den Forderungen wurde begeistert zugestimmt. Auf einmal hörte man aus der großen Menschenmenge einige Misstöne: Rache für Unrecht, hängt die Funktionäre auf, schlägt die Kommunistenschweine tot! Die Versammlung piffte diese Forderungen nieder und stimmte der Streikleitung zu, die sich empört von diesen Hassausbrüchen distanzierte.

4. Die leisen Töne einer Trompete und der Lärm der russischen Panzer

Die unübersehbare Menschenmenge verharrte weiter in einer zunehmenden inneren Spannung. Was werden wir hören? Wie sieht es zur Zeit in Berlin aus? Auf einmal erklingt hoch über unseren Köpfen eine einzelne Trompete. Auf der Brücke zwischen den Hausmannstürmen steht ein einsamer Bläser. Er spielt einige Choralmelodien. Wenn zweimal in der Woche eine Bläsergruppe von den Hausmannstürmen herunter bläst, geht das oft im Verkehrslärm unter. Heute hörten viele erregte Menschen auf die leise Stimme einer einzelnen Trompete. Sie weckte Hoffnung, auf die wir dringend angewiesen waren.

Denn nicht viel später erschreckten uns furchtbare Geräusche, die langsam näher kamen und immer drohender wurden. Sowjetische Panzer tauchten auf und bogen auf den Hallmarkt ein, ihre Geschützrohre auf die Rednertribüne gerichtet. Vor dort kamen dringende Appelle: Nicht provozieren lassen! Vielleicht kommen die Panzer mit friedlichen Absichten?

Die Menschenmenge wich den heranfahrenden Panzern aus, ließ sie durchfahren und schloss sich hinter ihnen wieder zusammen. Es waren schließlich acht oder zehn Panzer, die auf dem Hallmarkt standen, eingekellt in die 100.000-köpfige Menschenansammlung. Das immer neu anschwellende Motoren- und Kettengeräusch aus den umliegenden Straßen machte uns unmissverständlich deutlich: die ganze Stadt wird von sowjetischen Truppen besetzt. War jetzt schon alles verloren?

Ein verzweifelter Mann aus dem Streikkomitee, in Polizei- oder Soldatenuniform, stellt sich auf die Mauerbrüstung der Tribüne, streckt seine Arme aus und ruft den Panzern entgegen: „Freiheit“. Ein anderer von der Streikleitung fordert die Demonstranten auf, jetzt still nach Hause zu gehen. Für den Abend sei eine Sperrstunde festgelegt worden. Aber morgen um die gleiche Zeit wollen wir uns wieder hier versammeln. Es ist noch nicht alles verloren!

Während der Auflösung der Riesenversammlung ordnet sich noch ein kleiner Demonstrationszug, der durch die Innenstadt gehen wollte. Voran wurde die deutsche Fahne getragen, ohne DDR-Emblem. Dahinter ging jemand mit einem Thälmannbild in den Händen. Zwei Lieder wurden abwechselnd gesungen: das Deutschlandlied und das Arbeiterlied „Brüder zur Sonne und Freiheit ...“ Ich bin noch ein Stück mitgegangen. Die Gruppe der Demonstranten wurde immer kleiner. Wir sahen, wie überall in den Straßen die Befehle des sowjetischen Stadtkommandanten an den Hauswänden angeklebt wurden. Unmissverständlich war zu lesen: Wer sich den Anordnungen widersetzt, wird erschossen. Ich musste mich beeilen, dass ich noch vor Beginn der Sperrstunde meine Studentenbude erreichte.

5. Die Tage danach

Als wir Studenten uns am nächsten Morgen in unseren Seminarräumen trafen, waren wir sehr bestürzt. Wir hatten gesehen: an jeder Straßenkreuzung stand ein Panzer oder es waren Maschinengewehre aufgestellt. Einer wusste genau Bescheid über die Ereignisse am Roten Ochsen. Bei den Schießerein war ein unbeteiligter Assistent der Landwirtschaft, Gerhard Schmidt, erschossen worden, nicht von aufständischen Arbeitern, sondern von Polizeieinheiten, die den Roten Ochsen verteidigten. Uns bewegten die Ereignisse am Roten Ochsen darum so sehr, weil unser Studentenpfarrer Johannes Hamel schon seit Monaten dort inhaftiert war. Wir vermissten ihn in diesen Tagen ganz besonders als Seelsorger und Berater.

Gegen 17.00 Uhr am 18. Juni versuchte ich zum Marktplatz zu kommen. Die Streikleitung hatte doch zu einer Demonstration um 18 Uhr am Hallmarkt aufgerufen. Alle, die am Marktplatz aus der Straßenbahn ausstiegen, wurden von bewaffneten Einheiten gleich abgetrieben in die benachbarten Straßen. Niemand durfte auf dem Markt oder auf dem Hallmarkt stehen bleiben. Wir ließen uns in Richtung Franckeplatz oder Moritz-Ring treiben, stiegen dort wieder in die Straßenbahn ein und verließen am Markt die Straßenbahn und alles wiederholte sich mehrere Male. Die Polizei wurde immer nervöser, weil die Zahl derer, die den Hallmarkt erreichen wollten, ständig anwuchs. Plötzlich wurde von irgendwoher geschossen. Wir warfen uns alle auf die Straße und flüchteten in Nebenstraßen. Ich habe keine Verwundeten oder Getöteten um mich herum gesehen. Ich vermute, dass in die Luft geschossen wurde mit der Absicht, uns zu erschrecken. Das hatte man auch erreicht. Es kam zu keiner Kundgebung auf dem Hallmarkt.

Am 19. Juni war ich mit zwei Kommilitonen in der Stadt unterwegs. Wir wollten sehen, wie sich zur Zeit die einzelnen Betriebe verhielten. Aus der Presse waren keine zuverlässigen Nachrichten zu entnehmen. In einem Autoreparaturbetrieb in der Merseburger Straße waren die Werkstore geschlossen. Hinter dem Tor standen die Streikposten. Sie versicherten: Wir geben nicht auf! Wir fuhren zur Waggonfabrik Ammendorf. Dort wurde auch weiter gestreikt. Vor den Toren des Leunawerkes waren wir tief erschrocken: Sowjetische Panzer und schwere Artillerie richteten ihre Geschützrohre auf die Werkstore. Die Arbeiter- und Bauernmacht war entschlossen, unter Arbeitern ein Blutbad anzurichten. Traurig kehrten wir zurück.

An einem der folgenden Tage beteiligte ich mich an der Trauerfeier für Gerhard Schmidt. Die Familie hatte ein kirchliches Begräbnis auf dem Kröllwitzer Friedhof durchgesetzt. Von staatlicher Seite wurde vorher ein Staatsakt zelebriert. In einem langen Trauerzug durch die Stadt wurde der Tote als Opfer

von „faschistischen Rowdies“ gefeiert, der im Kampf für den Sozialismus sein Leben eingesetzt hat. In einem offenen PKW saß neben der jungen Witwe und den Eltern der Rektor der Universität Prof. Dr. Leo Stern und heuchelte Betroffenheit. Fassungslos lief ich einige Zeit neben diesem PKW her und konnte nicht begreifen, dass ein Universitätslehrer solch ein Lügen-spiel mitmachen konnte. Alle Hallenser wussten, dass Gerhard Schmidt von Polizisten erschossen worden war.

Etwa 14 Tage nach dem 17. Juni fand auf dem Hallmarkt eine Großveranstaltung mit einem ZK-Mitglied aus Berlin statt. Alle Betriebe aus Halle und Umgebung marschierten gehorsam auf dem Treuebekenntnissen zu unserer Regierung auf riesigen Plakaten und eingehüllt in ein Meer von roten Fahnen. Da müssen doch dieselben Arbeiter gewesen sein, die am 17. Juni den Sturz der Regierung gefordert hatten. Warum waren sie zwei Wochen später schon wieder so passiv und ließen alles mit sich geschehen? Hätten sie nicht wenigstens zuhause bleiben können? Ich war sehr verbittert. Eine tiefe Resignation breitete sich in der Bevölkerung aus.

Meinen ersten Konflikt mit der Staatsmacht hatte ich bereits zwei Jahre vorher, im 2. Semester. Ich weigerte mich, an einer Wahl für die Volkskammer teilzunehmen. Ich lehnte die Einheitsliste ab und war empört über die offene Stimmabgabe. Da ich nicht nur am Wahltag von „Wahlschleppern“ mehrmals aufgesucht wurde, sondern auch in den 14 Tagen danach „merkwürdige“ Besuche bekam, bin ich für einige Tage bei meinem Studienfreund Reinhard H. im Pfarrhaus Büschdorf untergetaucht. Danach wurde ich in Ruhe gelassen.

Im ersten Halbjahr 1953 eskalierten die Angriffe auf die Junge Gemeinde und auf die Studentengemeinde auch in Halle. Studenten wurden in großen Versammlungen der Spionage für westliche Geheimorganisationen angeklagt. Ihre Exmatrikulation wurde gefordert. In einer großen Versammlung im Auditorium Maximum war die theologische Fakultät stark vertreten. Einer von uns bat um das Wort, um einige diffamierte Studenten aus anderen Fakultäten zu entlasten. Da ihm das Wort verweigert wurde, standen alle Theologiestudenten auf, verließen unter Protest den Hörsaal und veranstalteten in unseren Seminarräumen eine Gegenveranstaltung. Die uns angedrohten Strafmaßnahmen – Exmatrikulation der Rädelsführer und eventuell Schließung der theologischen Fakultät – konnten nicht mehr realisiert werden. Der 17. Juni 1953 schuf eine neue Situation. Inhaftierte Jugendwarte, Jugendpfarrer und Studentenpfarrer wurden aus den Gefängnissen entlassen. Exmatrikulierte Studenten und entlassene Oberschüler konnten ihre Ausbildung fortsetzen. Das betraf auch meinen Bruder Günter, der in Hettstedt sein Abitur nachmachen durfte. Ich war deswegen beim Rat des Bezirkes Halle mehrmals vor-

stellig geworden und erlebte dabei, dass das Regierungsgebäude wie eine Festung durch Militäreinheiten geschützt wurde. Auf jedem Flur des Verwaltungsgebäudes patrouillierten bewaffnete Soldaten oder Polizisten.

Meinen ersten Kontakt mit der STASI erlebte ich kurz vor dem 1. Examen im Jahr 1955. Ein mir bekannter junger Mann aus Hettstedt tauchte in meiner Wohnung auf, zeigte großes Interesse an der hebräischen Sprache, redete über Gott und die Welt und das Wetter und kam dann endlich mit seinem Anliegen heraus. Er wollte mich dafür gewinnen, dass ich ihm in größeren Abständen etwas über die Studenten und ihre Professoren erzählen sollte, über ihre Sagen und Probleme, über ihre politischen Ansichten etc. Ich schaltete sofort auf stur. Ich lehnte das Ansinnen entschieden ab und erklärte, dass ich noch heute Abend unseren Dekan Prof. Lehmann informieren würde. Was ich dann auch getan habe. Prof. Lehmann hat am nächsten Tag sich beim Rektor der Universität Prof. Stern darüber beschwert, dass Studenten zu Spitzeldiensten missbraucht werden würden. Solch eine klare Absage war damals also möglich!

Erich Luckey

Mönchengladbach, Januar 2003

Die Ereignisse des Jahres 1953 mit dem politischen und gesellschaftlichen Höhepunkt des 17. Juni – aus den Erinnerungen eines damaligen Studenten

Nicht nur in den so genannten volkseigenen und staatlichen Betrieben der DDR, sondern auch an den Universitäten und Ingenieurschulen wurde die Ideologie des Marxismus-Leninismus verstärkt in das Lehr- und Ausbildungsprogramm hineingetragen. Ich selbst war damals Student im 3. Semester an der Fakultät für Maschinenbau an der Technischen Hochschule in Dresden. Meine gesellschaftliche Herkunft entsprach nicht der Mehrzahl meiner Kommilitonen, die als Arbeiter- und Bauernsöhne vor dem Studium die ABF (Arbeiter- und Bauernfakultät) besucht und somit den Zugang zum Studium erlangt hatten. Eine Lehre im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier, eine Auszeichnung als Jungaktivist für besondere berufliche Leistungen im Tagebau und die zwangsweise Zugehörigkeit zur FDJ ermöglichten mir als Sohn von Eltern, die beide vom System zur unerwünschten Klasse der Intelligenz gezählt wurden, überhaupt den Zugang zu einem Studium.

Meine strikte Ablehnung, nach Aufnahme des Studiums in eines der neu erbauten Studentenheime in der Reichsstraße zu ziehen, brachte mir den ersten Tadel einiger linientreuer Kommilitonen ein und im Verlauf der ersten

zwei Semester eine mir gegenüber kritische Haltung. Es war jedoch erträglich und ich fand genügend Studienfreunde, mit denen ich gemeinsam arbeiten konnte an der Universität und die Freizeit in der nahen Umgebung ausschließlich an Wochenenden verbringen konnte. Auch habe ich peinlich darauf geachtet, die von jedem Studenten verlangten monatlichen „freiwilligen“ Arbeitsstunden am Wiederaufbau der Stadt zu erfüllen.

Die Situation an der Universität spitzte sich jedoch erheblich mit Beginn des Jahres 1953 zu. Die schriftlichen und mündlichen Prüfungen, vor allem im Fach Gesellschaftswissenschaften, wurden für jeden meiner Mitstudenten und für mich zu einem Prüfstein der Linientreue und Zugehörigkeit zur Arbeiter- und Bauernklasse. Das Urteil über mich muss nicht gut ausgefallen sein, denn ich wurde vor ein Gremium der FDJ-Hochschulleitung, die ihren Sitz in einem Gebäude neben der Mensa hatte, geladen. In einem regelrechten Verhör wurde ich von allen Seiten mit verfänglichen Fragen konfrontiert mit dem Ziel, meine innere Einstellung zu ergründen. Abschließend zeigte man sich entgegenkommend und gab mir die Chance, mich am Ende der Semesterferien im Juli/August einer Nachprüfung im Fach Gesellschaftswissenschaften zu stellen. Gleichzeitig wurde mir jedoch unmissverständlich eröffnet, dass eine Exmatrikulation bei Nichterfüllung der Leistungen nicht ausgeschlossen sei.

Mit dieser psychischen Belastung und unsicheren Zukunft, – meine durch den Tod meines Vaters alleinstehende Mutter war zwischenzeitlich 1952 offiziell mit meinen zwei jüngeren Brüdern in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt –, trat ich mein Pflichtpraktikum im Mai 1953 an. Mein Wunsch, nach Halle in das ZIS (Zentralinstitut für Schweißtechnik) delegiert zu werden, ging in Erfüllung. Hier konnte ich, so war dies meine Vorstellung, meine erlernten Kenntnisse und Praktiken als Betriebsschlosser in einer hoffentlich angenehmen und weniger politisch geprägten Atmosphäre vervollständigen. Meine Bitte, auch hier eine private Unterkunft in Halle-Trotha zugewiesen zu bekommen, wurde verständnisvoll aufgenommen und in einem angenehmen und geordneten Umfeld verlief das Praktikum – bis der Tag des 17. Juni 1953 anbrach.

Als ich am Morgen zum Arbeitsbeginn ins ZIS kam, war alles anders als noch am Vortag. Wir saßen in einem Pausenraum, lauschten den Nachrichten aus dem Lautsprecher, wo immer die Meldungen auch herkamen, und jeder einzelne ordnete seine politische Zugehörigkeit. So weit ich mich erinnern kann, war es die Mehrzahl der Mitarbeiter und Praktikanten am Institut, die sich spontan entschloss, in das Stadtzentrum von Halle zu marschieren. Es war ein weiter, aber auch bewegender Fußmarsch, denn von allen Seiten schlossen sich in Scharen Werk tätige und Bewohner der Betriebe und Stadtteile von Halle an. Gegen 12.00 Uhr erreichten wir den Marktplatz und in der

Masse der Demonstrierenden hatte sich sehr schnell meine Gruppe zerstreut. Jedoch war man in diesem Trubel von Menschen und den später auch tönenden Lautsprechern nicht alleine.

Ich schloss mich sehr schnell einer Gruppe von Jugendlichen an, die den Marktplatz verließen mit dem Ziel, das Tor des Frauengefängnisses in der Kleinen Steinstraße aufzubrechen. Auf dem Weg dorthin nahmen wir auf einem Trümmergrundstück einen hölzernen Telegrafmasten auf. Ich merkte sehr bald, dass ich im Kreise von Studenten der Universität Halle war, mit denen ich nun zu diesem gewaltigen Eingangstor der Haftanstalt zog. Dort wurden wir mit Jubel empfangen, denn ohne diesen gewaltigen Telegrafmasten war das Eingangstor nicht zu brechen. Nicht gleich, doch nach immer wieder neuen Anläufen, zeigte sich, dass auch dieses Gefängnistor unseren Anstrengungen nicht standhalten konnte. Eine gewaltige Menschenmenge strömte in den Innenhof und begann, in die Gebäude einzudringen, um die laut rufenden Gefangenen zu befreien.

Mit der Gruppe von Studenten, denen ich mich angeschlossen hatte, zog ich weiter durch die Straßen. Es war eine nicht zu beschreibende Aufbruchstimmung, doch bekenne ich, auch eine gewisse Angst und Sorge, wie wird die allgegenwärtige Staatsmacht reagieren. Von allen Seiten hörte man auch vereinzelte Schüsse, die nichts Gutes ahnen ließen.

Am Marktplatz wieder angekommen, war die Zahl der Demonstranten sichtlich geringer und plötzlich waren wir im Schussfeld von Polizisten oder linientreuen Funktionären, die aus nicht auszumachenden Gebäuden schossen. Wir warfen uns auf den Boden und robbten aus dem Zentrum des Marktes an den Rand in schützende Gebäude. Ziemlich erschöpft von dem Geschehen des Tages zogen wir dann gemeinsam zur Universität, um uns den Aktionen der Studentenhälfte anzuschließen, zu denen es dann allerdings durch die verhängte Ausgangssperre nicht mehr kam.

Ich weiß mich noch zu erinnern, dass ich am Abend Mühe hatte, mein Quartier in Halle-Trotha unbehelligt von der inzwischen verhängten Ausgangssperre zu erreichen.

Der Ausbildungs- und Lehrbetrieb war in den folgenden Tagen im ZIS sehr eingeschränkt, so dass ich nach ordnungsgemäßer Abmeldung mich wieder an die Technische Hochschule in Dresden begab.

Der Anfang des neuen Semesters verlief unerwartet gelöst und gelockert. Ich brauchte keine Nachprüfung im Fach Gesellschaftswissenschaften zu machen und auch von einer drohenden Exmatrikulation war keine Rede mehr. Man ließ die Zügel seitens der Hochschulleitung sichtlich lockerer gemäß dem bekannten marxistisch-leninistischen Leitsatz: zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück.

Horst Ellmer

Quelle: Bericht von Horst Ellmer, Auszug aus: Horst Ellmer, Noch einmal zehn Jahre später, in: Dessauer Kalender 1999. Heimatliches Jahrbuch für Dessau und Umgebung, Hg. Stadt Dessau/Stadtarchiv, 43. Jahrgang, S. 107–109.

Horst Ellmer war seinerzeit Angestellter beim Rat der Stadt Dessau, Abteilung Finanzen, Referat Haushalt.

Im Herbst 1952 begannen sich die Beschlüsse auszuwirken, welche die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus beschleunigen sollten. Dadurch gaben zahlreiche Dessauer Betriebsinhaber im Handel, in der produzierenden Wirtschaft, im Handwerk sowie in der Landwirtschaft wegen der Zwangsmaßnahmen zur Beitreibung von Steuern und SV-Beiträgen ihre Betriebe auf und verließen das Land. Zu den weiteren Maßnahmen gehörten u. a. die Kürzung von Fahrpreismäßigungen, Erhöhung der Preise für zuckerhaltige Erzeugnisse, Ablehnung von kurzfristigen Krediten und Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 bis 30 Prozent. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde mit Energie und Lautsprecherwagen forciert.

Der Druck auf die LDPD und CDU wurde weiter verstärkt. Dem Stadtrat Müller (CDU) hielt man in der Presse mit unsachlichen Argumenten seine angeblich ungenügende Mitarbeit in der Nationalen Front vor, die LDPD-Betriebsgruppe warf das Handtuch und löste sich nach Hinweis des Zentralvorstandes auf.

Am 5. März 1953 „erschütterte Millionen Menschen die Nachricht vom Tode des Führers des Weltfriedenslagers, J. W. Stalin“. Zahlreiche Trauer- und Ergebnisadressen erschienen „spontan“ in den drei Dessauer Tageszeitungen. Die Meinungen über die kontinuierliche Weiterentwicklung des Sozialismus gingen von Ratlosigkeit der schon Überzeugten bis zur Hoffnung auf Veränderungen der noch nicht Überzeugten. Eine Dessauer Abgeordnete leitete ihre Selbstverpflichtung zur Verbesserung der Arbeit mit den Worten ein: „Es ist mir, als ob der eigene Vater für immer gegangen ist.“

Die Unruhe in der Bevölkerung und die kritischen Diskussionen in den Betrieben nahmen spürbar zu. Es gab kaum eine Familie, die nicht von einer dieser zahlreichen Verschlechterungen betroffen war. Jetzt erst gestand der Ministerrat gemachte Fehler ein und verfügte auf „Empfehlung“ des Politbüros des ZK der SED am 11.6.53 die Aufhebung aller in den letzten Monaten so wortreich begründeten Beschlüsse, veröffentlicht in der Presse am 13.6.53. Doch das war schon zu spät.

In allen größeren Betrieben und auf Baustellen Dessaus wurden Protestveranstaltungen vorbereitet. Nach dem „Vorbild“ der Großbaustellen in der Ostberliner Stalinallee legten am 17. Juni auch die Dessauer Bauarbeiter in



Sowjetischer Panzer vor dem Rathaus auf der Zerbster Straße, 18. Juni 1953 (Quelle: Dessauer Kalender 1999. Heimatliches Jahrbuch für Dessau und Umgebung, Hg. Stadt Dessau/Stadtarchiv; Foto: Horst Ellmer)

der Diagonalstraße (später Wilhelm-Pieck-Straße, jetzt Kavalierstraße) ihre Arbeit nieder.

Die Fenster der Haushaltsabteilung befanden sich auf der Nordseite des Rathauses, Richtung Katholische Kirche. Am frühen Nachmittag des 17. Juni beobachteten wir, dass sich immer mehr Menschen auf dem Marktplatz einfanden. Nun wurde uns erst richtig klar, dass sich die Protestbewegung nicht nur auf die Bauarbeiter beschränkte. Wie wir erfuhren, waren eine starke Marschsäule aus der Waggonfabrik und Delegationen aus anderen Betrieben auf dem Weg zum Rathaus. Wir gingen zum Haupteingang, der sich damals noch in der Zerbster Straße befand. In der Zwischenzeit war ein sowjetischer Schützenpanzerwagen mit einem Zug Soldaten eingetroffen. Einige Jugendliche bewarfen die Soldaten mit Steinen, die Soldaten antworteten mit Warnschüssen. Die Oberbürgermeisterin, die gerade aus Halle angekommen war, beobachtete das Geschehen vom Rathauturm aus. Die Waggonbauer waren mittlerweile von starken Sicherheitskräften schon in der Albrechtstraße aufgehalten und in die Seitenstraßen abgedrängt worden. Ein Teil schlug sich jedoch trotzdem bis zum Rathaus durch. Wir erhielten des-



Sowjetische Soldaten lagern gegenüber dem Rathaus, etwa auf dem Platz vor dem späteren ZEKOM-Gebäude, 18. Juni 1953 (Quelle: Dessauer Kalender 1999. Heimatliches Jahrbuch für Dessau und Umgebung, Hg. Stadt Dessau/Stadtarchiv; Foto: Horst Ellmer)

halb von der Verwaltungsleitung die Anweisung, das Rathaus sofort zu verlassen, um unbeschadet unsere Wohnungen aufsuchen zu können.

Am Abend erzählte mein Vater, der in Wolfen arbeitete, dass am gleichen Tage Tausende von Beschäftigten aus der Film- und der Farbenfabrik nach Bitterfeld marschiert waren, um ihren Unwillen zum Ausdruck zu bringen. Als wir am nächsten Tag wieder unsere Dienststelle betraten, stellten wir fest, dass auf der freien Fläche gegenüber dem Rathaus, wo sich heute der Eingang des Rathaus-Centers befindet, sowjetische Soldaten mit Zeltbahnen, Regenumhängen und schweren Maschinengewehren Wache gestanden hatten. Die Straßen waren praktisch menschenleer. Der sowjetische Militärkommandant in Berlin hatte den Ausnahmezustand verhängt, dem sich die Länderkommandanten sofort anschlossen. Einzelne T-34-Panzer rollten durch Dessau, um „Ruhe und Ordnung“ zu sichern. Die „Gefahr eines Putsches zur Beseitigung der Errungenschaften in der DDR durch westliche Agentenorganisationen“, wie es die offizielle Lesart nannte, war fürs erste beseitigt.

Danach erzählte man sich flüsternd einen Witz: Man schlug sich mit zwei Fingern auf den Unterarm und fragte: „Weißt Du, was das heißt?“ – „Nein“. – Erklärung: „Beim zweiten Mal klappt's bestimmt!“

Dieses zweite Mal ließ jedoch noch 36 Jahre auf sich warten.

Ehrhardt Schmidt

Quelle: Dietmar Mokros, 17. Juni 1953 in Lutherstadt Eisleben und Mansfelder Land, herausg. vom BSV Landesverband Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit der VOS Landesgruppe Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003

Erinnerungen eines Bergmanns

Rebellion in Eisleben – Geschuftet für mehr Brot und zusätzliche Kohlenkarten

Die ersten, die sich gegen den real existierenden Sozialismus erhoben haben, waren Deutsche.

Der Volksaufstand wurde zum Fanal im sowjetischen Machtbereich. Zur Schande der sogenannten Partei der Arbeiterklasse waren es Arbeiter, die auf die Straße gingen, protestierten und politische Forderungen erhoben. Dabei wurden sie von einer Mehrheit des Volkes unterstützt. Die von der Partei versprochene Anhebung des Lebensstandards blieb aus.

Auch nachdem der Arbeitsplatz zum Kampfplatz erklärt wurde.

Die Erhöhung der Arbeitsleistung bei gleichem Lohn wurde ständig gefordert. Man erwartete von den „besten Kämpfern“ Selbstverpflichtungen und vom Vorbild des „großen Brudervolkes“, der UdSSR, zu lernen. Es galt den Helden der Arbeit nachzueifern, wenn es darum ging die Normen zu überbieten. Das sollten unter anderem die sozialistischen Hebel sein, um den Lebensstandard zu heben und somit die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu dokumentieren.

Ein neues Schlagwort erfanden die Agitatoren der SED dafür, den Neuerer.

Die Neuererbewegung musste nun auch in den Schächten und Betrieben des Mansfelder Landes aktiviert werden. Ausgesuchte Funktionäre bekamen den Parteiauftrag, den Kumpels zu demonstrieren, dass die bisherigen Arbeitsnormen zu niedrig sind und die Leistungssteigerung demzufolge eine Notwendigkeit ist. Diese demonstrierten Stoßschichten waren aber unreell und nicht täglich von den Kumpels zu schaffen. Die Erfüllung des Planes oder der täglichen Norm hing von vielen einzelnen Faktoren ab, die außerhalb des Machbaren der Bergleute lagen. Die Neuerer wurden belohnt. Titel und Medaillen wurden vergeben. Privilegien und Vergünstigungen eingeräumt.

Das Erreichen der täglich geforderten Normen lag wohl den meisten Bergleuten am Herzen. Die Planerfüllung brachte Vergünstigungen wie zusätzliche Lebensmittel, Kohlenkarten, den Bergmannstrost oder -tod, vier Liter Fusel, aber auch Sachprämien ein. Wegen dieses Anreizes wuchs die Zahl der Bergmänner. Fehlschichten durfte man sich nicht leisten, dann waren die

Vergünstigungen weg. Auch ich hatte meinen Arbeitsplatz im Lohnbüro aufgegeben und bin auf dem Wolfschacht (Fortschrittschacht 1), Flügel 15, 10. Sohle, 1.000 Meter tief unter Tage einfahren. Ich wurde damals der Brigade Theile zugeteilt. Wir erfüllten meist unsere Norm. Als ehemaliger Spätheimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft hatte ich in den Jahren des Leidens und der Entbehrungen dort keine guten Erfahrungen bezüglich einer Normerfüllung machen können.

Bergleute demonstrieren in Eisleben – Spannung auf dem Schachtgelände – Transparente im Zug mitgeführt – Beifall der Bürger

Oft erhielten wir gar nicht die versprochenen 50 Gramm Brot zusätzlich, die allerdings unseren Hunger hätten auch nicht stillen können. Es gab auch kein Arbeitsentgelt für die jahrelange schwere körperliche Arbeit. Damit unsere Brigade das Tagessoll erreichte, mussten wir auf die Halbschicht verzichten. Es wurde bis zur letzten Minute vor Streb gearbeitet und zum Schichtende, während des Laufens, nahmen wir unseren Knaust in die Hand. Dabei ging die Strecke bis zum Personenflachen immer bergauf. Die Zahnradbahn war noch in Bau. Diese Arbeitsweise konnte kein Dauerzustand bleiben. Die Forderungen nach höheren Arbeitsleistungen bei gleichbleibendem Lohn mussten einmal schief gehen.

Das Überlaufen des bekannten Fasses war also nur noch eine Frage der Zeit.

Und diese Zeit war für uns Bergleute am 17. Juni 1953 gekommen.

Nicht vom „Klassenfeind“ inszeniert, wie später von den Medien verkündet wurde.

Ich war an diesem Tage zur Frühschicht angefahren, und wir alle hatten eine Vorahnung, das Gefühl, dass etwas in der Luft liegt, dass heute etwas passiert.

Unsere Vorahnung hatte sich bestätigt. Die Kumpels der Mittagsschicht waren nicht angefahren. Wir begegneten uns sonst am Förderkorb. Eine gespannte Atmosphäre breitete sich in der Kaue, dem Umkleideraum der Bergleute, aus. Auf der Straße vorm Hauptgebäude des Schachtes hatten sich die streikenden Arbeitskollegen der Mittagsschicht zu einem Marschblock formiert und auf uns, die Arbeiter aus der Frühschicht, gewartet.

In der Marschkolonne sah man vereinzelt Transparente. Die Aufschriften fanden wohl bei allen streikenden Bergarbeitern, und wie man später in Eisleben feststellen konnte, auch bei der Bevölkerung breite Zustimmung. Aber auch rote Tücher konnte man im Marschblock sehen. Diszipliniert erreichten wir die Freistraße in Eisleben. Die Bevölkerung begrüßte mit viel Beifall die Streikenden und schloss sich der Menschenmenge an. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass die ganze Stadt auf den Beinen war.

Was war überhaupt in der Zeit geschehen, als wir unserer Arbeit unter Tage verrichteten? Aber zum Überlegen hatten wir jetzt weder Zeit noch Möglichkeit. Protestforderungen wurden gerufen und mit Beifallsbekundungen laut bejubelt und beklatscht. Inzwischen erreichten wir den Markt. Im ehemaligen Hotel zum „Goldenen Löwen“ befand sich zu dieser Zeit das Volkspolizeikreisamt. Die Demonstranten hatten Sprechchöre gebildet, um den Forderungen und Wünschen mehr Nachdruck zu geben. Aber die Polizisten waren nicht zu bewegen, sich den Streikenden zu offenbaren oder gar anzuschließen. Tor und Fenster waren verrammelt. Ob sich überhaupt noch Polizei im Gebäude befand, wusste man nicht. Auch zu Bruch gehende Fensterscheiben änderten an der Situation nichts, denn die von den Bergleuten mitgeführten Fummelklötzchen waren inzwischen zu Wurfgeschossen geworden. Fummelklötzchen, das ist die bergmännische Bezeichnung für ein aus einem zerdrückten Stützholz geschnittenes, etwa 20 cm langes Holzklötzchen für den eigenen Herd. Endlich konnte ich mein mitgeführtes Fahrrad auf einem Geschäftshof abstellen. Inzwischen waren aber auch die Bergleute vom Dietrichschacht (Fortschrittschacht II) aus Unterrißdorf kommend, in der Stadt Eisleben eingetroffen.

Einige Transparente mit missfallenden Aufschriften, die zum Beispiel quer über die Hallesche Straße gespannt waren, wurden von den Streikenden heruntergeholt. Das notwendige Werkzeug dazu stellten bereitwillig auch Geschäftsleute zur Verfügung.

Russische Panzer rollen durch die Straßen – Protest gegen Normerhöhung – Gefängnistore gewaltsam geöffnet – Angst und Hoffnung

Zurückgekehrt zu meinen Arbeitskollegen, sah ich zwei russische Soldaten, die vermutlich zur Verstärkung zum VP-Amt abkommandiert waren, an die Wand des Amtsgebäudes gedrückt. Ob es Angehörige der russischen Kommandantur von Eisleben waren, ist nicht bekannt. Die eingeklemmten Russen konnten somit ihre Waffen nicht benutzen, was für beide Seiten gut war. Ob allerdings die Militärs von ihren Vorgesetzten für das Verhalten belobigt wurden, muss sehr bezweifelt werden. Es ist nicht bekannt, wie viele Sowjetsoldaten von ihren Leuten wegen Fehlverhaltens oder Feigheit oder auch Verbrüderung mit den Demonstranten am 17. Juni erschossen wurden.

Denunzianten beobachteten die Szene aus ihren Verstecken. Die russischen Soldaten hatten diese sehr enttäuscht. Der Marktplatz war voller Menschen. In der Kreisleitung der SED des Mansfeld Kombines wurden vermutlich einige Zimmer ausgeräumt. Natürlich landeten auch die Bildnisse der Vertreter der Arbeiterklasse auf dem Pflaster des Marktplatzes. Aber auch große Transparente mit Losungen, die zum Protest der Bevölkerung Anlass gaben

und nicht mehr die Wände der Gebäude verunzieren sollten, wurden entfernt und von der Menschenmenge zertreten. Die Bevölkerung war erzürnt, und der eilig herbeigerufene Vertreter des Kombinats, Hauptdirektor Gutjahr, welcher vermutlich die Massen wegen der Normerhöhung beruhigen sollte, musste einem anderen Redner Platz machen. Selbstverständlich geschah dieses unter Zustimmungsbekundungen der Streikenden. Der Genosse Direktor ging irgendwo in der Menge der Versammelten unter.

Stunden später rollten dann schon die Panzer der Russen, wie wir, meine Frau und ich, an der „Arche“ vor der „Kupferklausen“ mit Schreck sehen mussten. Das eigenartige Gefühl, welches wir beim Anblick dieser Ungeheuer bekamen, und uns an vergangen Geglauhtes erinnerte, veranlasste uns, aus dem Gesichtskreis unserer „Beschützer“ schleunigst zu verschwinden. Meine Frau wurde aus ihrer Heimat Ostpreußen vertrieben, und ich war Soldat im Osten.

Streikende hatten auch die Gefängnistore der Haftanstalt in der heutigen Friedensstraße gewaltsam geöffnet, um die Inhaftierten zu befreien. Der Volksaufstand brachte auch diesen teilweise zu Recht oder Unrecht eingesperrten Menschen die Freiheit. Die russische Kommandantur befand sich unweit der Haftanstalt in der Breitscheidstraße. Das Terrain war auch hier wie üblich mit einem grünen Bretterzaun umgeben. Durch Ritzen in der Bretterwand konnte man die bewaffneten Posten sehen.

Zu nahe durfte man nicht an die Sichtblende. Das konnte gefährliche Folgen auslösen, wie ich feststellen musste. Die Stimmung der Menschen nach den Ereignissen war auch in Eisleben noch lange nicht beruhigt. Täglich schauten wir nach den Fördertürmen der Schächte, um festzustellen, ob sich die Seilscheiben wieder drehen, und wir wieder unsere Arbeit aufnehmen können. Wir Bergarbeiter erwarteten zumindest eine Korrektur der Arbeitsnormen.

Da der Volksaufstand von den Berliner Bauarbeitern ausgegangen war, wurden vor allen die „Aufwiegler“ auf den sozialistischen Baustellen gesucht. So auch in Eisleben auf dem Gelände der Zweijahresschule.

Kampfgruppen wurden in der Arbeitszeit geschult – Nach Streik und Demonstration viele Verhaftungen – Bergmann aus Eisleben galt als „politisch nicht tragbar“

Die Häscher in Zivil wurden von den Denunzianten geführt, wie ich durch einen Zufall feststellen konnte. Diese ließen sich auch nicht von ihrem Vorhaben abbringen, als der „Hilfsbereite“ auf mich zeigend und aufgeregt rief „das ist auch so einer“. Aber man konnte nicht alle Streikenden verhaften.

Eine große Verhaftungswelle hatte inzwischen begonnen, und man weiß auch heute, dass es nicht nur beim Verhaften geblieben ist. Auch ich war durch

meine Teilnahme am Volksaufstand in Eisleben in Kreisen bekannt geworden und hielt aus Gründen der Sicherheit für meine Familie einen Abstand zu diesen Leuten. Provokation, Beleidigungen und Diffamierungen war ich machtlos ausgesetzt.

Damals, in den siebziger Jahren erlaubte unsere Volkswirtschaft den Bürgern der DDR, sich für sogenannte hochwertige Geräte wie Fernseher, Waschmaschinen, Bohrmaschinen usw. in den einschlägigen Geschäften anzumelden. Zu einen Kaufabschluss kam es aber erst lange Zeit später. So konnte man sich auch nicht auf einen bestimmten Gerätetyp festlegen. Auf eine diesbezüglich erbetene Auskunft wurde ich vom damaligen Leiter der Geschäftsstelle im groben Ton und im Beisein anderer Bürger unverschämt und beleidigend angegangen: „Am 17. Juni teilnehmen und jetzt große Ansprüche stellen“. Noch in den achtziger Jahren, derselbe Herr hatte inzwischen die Arbeitsstelle gewechselt, kam die Wut anders denkender Menschen gegenüber zum Ausdruck. Äußerungen wie „politisch nicht tragbar“ begleiteten mich ein ganzes Stück in einen Leben.

Hans-Friedrich Heysen

Quelle: Dietmar Mokros, 17. Juni 1953 in Lutherstadt Eisleben und Mansfelder Land, herausg. vom BSV Landesverband Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit der VOS Landesgruppe Sachsen-Anhalt

Der 17. Juni 1953 in Oberröblingen/Helme

Ich kam gerade um 12.00 Uhr aus der Schule, es war ein Mittwoch. Wie gewöhnlich ging ich auf der Chaussee, die nach Sangerhausen führte, entlang. Mir fiel auf, dass sich an diesem Werktag viele Menschen auf der Straße befanden. Sie schauten immer in Richtung Sangerhausen. In der Ferne entdeckte ich eine dunkle Masse, die sich quer über der Straße befand. Die Menschen erzählten, dass sei ein MG-Nest der kasernierten Volkspolizei (KVP). Diese Einheit der KVP habe die Aufgabe, den Verkehr von und nach Sangerhausen zu sperren.

Am Nachmittag, sehr früh, kam Herr W. aus der Sangerhäuser Maschinenfabrik, – heute ist dieses Werk durch Fehler des Managements der Treuhand in Konkurs gegangen – nach Hause. Auf dem Hof schrie Herr W. von Freiheit, beklagte sich über die ungeheure Arbeitsbelastung, sprach von Wiedervereinigung. Da begriff ich, dass irgendeine gesellschaftliche Bewegung die Ostzone, wie auch wir als Bewohner der DDR sagten, erschütterte. Die Sehnsucht, mit dem „goldenen Westen“ vereinigt zu werden, war im Volke sehr groß.

Quelle: Neues Deutschland 3.9.1953

Am Abend kam meine Mutter aus der Kreisstadt in unser Dorf zurück; in der Poliklinik war sie als Chefarztsekretärin beschäftigt. Meine Mutter berichtete, nur bei einigen Männern hatten die Ärzte Schussverletzungen zu versorgen gehabt; unter anderem ein russischer Soldat der nicht ernsthaft verwundet wurde.

[illegible]

3. September 1933 / NEUES DEUTSCHLAND / Nr. 206, Seite 6

[illegible][illegible][illegible]

Zwei Tage später ruhr ich mit meiner Großmutter in die Kreisstadt. Schon in der Nähe des Sangerhäuser Bahnhofs, in der Straße befand sich auch das Café Kolditz, entdeckte ich eine russische Panzerkolonne, die am Straßenrand, ich glaube die Straße hieß damals Ernst-Thälmann-Straße, hintereinander stand. Auf dem Vorplatz der Hauptpost befand sich ein Panzerspähwagen und ein kleiner Kommandowagen. Russische, bewaffnete Soldaten konnte ich in den Straßen nicht entdecken. In der Stadt herrschte eine merkwürdige Ruhe, sozusagen Totenstille; die Menschen unterhielten sich im Flüsterton. Mehr als 3 Personen durften auf Anordnung des russischen Kommandeurs nicht zusammenstehen.

1954, wir wohnten in der Westsiedlung in Sangerhausen, erzählte eine Nachbarin, sie war vor ihrer Heirat bei der Volkspolizei Sangerhausen beschäftigt gewesen, dass in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni ein 19-jähriger junger Mann erschossen wurde, weil er die nächtliche Ausgangssperre nicht beachtet hatte.

So habe ich den 17. Juni 1953 in Erinnerung behalten. Bis heute habe ich es nicht verstanden, dass hier in der BRD dieser Tag ein gesetzlicher Feiertag war, wo die westdeutschen Werktätigen frei hatten und ihren Hobbys nachgingen.

Gerhard Bach

Quelle: Weißenfelder Heimatbote, 3. Jahrgang Heft 2, Juni 1994, S. 42–44

Streiks am 17. Juni 1953 in Weißenfels – eine Erinnerung an die Schulzeit

Der 17. Juni 1953 begann für uns Schüler der Weißenfelser Beuditzschule eigentlich ganz normal wie jeder andere Schultag. Der Klassenleiter betrat pünktlich das Schulzimmer in der obersten Etage des Schulgebäudes. Auf ein Kommando schnellten alle Schüler von ihren Klappsitzen der Schulbänke hoch und der Gruppenratsvorsitzende begab sich zum Klassenleiter und meldete: „Klasse 7a der Beuditzschule II zum Unterricht bereit.“ Der Klassenleiter ließ setzen und der Schulalltag begann.

Für die erste Stunde stand Geschichte auf dem Stundenplan und für die zweite Stunde war Deutsch angesagt. Also wurden erst einmal die Geschichtsbücher aufgeschlagen. Karl Marx und Friedrich Engels standen auf der Tagesordnung, denn in den nächsten Tagen sollte wieder eine Klassenarbeit geschrieben werden und da galt es diesmal, besonders aufmerksam zu sein, obwohl die meisten bei dem schönen Wetter lieber auf der ehemaligen Radrennbahn eine Unter-



Wir lassen uns nicht
die Maschinen zerschlagen

Feindliche Agenten hatten es am Mittwoch verstanden, die Arbeiter unserer Betriebe zu einer Provokation zu verleiten. Aber schnell durchschauten unsere Arbeiter ihre schmutzigen Ziele. So unterbrachen beispielsweise die Arbeiter der Konsumschuhfabrik und der Schuhfabrik Lipsia ihre Arbeit nicht, sondern gingen zum persönlichen Schutz ihrer Betriebe über.

Die Kolleginnen und Kollegen der Zwickereibrigade Reinsperger sagten uns, daß sie zwar auch nicht mit der administrativen Normerhöhung einverstanden waren, aber aus der Erklärung unserer Regierung ersehen, daß diese ihre Fehler eingesehen hat und bereit ist, diese schnellstens zu korrigieren. „Wir lassen uns von diesen ‚Brüdern‘ doch nicht unsere Maschinen zerstören“, sagte der Kollege Herget von der Konsumschuhfabrik. „Darum haben wir auch den Rowdys, die in unseren Betrieb eindringen und uns aufforderten, die Arbeit niederzulegen oder unsere Maschinen zu zerstören, gehörig unsere Meinung gesagt.“

Das sind die Stellungnahmen unserer Werk­ tigen.

Quelle: Freiheit vom 19.6.1953

ßer Atem ins Klassenzimmer gestürzt, mit den Worten: „In der Stadt wird gestreikt, die Arbeiter der Schuhfabriken und der Tewa marschieren alle in Richtung Innenstadt.“ Da war die Deutschstunde natürlich vorbei.

Die Lehrerin rannte sofort aus der Klasse, um dem Direktor die Nachricht der beiden Schüler zu überbringen.

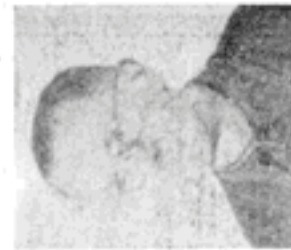
richtsstunde im Fach Sport, bei dem von uns allen geliebten Fußballspiel, zugebracht hätten.

Aber infolge der angestrengten Arbeit und äußerster Disziplin war die Stunde schnell vorüber. Der Klassenleiter gab dem Gruppenratsvorsitzenden noch schnell den Auftrag, die Schaulinien des Aufklärungslokals der Nationalen Front im Kirschweg 52, wo früher Bäckermeister Platz seine Bäckerei hatte, neu zu gestalten und das farbige Leninbild mit Goldrahmen, welches dort ausgestellt war, zurück an seinen Platz im Pionierzimmer der Schule zu bringen.

In der anschließenden Deutschstunde bemerkte unsere Deutschlehrerin beim Durchsehen der Diktathefte, dass diese schon ziemlich gefüllt waren und für die nächsten Klassenarbeiten neue Hefte besorgt werden mussten. So entschied sie sich, Schüler unserer Klasse noch während der Deutschstunde zur Firma Lehmstedt in die Große Burgstraße gehen zu lassen, um neue Hefte und anderes Schreibmaterial zu holen. Es meldeten sich natürlich mehr als dafür gebraucht wurden. Aber zum Schluss durften natürlich nur zwei Schüler den Spaziergang in die Innenstadt antreten.

Es dauerte aber gar nicht lange und die beiden Schüler kamen völlig au-

Schüler und Dozenten der Fachschule für Leichtindustrie haben mit den Provokateuren vom 17. Juni nichts gemein



Handwritten: *Handwritten*

Im Kampf um die beste Entwicklungslösung wird unser Streben unterstützt durch hohe Erwartungen an unsere Qualität der Beiratsarbeit zu zeigen, daß wir unsere Arbeit ernst nehmen, daß wir die Privatwirtschaft verstehen und wir ihnen nicht gerade lästigen. Unsere Arbeit zielt dem Frieden und der Einheit Deutschlands.
I. G. Schmitt, Reichsleiter

[illegible]

stigen in ihrer physischen Arbeit immer mehr einsetzen und nur in dieser Bewegung arbeiten werden.

Die wichtigsten Steuermechanismen, die geschulten Arbeiter in der Organisation der Produktion und der Produktivität seiner eigenen Arbeit in die richtigen Bahnen zu lenken.

3. Allen Angehörigen der Technischen Intelligenz und der Betriebsintelligenz der KRT das Bewusstsein zu geben, daß sie werden, die die Gesamten Maßnahmen der Regierung durchführen, sondern die Maßnahmen, so wie diese Sinn und Zweck selbst in extremen, allgemein verbreiteten Fällen des Produktionsverzuges, durch die Produktion und die gesamten Aufgaben individuell in den Abteilungen gemeinsam mit den Abteilungen durchführen. Hierbei muß man die Sorge um den verkürzten Menschenleben, materielle und kulturelle, das Leben unserer Nation, das gesamte Leben unserer Nation.

Wissenschaftler, Erziehungswissenschaftler, Soziologen, Psychologen, Philosophen, Juristen, Ökonomen und Historiker. Die verschiedenen Disziplinen werden in der Studie unter Berücksichtigung der verschiedenen Disziplinen mit einem gemeinsamen Ziel verbunden: die Entwicklung einer gemeinsamen Disziplin, die die verschiedenen Disziplinen integriert und die verschiedenen Disziplinen in einer gemeinsamen Disziplin vereint.

haben unserer Arbeit sehr im Anschluß an die Ausführungen des Kollegen Ringenbowitz, in denen eine lebendige Diskussion, in deren Verlauf fernerhin Vergleichen zwischen der in der DDR betriebenen Arbeitsorganisation und der in der Bundesrepublik betriebenen Arbeitsorganisation zu stellen. So gab der Kollege Warris die Selbstverpflichtung ab, die gesamte Technologie der Arbeitsorganisation in der Stahlindustrie der DDR zu untersuchen und die Ergebnisse in der Fachzeitschrift „Kultur der Vorkommnisse“ bekanntzugeben. Der Kollege Warris ist ebenfalls ein ständiger Teilnehmer an den Tagungen der DGB-Delegationen.

Der Dozent, Kollege Fries, vertritt die Ansicht, die Chemie der Arbeitsorganisation zu schreiben und dabei besonders die Bedeutung des Menschen für die Grundhaltung des Arbeiters zu betonen. Kollege Müller

[illegible]

In der Zwischenzeit waren auch die Klassenkameraden nicht untätig. Die Bilder von Pieck und Grotewohl, die links und rechts neben dem Lehrerpult hingen sowie zwei Schriftzüge irgend einer Losung, die fein säuberlich auf kleine Holzleisten aufgenagelt zwischen beiden Bildern angebracht waren, wurden von der Wand gerissen und flogen in hohem Bogen durch die inzwischen geöffneten Fenster der Schule, mitten auf den Schulhof. Da kam auch schon die Deutschlehrerin mit dem Direktor in die Klasse zurück. Mit

Quelle: Freiheit vom 20.6.1953

den Worten: „Ihr könnt alle nach Hause gehen“ war für uns der Schultag beendet. Wir wurden noch aufgefordert, uns nicht in die Innenstadt zu begeben, und nach wenigen Minuten hatten alle das Schulgebäude verlassen. Unten räumte gerade der Hausmeister die Reste der Bilder und Losungen beiseite. Während der größte Teil unserer Klasse nach Hause ging, rannten wir sofort die Beuditzstraße entlang in Richtung Innenstadt.

Schon von weitem sahen wir an der Marien-Apotheke und der dahinterliegenden Kreuzung eine riesige Menschenansammlung. Als wir an der Kreuzung ankamen, hörten wir, wie Arbeiter und Angestellte emsig diskutierten.

„Die Regierung muss weg“, „Wir fordern freie Wahlen“ sowie „Wir wollen die Einheit Deutschlands“, waren in Gesprächsfetzen herauszuhören. Wir überquerten die Kreuzung und gingen in Richtung Polizeiwache ans ehemalige Klostergebäude. Hier fuhr gerade ein für Polizeizwecke umgebauter IFA F9 Personenwagen mit offenem Verdeck vor. Die Polizisten, damals noch mit Tschako und Gummiknüppel ausgerüstet, wollten gerade aussteigen, kamen aber nicht mehr dazu, denn ein paar kräftige Männer kippten das Fahrzeug mitsamt den Insassen um. Die Polizisten krochen unter dem Fahrzeug hervor oder waren schon vorher herausgesprungen und rannten in Richtung des Haupteinganges der Polizeiwache, wo sie schnell hinter der Eingangstür verschwanden, welche dann auch schnell wieder verbarrikadiert wurde. Die nun obenliegenden Reifen des Polizeiwagens wurden mit Taschenmessern zerschnitten und die herumliegenden Tschakos und Ausrüstungsgegenstände wurden zertreten und gegen das Polizeigebäude geworfen.

Wir gingen nun weiter in Richtung Marktplatz. Vor dem Rathaus sah es schlimm aus. Männer waren gerade dabei zwei ungefähr 3 x 6 Meter große Bilder von Pieck und Grotewohl, die ständig an der Fassade des Rathauses angebracht waren, abzumontieren und auf den Marktplatz zu werfen. An den geöffneten Fenstern sah man Personen, welche irgendwelche Papiere, Akten, Bilder und Fahnen aus den Fenstern warfen. Auch Schreibmaschinen knallten auf das Pflaster vor dem Rathaus. Plötzlich riefen Leute: „Die Schiffskettenschmiede der Tewa sind im Anmarsch. Sie wollen das Gefängnis und die Polizei aufbrechen!“

So rannten wir wieder zurück in Richtung Klostergebäude. Hier war schon kein Durchkommen mehr, so viele Menschen hatten sich versammelt. Das Tor zum Gefängnis war schon aufgebrochen und die Häftlinge hatten Bettlaken und Handtücher aus den Fenstern ihrer Zellen gehängt.

Wir wollten auch mit hinein, aber einige Männer hielten uns zurück und schimpften: wir sollten uns lieber nach Hause machen.

So bezogen wir auf der Mauer an der gegenüberliegenden Goethe-Oberschule einen Aussichtspunkt. Männer mit Brechstangen und großen Vorschlagshämmern drängten zum Eingang des Gefängnisses und wenig später hörte man aus dem Innern des Gebäudes die Schläge der Hämmer und Brechstangen an den Türen der Zellen. Wieviele Gefangene befreit wurden, war in dem Gewimmel der riesigen Menschenmassen von niemandem richtig in Erfahrung zu bringen.

Nun liefen wieder Leute mit Brechstangen und Hämmern heraus und rannten in Richtung Polizeiwache im ehemaligen Klostergebäude, um dort die Türen aufzubrechen. Aber die schwere Eichentüre am alten Eingangsportal war nicht so leicht aufzubrechen. Als dann an den vergitterten Fenstern Polizisten mit Schusswaffen auftauchten, wurden die Außenstehenden etwas vorsichtiger. Man wollte abwarten bis die Leunaarbeiter, welche angeblich schon mit der Reichsbahn zur Verstärkung nach Weißenfels unterwegs waren, eintrafen. Aber Glasscheiben und das geschnitzte Oberteil im genannten Eingangsportal wurden durch Steinwürfe beschädigt.

Plötzlich tauchte über der Innenstadt ein kleines, langsam fliegendes Flugzeug (Doppeldecker) der sowjetischen Armee auf. Von hier aus wurden wahrscheinlich über Funk Lageberichte über Menschenansammlungen in den Straßen unserer Stadt an die anrückenden russischen Soldaten weitergegeben.

Eine halbe Stunde später war es dann auch soweit. Gepanzerte Fahrzeuge durchfuhren die Stadt, gefolgt von Mannschaftswagen.

Sowjetsoldaten wurden abgesetzt, die sofort in Richtung Gefängnis und Polizei vordrangen und alle Tore und Eingänge besetzten. Danach erschienen schwere Motorräder vom Typ „Molotow“ mit Seitenwagen, auf denen Maschinengewehre montiert waren. Sie bewegten sich unaufhaltsam in einer geschlossenen Linie auf der Fahrbahn und dem Bürgersteig auf die Menschenmassen zu. Da konnte man nur in Nebenstraßen ausweichen oder in einer Haustür Zuflucht suchen. Aber kaum war man wieder auf der Straße, rückte die nächste Welle Soldaten an. So wurde der größte Teil der Menschenansammlungen aufgelöst und es wurde allmählich etwas ruhiger. Alle wichtigen Gebäude wurden von russischem Militär besetzt und auf den Straßen standen überall junge russische Soldaten, denen haufenweise zerrissene Ausweise der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor die Füße geworfen wurden. Man hatte den Eindruck, dass die jungen Soldaten gar nicht so recht wussten, um was es überhaupt ging. Sie standen noch bis in die Nacht und den anderen Morgen, während sich die Panzerkolonne in Richtung Lützen entfernte.

Gefangenbefreiung wurde verhindert

Bewaffnete russische Soldaten trieben am 17. Juni die Menschen auseinander - Ausnahmezustand in der Stadt verhängt - Teil 3

Von RITA OTTE

Weißenfels/MZ. Teil 2 in der gestrigen Ausgabe endete damit, daß sich am 17. Juni 1953 am Gefängnis eine aufgebracht Menschenmenge versammelte.

Zwischen Arbeitern und Parteifunktionären (einige waren ob- als Parteifunktionäre) kam es zu Streitigkeiten und Handgemenge. Parteigenossen, die das Abzeichen trugen, wurde es abgerissen. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu Unruhen. Auch in den Betrieben „Vorwärts“ in den Schulfabriken Pretzsch, Arnsdorf und Kretzschmar kam es zu Streiks und Arbeitsniederlegungen (nach dem Aufstand wurde

u. a. Schulfabrikant Arnsdorf verhaftet „weil er seine Arbeiter gegen Partei und Regierung aufbeizte“).

Nachdem das Weißenfels-Gefängnis gestürmt und die Gefangenen aus ihren Zellen befreit worden waren, rückten plötzlich Soldaten der russischen Armee mit Fahrzeugen, auf Motorrädern mit Beiwagen und bewaffnet mit Maschinengewehren heran und verhinderten eine Gefangenenerbefreiung. Mit ihren Motorrädern fuhren die russischen Soldaten die Bürgersteige entlang und zwischen die Menschenmassen, um sie zu vertreiben. Viele flüchteten in die Hauseingänge.

Auch in der damaligen Stalin-Allee (Messeburger Straße) standen die Fahrzeuge der Roten Armee bereit. Über die Große Brücke konnte man wegen der Menschenmassen kaum in die Neustadt gelangen. Alle Passanten wurden kontrolliert. An der kleinen Holzbrücke, die kurze Zeit vorher fertiggestellt worden war, konnte man aber ungehindert in die Neustadt gelangen. Hier gab es keine Kontrollen. Durch das Eingreifen der russischen Besatzungsmacht wurde auch der Aufstand in Weißenfels schnell zerschlagen. Über den Rundfunk kamen Meldungen, die ahnen ließen, was in der Republik geschah.

Von 19 Uhr bis 5 Uhr am nächsten Morgen wurden in Weißenfels eine Ausgangssperre und der Ausnahmezustand verhängt. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstigen Menschenansammlungen, die über drei Personen hinausgingen, waren auf Straßen, Plätzen und auch in öffentlichen Gebäuden verboten. Die Auswirkungen des Aufstandes waren noch lange zu spüren. Nach den Beteiligten wurde gefahndet. Sie wurden eingekerkert und streng bestraft. Anderen gelang unter Zurücklassung ihres gesamten Besitzums die Flucht in den Westen.

Mitteldeutsche Zeitung vom 18.6.1994

Für uns Schüler begann der Schulalltag wieder. Viele hatten im Fernsehen die Aufstände in anderen Städten sowie in Berlin mitverfolgt, und es gab reichlich Diskussionsstoff. Nach Schulschluss „durften“ wir dann nach Anweisung des Direktors die zerstörten Schriftzüge aus unserer Klasse wieder auf kleine Leisten nageln und die beiden Porträts neu einrahmen und an der alten Stelle hinter dem Lehrerpult befestigen.

In unserer Klasse sowie bei der Lehrerschaft fehlten in den darauffolgenden Wochen immer öfter Schüler und Lehrer. Man erfuhr, dass sie sich in Richtung Westdeutschland in Bewegung gesetzt hatten. Unser Gruppenratsvorsitzender, der am 17. Juni mit dem Leninbild wohlbehalten in der Beuditzschule angekommen war, wurde wegen der „Rettung eines Leninbildes“ mit einer Reise nach Moskau ausgezeichnet. Die Reise sollte von Berlin aus angetreten werden. Seine Mutter, die Schwester und die Großeltern begleiteten den Jungen nach Berlin.

Später erhielt ich dann eine bunte Ansichtskarte zugeschickt. Aber sie war nicht in Moskau abgeschickt. Auf der Vorderseite war das Holsten-Tor und einige Fischerboote abgebildet. Auf der Rückseite stand geschrieben: „Grüß bitte alle Schulkameraden von mir! Wir wohnen jetzt in Preetz bei Kiel.“

Klemens Koschig

Quelle: Bericht von Klemens Koschig, Bürgermeister der Stadt Roßlau, 1999

Die Industriestadt Roßlau ist eine Arbeiterstadt. Entsprechend war auch die Stimmung, als die Normerhöhungen usw. im Ort bekannt wurden.

Am Morgen des 17. Juni 1953 begann die Malerbrigade auf der Roßlauer Schiffswerft zu streiken. Den Protesten schlossen sich bald fast alle Arbeiter und Angestellten der Werft an. Sie zogen durch die Stadt zum Elbewerk in der Hauptstraße. Beide Betriebe gehörten bis 1946 einem Unternehmen, der Firma Gebr. Sachsenberg, an.

Die Elbewerker schlossen sich den Werftarbeitern an, und gemeinsam ging es zu den Baracken der Stadtverwaltung in der Karl-Liebknecht-Straße. In der Nachbarschaft befand sich auch das heutige WTZ Dieselmotoren, damals KEB (= Konstruktions- und Entwicklungsbüro) Roßlau, das sich mit der Motorenforschung beschäftigt. Da auch Geheimprojekte durchgeführt wurden (man baute damals einen Mercedes-Motor nach, was natürlich nicht bekannt werden durfte), war das Objekt durch Polizei bewacht. Einige Arbeiter versuchten über den Zaun zu klettern. Da ergriff der Parteisekretär Buchheim die Initiative und rief die Mitarbeiter auf alles abzuschließen und sich umgehend dem Zug anzuschließen. Damit verhinderte er Zerstörungen, aber

auch das bekannt werden der Forschungsprojekte. Lediglich vier oder fünf Personen blieben im Institut zurück, alle anderen gingen freiwillig mit. In der Zwischenzeit hatte man Bürgermeister Erich Kröber gewaltsam aus den Baracken geholt, und man zwang den Kriegsversehrten (er hatte nur noch ein Bein), an der Demonstration teilzunehmen. Alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung gingen mit, wohl auch aus Solidarität mit dem Chef, viele sicher auch, weil sie den Forderungen beipflichteten.

In einer der Baracken war auch das Polizei-Kreisamt untergebracht. Der Polizeichef soll sich stundenlang vor den Protestierenden in einer Röhre hinter dem Objekt versteckt haben. Der Zug bewegte sich nun über die Schifferstraße zur damals noch bestehenden Strontian- und Potaschefabrik und an deren Mauern entlang über die Fabrikstraße und Südstraße zum Bahnhof. Da diese Chemiefabrik im Jahre 1953 stillgelegt wurde, werden nicht viele Arbeiter anwesend gewesen sein. Es ist jedenfalls nicht bekannt, ob „Strontianer“ an den Protesten teilgenommen haben.

Am Bahnhof vorbei ging es zur Zerbster Brücke. Dort steht heute noch ein großes Werbeschild des Deutschen Hydrierwerkes Rodleben. Dieses war damals mit zahlreichen Losungen beklebt, so dass Protestierende diese Großwerbetafel völlig demolierten. Der Zug bewegte sich über die Mittelfeldstraße und die heutige Clara-Zetkin-Straße zum Hydrierwerk vor den Toren der Stadt. Die Chemiearbeiter waren schon in Aufruhr, und es gab dort eine größere Kundgebung mit machtvollen Aufrufen. Zwischendurch wurde Bürgermeister Kröber immer wieder aufgefordert Reden zu halten. Dabei rief er die Mitarbeiter des DHW auf, an den Protestaktionen mitzumachen und nichts zu zerstören.

Über 2.000 Teilnehmer zählte jetzt der Zug, der sich wieder zurück in die Innenstadt bewegte. Es ging zum Rathaus am Marktplatz, wo sich das Amtsgericht (Kreisgericht) befand. Hinter dem Rathaus stand das Gefängnis (heute Bestandteil des Rathauses). Dieses war bei Ankunft des Zuges schon gestürmt worden. Mit einer Wagendeichsel hatte man die Tür aufgebrochen. Die Insassen, vor allem Bauern aus der Umgebung, die sich den Zwangskollektivierungen bzw. den Ablieferungssollen widersetzt hatten, wurden befreit. Die Staatsanwältin wurde an den Haaren die Straße entlang gezogen. Sie soll sich später in der Elbe ertränkt haben.

Während dieser Ereignisse geriet der bis dahin disziplinierte Protestzug aus den Fugen. Das Gericht wurde gestürmt und geplündert. Schreibmaschinen und Akten flogen auf die Straße und den Marktplatz. Nach etwa einer halben Stunde fuhren russische Panzer auf und zerstreuten die Demonstration. Geschossen wurde hier aber nicht.

Schießerein gab es aber in der Luchstraße. Im Gasthof „Zum Deutschen Hof“ (ehemaliger Kaiser) befand sich die SED-Kreisleitung Roßlau. Aus Fenstern dieses Gebäudes wurde auf Demonstranten geschossen. Es wurde aber niemand getroffen. Die Demonstration wurde von einem Lautsprecherwagen der Firma Elektro-Franke (aus der Goethestraße) begleitet. Zusammen mit Elektromeister L. (aus der Hauptstraße) rief Herr F. immer wieder zum Protest auf und formulierte die Forderungen der Demonstranten, wie Ausgabe von Lebensmittelkarten für alle, auch für Unternehmer, Senkung der Normen, Erhöhung der Löhne, Durchführung freier Wahlen u. a.

Roßlau hatte damals etwa 18.000 Einwohner. Die Beteiligung von über 2.000 Arbeitern und Angestellten ist damit überdurchschnittlich hoch im Vergleich zu den Nachbarstädten Coswig und Zerbst oder gar Dessau. Ob sich Augenzeugen des Marsches spontan anschlossen, ist mir nicht bekannt, aber durchaus wahrscheinlich. Die Forderungen wurden überall begrüßt, und die Teilnahme des Bürgermeisters (der eigentlich gute Miene zum bösen Spiel machte) wird ihm heute noch in der Bevölkerung hoch angerechnet.

Die Bürgerschaft, aber auch die meisten Teilnehmer an der Protestaktion wandten sich aber ab, als das Rathaus geplündert wurde.

Günter Krebs

Quelle: Bericht von Günther Krebs, 2001

Am 17. Juni 1953 bildeten sich in Freyburg kleine Gruppen, die gespannt auf die weiteren Entwicklungen waren. Einige Personen hatten bereits mit der Abdekoration von Fahnen, Emblemen und Transparenten begonnen. Auch Bilder von „Staatsgrößen“ verschwanden von der Bildfläche.

Im Stadtfunk waren kurzzeitig vom Sender „RIAS“ die Nachrichten zu hören. Die Übernahme des Stadtfunks durch eine Personengruppe scheiterte an dem Auftreten der Beschäftigten der Stadtverwaltung.

Im Umfeld der [heutigen] Verwaltungsgemeinschaft sind weitere nennenswerte Ereignisse vom 17. Juni 1953 nicht bekannt.

Der überwiegende Teil von Bürgern, die über kleinere Begebenheiten in der Stadt Freyburg noch berichten könnten, ist leider verstorben.

Über die Ereignisse selbst konnten wir kein Dokumentationsmaterial ermitteln.

Es sind weder Publikationen noch Personengruppen bekannt, die sich mit der Problematik beschäftigen bzw. beschäftigt haben.

Hans-Dieter Nover

Quelle: H.-D. Nover, Falkenstein (Harz). Der Bericht wurde 1991 aus Zeitzeugenberichten zusammengestellt.

Im März 1953 war Stalin gestorben, dessen undurchschaubares Schreckensregime Ulbricht auf die DDR ausgedehnt hatte. Ein Aufatmen war zu spüren und Hoffnung auf bessere Zeiten.

Aber die Kluft zwischen den SED-Diktatoren und der Bevölkerung vertiefte sich weiter. Die Preise für Lebensmittel, Hausgeräte und Verkehrsleistungen wurden erhöht. Es gab ständig Versorgungslücken. Kritik wurde mit Inhaftierung und Verurteilung geahndet. Die Gefängnisse waren überfüllt mit „Wirtschaftssträtlern“, „Saboteuren“ und anderen „Gegnern“. Um von den inneren Problemen abzulenken, verschärfte die SED ihre Propaganda gegen die Bundesrepublik Deutschland. Die Missstimmung der Mehrheit der Menschen führte trotzdem zu einer Massenflucht gen Westen. Monat für Monat verließen zehntausende das Land. Allein im März waren es 58.000.

Mitten in dieser gesellschaftlichen Krise rief das Zentralkomitee der SED zu Ehren des Ende Juni bevorstehenden 60. Geburtstags des Mittelpunkts ihres „demokratischen Zentralismus“, Ulbricht, zu noch mehr Disziplin, noch mehr Sparsamkeit und noch mehr Bewunderung der Weisheit der politischen Führung auf. Schließlich, am 28. Mai, beantwortete der Ministerrat die ungenügend eingetretene Begeisterung des Volkes mit der Verfügung einer generellen Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 %, um sich mittels einer Steigerung der Produktion aus den größten Schwierigkeiten zu befreien. Die Arbeiter der Großbaustellen in Berlin stellten mit den Lohntüten der ersten Junidekade Verdienstverluste bis zu 30 % wegen der Normerhöhungen fest. Es kam zu Arbeitsverweigerungen und zu Streikplänen. Das Recht dazu stand in der Verfassung, und noch gab es an der Basis Vertrauensleute, ja sogar Betriebsgewerkschaftsleitungen, die ihre Aufgabe traditionell und nicht im Dienste einer politischen Partei sahen. Als sich am Dienstag, dem 16. Juni, die Nachricht ausbreitete, auf einer Baustelle seien streikende Kollegen von Polizei umzingelt, da griffen Maurer, Zimmerleute und Fliesenleger der Stalinallee zu Schippenstielen und zogen protestierend durch die Stadt. Am 16. waren es 10.000, am 17. schon 100.000, die die Rücknahme der Normerhöhungen, freie Wahlen und „weg mit dem Spitzbart“ (Ulbricht trug einen solchen) forderten. Durch Rundfunksender aus Westberlin und Westdeutschland informiert, solidarisierten sich auch in anderen Städten Hunderttausende in Streiks und Demonstrationen mit den Berliner Kollegen.

Als am Morgen des 17. Juni im Quedlinburger Messgerätewerk die Arbeit begann, trafen sich vier Männer, die einander vertrauten: Der Konstrukteur V.,

der Dreher W., der Ingenieur K. und der Mechaniker B., einer meiner Zeitzeugen. Sie beschlossen Protestmaßnahmen und schickten Boten in die benachbarten Betriebe „Union“ und „Walzengießerei“, sowie in den größten Betrieb der Region, das Eisenhüttenwerk Thale. In der Frühstückspause, wurde zum Streik aufgerufen. Es wurden Aufgaben verteilt, um Gewalt gegen Sachen und Personen möglichst zu verhindern, und es wurde eine Demonstration durch die Stadt beschlossen. Der linientreue Betriebsgewerkschaftsvorsitzende Temsch wurde abgesetzt. Dafür übernahm der alte Sozialdemokrat S. Durch die Besetzung des Betriebsfunks konnte die gesamte Belegschaft laufend unterrichtet werden.

Wie mit dem Hüttenwerk abgestimmt, zog V. um 10 Uhr die Dampfpfeife des Kesselhauses und gab so das Signal zum Beginn des Streiks! Arbeiter und Angestellte verließen die Gebäude. Der Betriebsdirektor Knopf befahl, das Werkstor zu schließen, um die Rebellierenden auf dem Gelände einzusperren. Mit Pistolen fuchtelnde Polizisten, der abgesetzte Gewerkschaftsvorsitzende, der Parteisekretär und der Kaderleiter versuchten, sich der Menge in den Weg zu stellen. Umsonst! Das Tor wurde aufgerissen, die Streikenden zogen auf den Klopstockweg.

In Sichtweite an der Straße lag die „Walzengießerei“. Dort hatte sich inzwischen die überwältigende Mehrheit der etwa 150 Beschäftigten gegen den Widerstand des der SED angehörenden Betriebsratsvorsitzenden zum Ausstand entschlossen. Die Gießer allerdings, diese rauen Gesellen in der hohen, schmutzigen Halle, die beim Abstich mit beißendem Qualm und besonders jetzt im Sommer mit unerträglicher Hitze erfüllt war, erklärten, sie wollten den Arbeitsplatz erst verlassen, wenn sie die Öfen geleert und sicher abgeschaltet hätten.

Die Demonstrierenden zogen die Frachtstraße hinunter, am Schlachthof vorbei, über die Öhringer Brücke, den Steinweg hinauf bis zum Mathildenbrunnen und bogen dann in die Pölkenstraße ein. Von allen Seiten kamen erregte Gruppen hinzu.

Gleichzeitig hatte sich vom Werk II des Messgerätewerks am Rambergweg ein zweiter Zug in Bewegung gesetzt, in den sich Kolleginnen und Kollegen der „Union“ einreichten. An der Ecke Beimlerstraße/Leninstraße drangen Demonstranten dieses Zuges in das Gewerkschaftshaus ein. Akten, Bilder und Fahnen flogen auf die Straße. Jenseits der Bahnhofsbrücke richtete sich der Zorn gegen das Haus der SED. Das starke, eiserne Tor war im Weg. Ein Kohlenfahrer fuhr mit seinem LKW dagegen. Der Pförtner kam gelaufen und rief, es sei niemand im Haus! In der Bahnhofstraße räumte Buchhändler B. hastig Stalin-Werke aus dem Schaufenster.

Vor dem Landratsamt in der Heiligegeiststraße ergriffen drei Vopos auf Motorrädern die Flucht, als die über die ganze Straßenbreite eingehakten Arbeiter in ihrer blauen Kluft auf sie zumarschiert kamen und tausendstimmig „freie Wahlen“ und „Freiheit für politisch Gefangene“ forderten.

Auf dem Markt angekommen, schrie die Menschenmenge vergeblich nach den Stadtfunktionären. Die Erregung steigerte sich. Rechts vor dem Rathaus versuchte der Leiter des HO-Ladens, der im Volksmund „Uwubu“, Ulbrichts Wucherbude, hieß, die Demonstranten mit politischen Phrasen zu agitieren. Wütende Reaktionen verscheuchten ihn. Seine Schaufenster gingen zu Bruch. Schließlich wurde das Rathaus gestürmt. Die Fenster flogen auf. Rote Fahnen, Ulbrichtbilder und Akten flatterten herab und wurden verbrannt.

Unter johlendem Beifall setzte der Schlosser und Fußballtorwart H. eine Stalinbüste in ein Fensterbrett, stülpte ihr seine Schirmmütze über und putzte ihr mit einem Lappen die Nase. Am Ende der Aktionen sangen die Demonstranten trotzig das Deutschlandlied.

In der Nacht kamen die Russen. Panzer rollten. Kolonnen marschierten. Am Morgen glich Quedlinburg einer Festung. Die Berufspendler stießen vor dem Bahnhof auf ein Geschütz, das im aufgerissenen Straßenpflaster in Stellung gebracht worden war und dessen Rohr die Stadt bedrohte. Auf Plätzen und Straßenkreuzungen standen gepanzerte Fahrzeuge und Maschinengewehre. Schwer bewaffnete Soldaten patrouillierten. Lautsprecheransagen verboten jegliche Versammlung und verhängten eine nächtliche Ausgangssperre. Schüsse schreckten die Bürger. In der Heinrichstraße wurde am Abend eine Frau angeschossen und weggeschleppt, die, von einer Streife russisch angebrüllt, in Panik geraten war.

Trotz dieser Bedrohung wählten die Betriebsangehörigen am Morgen des 18. Junis Streikkomitees. Um 8 Uhr kamen Vertreter der Komitees im Messgerätewerk zusammen und beschlossen unter anderem eine Delegation zur sowjetischen Kommandantur nach Magdeburg zu schicken. Sie sollte die Gründe für den Streik erklären. Die Abgesandten, zu denen auch V. zählte, wurden dort sofort ungehört verhaftet. Sie schilderten später in kleinstem Kreis die beängstigenden Gefängnistage und -nächte. Das Schlimmste waren die wiederholten Befehle, sich auf dem Hof an die Wand zu stellen, das Antreten sowjetischer Soldaten mit Maschinenpistolen, der Befehl zum Durchladen und die Stille nach dem Schießbefehl.

Auch in Quedlinburg nahm der Druck von Stunde zu Stunde zu. Gegen Mittag marschierten Rotarmisten mit aufgepflanztem Bajonett in die Betriebe ein. Offiziere drohten den Streikleitungen mit Erschießung jedes Zehnten, falls nicht sofort wieder gearbeitet werde. Der junge Mechaniker B. wurde zum Betriebsdirektor bestellt. Der, offensichtlich ein Nervenbündel, bat: „Sag

den Kollegen, sie sollen wieder an die Arbeit gehen.“ B. erwiderte: „Das ist Dein Problem, Kollege!“ Ein anwesender Polizeioffizier sprang mit gezückter Pistole auf B. zu und schrie: „Wir können auch anders!“ B. war froh, als er mit zitternden Knien wieder in seine Werkstatt zurückgekehrt war.

K., der schon in der vergangenen Nacht verhört worden war, schlug vor, zur sowjetischen Kommandantur in der Lindenbeinschen Villa zu gehen, um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken und auf jeden Fall dafür weiter zu streiken. B. und die Arbeiterin N. begleiteten ihn. Der Park vor der Villa glich einem Heerlager. Die drei nahmen allen Mut zusammen und ließen sich zum Kommandanten bringen. Während ein Dolmetscher ihr Anliegen vortrug, hörten sie aus dem Nebenzimmer eine hysterische deutsche Stimme, die offenkundig telefonisch anwies: „Verhaften! Verhaften!“ Dann brüllte der Kommandant los und ließ sie auf die Straße eskortieren.

Der nächste Tag brachte das Ende. Die Rote Armee hatte das Betriebsgelände völlig eingekesselt. W. wurde in den Betriebsfunk geschleppt und mit entschärfter Pistole gezwungen, im Namen der Streikleitung zur Arbeitsaufnahme aufzurufen. Noch Wochen danach konnte er nur unter Tränen davon erzählen.

Viele hatten sich in den vergangenen Nächten bei Freunden oder in Gartenlauben versteckt, weil im Schutz der Dunkelheit Verhaftungskommandos durch die Stadt gezogen waren, die von Gegnern des Ausstands, von leicht Einzuschüchternden und von Denunzianten Namen und Adressen von Streikbeteiligten erhielten.

Drei Monate später kam V. aus der Haft in Magdeburg frei. Geld war gesammelt worden. Sein Arbeitsraum glich einem Blumenladen. Eine Girlande schmückte das Zeichenbrett. Wahrscheinlich hatte diese Sympathiekundgebung böse Folgen, denn V. wurde erneut verhaftet und zu fünf Jahren verurteilt. Nach drei Jahren entlassen, ging er in den Westen, wie so viele, viele andere.

H., der Stalin die Nase geputzt hatte, verlor zwei Jahre hinter Gittern. Als er sich 1955 zu Arbeit und Fußball zurückmelden wollte, verbrachte ihn eine Gruppe Polizisten von zu Hause weg direkt zum Bahnhof, stopfte ihm eine Interzonenfahrkarte in die Tasche und erklärte, er sei in der DDR unerwünscht.

W., ständigen Bedrohungen und Verhören ausgesetzt, hatte bereits drei Monate nach dem Aufstand mit seiner Familie den SED-Staat verlassen.

Der damals 27-jährige Reparaturschlosser D., der in der Walzengießerei zur dreiköpfigen Streikleitung gehörte, wurde als Betriebsrat abgesetzt, bei geringerem Lohn in der Werkzeugausgabe von seinen täglichen Kontakten abgeschnitten und selbst, als er Jahre später zum Messgerätewerk wechseln konnte,

bei Lohnerhöhungen und Prämien mit dem Hinweis auf seine Vergangenheit benachteiligt. Als 1956 der Budapester Aufstand losbrach und in Quedlinburg politische Mauerinschriften auftauchten, wurde D. eines Morgens mit der Information „Ihr Bruder wartet beim Pförtner auf Sie.“ aus der Werkstatt gelockt und in einem PKW zum örtlichen Staatssicherheitsdienst transportiert. Stundenlange Verhöre zu Kontakten zu Verwandten in der Bundesrepublik unter Androhung von körperlicher Gewalt sollten „Agententätigkeit“ nachweisen. Zwischendurch ließ man ihn in Druckschrift die Parole „RUSSEN RAUS“ schreiben. Ehe er nachts entlassen wurde und zu seiner Frau zurückkehren konnte, versuchte ein Befrager in Zivil noch, ihn zur Mitarbeit bei der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Betrieb anzuwerben.

Jahre später erfuhren wir Kinder, dass unsere Mutter, die als Wissenschaftlerin am Institut für Phytopathologie der Martin-Luther-Universität in Halle arbeitete, dort mit anderen Vertrauten den Familien finanziell und durch persönliche Zuwendung geholfen hatte, die nach der Niederschlagung des Aufstands benachteiligt oder politisch verfolgt worden waren.

Ich war damals 14 Jahre alt und im Juni/Juli mitten in den Abschlussprüfungen der Grundschule. Das Fach „Gegenwartskunde“ war plötzlich aus der Prüfung gestrichen worden, und auch im Fach Geschichte gab es die Fragen nicht mehr, deren Antworten noch bis zum 17. Juni mit dem Sermon: „Generalissimus Josef Wissarionowitsch Stalin, Vater aller Werktätigen ...“ zu beginnen hatten.

5.3. Auf dem Lande wird auch gestreikt

Heinz Hildebrandt

Heinz Hildebrandt nahm am 17. Juni 1953 an der Kundgebung in Bitterfeld teil. Er wurde nachdem er sich für einen verhafteten Kollegen eingesetzt hatte 1954 verhaftet und zu 25 Monaten Haft verurteilt. Im Gefängnis Coswig lernte er Adolf Grattenauer kennen und wurde Zeuge seines tragischen Schicksals. Wegen unterlassener Hilfeleistung starb Grattenauer am 14.9.1955 im Haftkrankenhaus Kleinmäsendorf.

Wernigerode, 2003

„ES WAR EINMAL ...“ – so beginnen die meisten deutschen Märchen. Das, was ich jetzt berichte, war kein Märchen, sondern Realität.

Das Kalenderblatt, welches ich soeben abgerissen hatte, zeigte den 17. Juni 1953 an. Ein Mittwoch. Die Sonne schien in das Küchenfenster meiner Oberförsterei, wo ich mit meiner Frau um 8.00 Uhr frühstückte. Dabei hörten wir vom Sender RIAS unter anderem die Nachricht: „Der von den Bauarbeitern in

der Stinallee begonnene Streik und die Demonstrationen breiten sich auch in Mitteldeutschland aus ...“ – Streiks, Demonstrationen, hier bei uns??? Das war für mich als Oberförster die Frage. „Damit hast Du doch nicht zu tun. Du bist ein Grünrock und kein Bauarbeiter“, waren meine Gedanken.

Es kam anders, denn ich sollte an diesem Tag um 10.00 Uhr im Amtsgericht Bitterfeld als Sachverständiger erscheinen. Weil mit einer kurzen Verhandlung zu rechnen war und sich ein herrlicher Sommertag anbahnte, schlug ich meiner Frau vor, dass sie auf meinem Dienstmotorrad mitkommen solle und wir nach der Gerichtsverhandlung zur Besichtigung der Mosigkauer fahren könnten. Mit dieser Vorstellung starteten wir nach Bitterfeld. Ich kam mit dem Motorrad nicht in die Stadt hinein, weil dort eine Demonstration ihren Anfang nahm. Also stellte ich das Motorrad ab und begab mich mit meiner Frau zu Fuß in das Stadtzentrum. Wir erlebten, wie die Chemiearbeiter des EKB (Elektrochemisches Kombinat), der Farbenfabrik in Greppin und der Filmfabrik ORWO in Wolfen sowie viele, viele Bürger in die Stadt zu einer Kundgebung auf den Binnengärtenwiesen strömten. Wir schlossen uns an und nahmen an der Kundgebung teil. Wir standen dort mit einigen Tausend Bitterfeldern und hörten die vorgetragenen Forderungen an die DDR-Regierung und die Ansprache von Herrn Fiebelkorn. Als schließlich die Nationalhymne, das Deutschlandlied, gesungen wurde, flossen bei den meisten die Tränen.

Nach dieser Demonstration marschierten wir zum Marktplatz, wo im Rathaus das Streikkomitee tagte. Vom Balkon des Rathauses wurden nochmals die Forderungen bekannt gegeben, die man per Telegramm den ostzonalen Regierungsmachthabern zugestellt hatte. Die Forderungen enthielten unter anderem: Rücktritt der Regierung, freie, geheime Wahlen für eine neue Regierung, die Herstellung der deutschen Einheit, Senkung der Arbeitsnormen, Senkung der HO-Preise.

Inzwischen war es Mittag geworden und die Kundgebung auf dem Marktplatz löste sich nach und nach auf. Nur etwa 300 bis 500 Demonstranten gingen zum Amtsgericht in die Lindenstraße. Meine Frau und ich befanden sich unter ihnen. Durch die Ereignisse war mein dortiger Gerichtstermin selbstverständlich ausgefallen. Diese Demonstrationsgruppe wollte das Gerichtsgefängnis, welches auf dem Hof des Amtsgerichtes lag, besetzen und die dort eingesperrten politischen Häftlinge befreien. Es hatte sich nämlich herausgestellt, dass nicht nur in dem etwa zweihundert Meter entfernten Stasi-Gefängnis politische Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen eingepfercht waren, sondern auch in dem von uns aufgesuchten Gefängnisstrakt. Da die Gefängnisleitung das Eingangsstor nicht öffnen und uns den Zutritt verwehren wollte, versuchten einige der aufgebrachten Demonstranten über die Mauer und über das eiserne Tor zu klettern.

Es blieb bei dem Versuch, denn plötzlich hörte man aus der Richtung des Bahnhofes ein lautes Motorengeräusch. Offene Lastwagen mit Sowjetsoldaten, die ihre Kalaschnikows auf uns gerichtet hatten, fuhren im Schrittempo auf uns zu. Auf dem Trittbrett des ersten LKWs, auf dessen Führerhausdach ein MG montiert war, stand ein junger Oberleutnant und schrie uns auf Deutsch an: „Bürger! Räumen Sie sofort den Platz vor dem Gericht! Verlassen Sie sofort den Platz! In fünf Minuten lasse ich scharf schießen!“

Seine drohenden Worte bewirkten, dass alle Versammelten die Lindenstraße fluchtartig verließen. Meine Frau und ich hatten hinter einer dicken Linde Deckung gesucht, das Ganze beobachtet und mit als die letzten Bürger die Straße verlassen. Ein Traum von deutscher Einheit und von Freiheit wurde hier, jetzt und überall in der Ostzone durch die Sowjetarmee begraben. An einen militanten Widerstand war unsererseits nicht zu denken, denn das hätte unabsehbare Folgen für uns gehabt. Mit einer unbeschreiblichen Wut im Bauch fuhr ich mit meiner Frau zurück nach Burgkernitz in meine Oberförsterei.

Ich möchte an dieser Stelle ein Gerücht, welches im Umlauf war und noch ist, gleich klar stellen: Ich gehörte in Bitterfeld nicht der Streikleitung an und war dort auch kein sogenannter Rädelsführer. Diese Behauptung trifft nicht zu und ich will damit nicht in die Rolle eines Volkshelden schlüpfen. Richtig war, dass ich seit Gründung des Ministerium für Staatssicherheit im Februar 1950 ein aktiver Gegner des DDR-Regimes geworden bin. Von den dreizehn mir unterstellten Mitarbeitern (Revierförster, Förster, Lehrausbilder, Platzmeister) konnte ich über die Hälfte auf meine Seite ziehen.

Nach der Rückkehr in meine Oberförsterei – kurz vor 16.00 Uhr – begab ich mich sofort in das Dienstzimmer und wurde dort von meinem Büroangestellten Werner Liebe begrüßt: „Gut, dass Sie da sind, denn vom Forstamt hat eine Frau angerufen und verlangt, dass Sie Ihre Revierförstereien zum Streiken auffordern sollen. Die Oberförstereien Torna und Pratau sind ebenfalls aufgefordert und streiken. Weil ich nicht wusste, wie ich mich verhalten sollte, habe ich nichts unternommen. Deshalb wird in der Oberförsterei Burgkernitz gearbeitet.“ Meine Antwort: „Dann sind wir als Streikbrecher eine unrühmliche Ausnahme. Jetzt hat es keinen Sinn mehr etwas zu unternehmen, denn es geht auf den Feierabend zu und außerdem ist alles durch die Sowjetmacht gescheitert. Aber wissen Sie was? Das Sch...bild mit dem Ulbricht, das hänge ich jetzt ab und es kommt, solange ich hier Oberförster bin, nicht wieder an die Wand.“ Kaum ausgesprochen, lag das Konterfei von dem „Spitzbart“ samt seinem zerteppten Bilderrahmen in der Kohlenkiste. Schade um den schönen Bilderrahmen.

Mehr hatte ich direkt mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 nicht zu tun. Das dicke Ende kam erst nach reichlich einem Jahr. Und das entwickelte

sich für mich so: Durch das Eingreifen der Sowjets und den von ihnen angeordneten Ausnahmezustand war der Volksaufstand schnell beseitigt. In den Betrieben wurden Versammlungen durchgeführt, in denen die Ereignisse im Sinne der kommunistischen Machthaber ausgewertet wurden. Zu einer solchen Versammlung kam es auch Ende Juni 1953 in dem staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Dübener Heide in Torna. Diese Versammlung wurde auf Veranlassung des hauptamtlichen SED-Parteisekretärs Andersen durchgeführt. Es handelte sich bei ihm um einen Forstmeister aus Söllichau. Man hatte ihm die Parteifunktion übertragen, weil er forstfachlich eine Niete war.

In der Belegschaftsversammlung wurde von ihm der Volksaufstand gebrandmarkt und ein inzwischen verhafteter Waldarbeiter zu einem faschistischen Volksschädling und Haupträdelsführer erklärt, der eine harte Strafe verdient hätte. Er stellte den Antrag, den betreffenden Waldarbeiter Hermann Richert nachträglich fristlos zu entlassen. Der hauptamtliche BGL-Vorsitzende Oswald Hader, welcher rechts neben mir saß, schwieg, als uns der Parteivorsitzende zur Diskussion aufgefordert hatte. Anders hatte ich das von ihm auch nicht erwartet, denn er war kein kommunistischer Scharfmacher. Weil sich keiner der Versammlungsteilnehmer zu Wort gemeldet hatte, herrschte eine merkwürdige Stille im Saal. Das nutze ich zu einem im Flüsterton gehaltenem Gespräch mit dem BGL-Vorsitzenden aus: „Oswald, Du hast doch sicher nichts dagegen, wenn ich jetzt rede. Ich werde vorschlagen, dass wir sofort eine Geldansammlung für die Frau und die Kinder unseres Arbeitskollegen durchführen.“ Der von mir Befragte stimmte zu und sprach darüber, weshalb in der Oberförsterei Burgkernitz zufälligerweise nicht gestreikt wurde. Danach drückte ich mein Unverständnis wegen der Inhaftierung des Waldarbeiters Richert aus. Ich begründete mein Unverständnis mit diesen Worten, die ich noch in Erinnerung habe: „Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Kollege Richert kann nie ein Haupträdelsführer gewesen sein. Gegen eine solche Behauptung spricht:

1. Richert hat zur Zeit andere Sorgen als sich mit derartigen Dingen zu befassen, da seine Frau schwer krank ist und er zusehen muss, wie er damit klar kommt.
2. Wie wollte oder konnte er den Streik im gesamten Forstwirtschaftsbetrieb überhaupt organisieren? Das geht nur mit einem Telefon. Ein solches besitzt er nicht und an ein Telefon im Forstamt kam er nicht heran. Wenn per Telefon zur Streikbeteiligung aufgerufen worden ist, dann nicht durch ihn. Das Telefongespräch, das mein Büroangestellter während meiner Abwesenheit entgegen genommen hat, kam übrigens von einer Frau.
3. Richert ist wegen Fehlens eines motorisierten Fahrzeugs zur Durchführung einer solchen Handlung überhaupt nicht in der Lage, denn er besitzt

bekanntlich nur ein altes, klapperiges Fahrrad und sonst nichts. Und als Letztes:

4. Meiner Meinung nach ist unser Arbeitskollege gar nicht intelligent genug, um einen Streik zu organisieren. Er ist ein einfacher, fleißiger, gewissenhafter Waldarbeiter und fürsorglicher Familienvater. Sein Einfluss war nicht so groß, dass er bei einem Aufruf zum Streik Mitmacher gefunden hätte. Der oder die sogenannten Haupträdelsführer waren andere. Ihn hat man als billiges Opferlamm ausgesucht, weil ein Schuldiger gefunden werden musste. Herr Parteisekretär Andersen! Ich bleibe dabei: Richert ist unschuldig. Liebe Kollegen, ich rufe Euch jetzt zu einer Geldspende für Richerts Familie auf. Ich gehe jetzt im Raum herum. Bitte werft Euer Scherflein in meinen Försterhut!“

Danach ging ich zum Einsammeln der Spenden mit meinem Hut durch die Stuhlreihen. Ich habe die Geldsumme nicht gezählt, die in meinem Hut gelandet ist. Ohne zu zählen überreichte ich vor den Augen der Versammlungsteilnehmer den Betrag dem Lohnbuchhalter Ludwig D. Er handigte sofort nach der Versammlung der Frau des Inhaftierten das Geld aus. Ich habe ihn mir ausgesucht, weil er als Heimatvertriebener mit der Familie Richert befreundet war und ich mich als Überbringer nicht wichtig machen wollte.

Nach der Betriebsversammlung erarbeitete ich mit dem BGL-Vorsitzenden ein Schreiben an die Stasi wegen der Freilassung Richerts und den Text für eine Unterschriftensammlung des in meinen Augen unschuldig Verhafteten. Richert wurde tatsächlich danach aus der Haft entlassen und hat sich schnell in die BRD abgesetzt. Er ließ seine älteste Tochter zurück, die den Vorgang in einem Dokumentarfilm des WDR aus der Sendereihe „Menschen hautnah – Ein unbequemer Demokrat“ bestätigt hat. Von der Existenz dieser Tochter in Schköna (Dübener Heide) habe ich erst nach der Wende erfahren.

Ist mit der Geldsammlung für mich das Kapitel 17. Juni 1953 zu Ende? Nein! Jetzt fängt es erst richtig an. An und für sich hatte ich befürchtet, dass man mich auch verhaften würde, denn bei der Demonstration in Bitterfeld war ich der Stasi bestimmt durch meine grüne Forstuniform aufgefallen. Ein anderer Grund war mein Auftreten in der Belegschaftsversammlung. Wegen dieser Befürchtung wollte ich eigentlich die DDR verlassen. Diesen Plan ließ ich fallen, weil meine Frau an ihrem schmucken Elternhaus in Wernigerode hing, welches sie erben sollte. Dann hatte sie auch noch Bedenken wegen der Unterbringung in einem Flüchtlingslager. Ich selbst ließ von der Flucht ab. Ich hatte mir gesagt: eine Flucht in den Westen ist keine Lösung des Problems. „Bleib in Deiner Heimat und bekämpfe vor Ort den Kommunismus. Wenn Sie Dich bis jetzt nicht verhaftet haben, dann brauchst Du davor keine Angst mehr haben.“ Ich blieb also in der DDR und leistete gegen das SED-

Regimes passiven und aktiven Widerstand. Dabei wurde ich von mehreren Revierförstern unterstützt.

Ab Anfang 1954 hatte ich das Gefühl, dass mich die Stasi intensiv observierte. Oft standen der ABV oder Polizeihelfer in der Nähe der Oberförsterei und beobachteten das Grundstück. Das ging bis zu meinem Urlaub Ende Juli bis Anfang August 1954. Ich verbrachte den Urlaub mit meiner Familie bei meinen Schwiegereltern in Wernigerode und bei meinen Eltern in Langein. Dort wurde ich ohne Haftbefehl von der Stasi am 11. August 1954 um 19.30 Uhr festgenommen und nach Halle in den sogenannten Glaspalast transportiert. Dort wurde ich unter Misshandlungen (Schläge, Tritte vor die Schienbeine, Blendung der Augen durch Jupiterlampen) vernommen. Auch das Wachpersonal (Schließer) prügelte, wie es ihnen in den Sinn kam. Die Misshandlungen wurden durch Schlafentzug, durch Einpfarben in eine Dunkelzelle beziehungsweise in eine Stehzelle und durch Verabreichen von versalzenem Mittagessen bei gleichzeitigem Entzug von Getränken vervollständigt. Mit den Misshandlungen wollte man von mir ein Geständnis erpressen, dass ich im Auftrag der KGU (Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit) gehandelt hätte, dass der Chef jener Gruppe Rainer Hildebrandt mit mir verwandt sei und dass der ehemalige Nazigauleiter von Mecklenburg, Hildebrandt, mein Onkel sei und dass ich für die Organisation Gehlen arbeiten würde. Die angeordnete Verwandtschaft traf nicht zu, für Gehlen gab es keinen Beweis. Nach etwa einer Woche wurde ich nachts in die Untersuchungshaftanstalt des MfS, in den Roten Ochsen, geschafft. Hier wurde mir erst der Haftbefehl gezeigt. Nicht ausgehändigt. Es stand darauf, dass ich als Agent für den imperialistischen Geheimdienst zu verhaften sei. Die Verhöre im Roten Ochsen wurden nicht mit der Brutalität wie im Glaspalast durchgeführt. Von meinem ständigen Vernehmer wurde ich nie geschlagen, sondern nur in Einzelteilen von den Schließern. Allerdings kam es zu einer sehr schweren Misshandlung durch den Anstaltsleiter Werner Luther und durch zwei sowjetische Offiziere. Sie schlugen mich bis zur Besinnungslosigkeit zusammen, weil ich einen in meine Zelle eingeschleusten Spitzel entlarvt hatte.

Da man mir eine Agententätigkeit nicht beweisen konnte, wurden in meiner Anklageschrift die Geldsammlung für den Waldarbeiter Richert und meine Flugblattaktionen vorgeworfen. Die Geldsammlung wurde als ein Sympathiebeweis für den Volksaufstand am 17.06.1953 und die Flugblattaktionen als Boykotthetze gegen die DDR bewertet. Aufgrund dieser Anklagepunkte wurde ich von dem I. Strafsenat des Bezirkes Halle nach § 38 der Kontrollratsdirekte zu einer Haftstrafe von 25 Monaten und zu den obligatorischen Sühnemaßnahmen verurteilt. Mit mir zusammen stand der mir unterstellte Revierförster Wilhelm H. aus Rösa vor Gericht. Er erhielt als mein Komplize eine Haftstrafe von 12 Monaten. Durch die Kontrollratsdirektive wurde ich zu

1 Ks 453/53
I - 525/53

B e s c h l u s s

300031

In der Strafsache gegen den

Forstarbeiter Hermann R i c h e r t,
geb. am 25.2.1894 in Marwitz
wohnhaft Forstamt Torna u. b. Döben
in U.-Haft seit dem 18.6.1953

wegen Vergehen nach KD 38 Abschn. II Art. III A III

hat der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Halle (Saale) in
seiner Sitzung vom 11. Juli 1953, an der teilgenommen haben:

Richter am Bezirksgericht [REDACTED]
als Vorsitzender
[REDACTED], Halle
[REDACTED], Halle
als Schöffen
Staatsanwalt [REDACTED]
als Vertreter des Bezirksstaatsanwalts
Just.-Ang. [REDACTED]
als Protokollführer

b e s c h l o s s e n :

Das Verfahren wird auf Kosten des Angeklagten eingestellt.
Der Haftbefehl des Bezirksgerichts Halle - Stadtbezirk 1 - An.:
As 65/53 vom 22.6.1953 wird aufgehoben.

Gründe:

Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, durch Erfindung und Verbreitung
falschlicher Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes gefährdet zu
haben. Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass der Angeklagte als
Gewerkschaftsfunktionär seines Betriebes eine Versammlung einbe-
rufen hat, auf welcher, neben wirtschaftlichen Forderungen auch die
Forderung nach Absetzung unserer Regierung erhoben wurde. Die Hand-
lung des Angeklagten am 18.6.1953 stellt zweifellos eine Unter-
stützung der Feinde unseres Volkes dar. Dafür hätte der Angeklagte
an sich eine Bestrafung nach KD 38 verdient, denn als Organisator
und Leiter der Versammlung durfte der Angeklagte nicht zulassen,
dass in der Belegschaft eine ausgesprochen staatsfeindliche Einstell-
ung entstand. Er durfte auch nicht kritiklos alle Vorschläge und Anre-

Beschluss über die Einstellung des Verfahrens vom 11.7.1953 (Quelle: BStU,
Ast. Halle, MfS, AU 251/54, Band 1, Bl. 34, 35)

- 2 -

300035

gangen aus der Belegschaft entgegen nehmen und unterstützen,
sondern er musste sich als verantwortlicher Funktionär darüber
Gedanken machen, welche Auswirkungen eine derartige Aktion
mit sich bringen musste. Die Beweisaufnahme hat jedoch ergeben,
dass der Angeklagte nicht bewusst als Feind unserer Regierung
in Erscheinung getreten ist, sondern sich vielmehr von staats-
feindlichen Einflüssen leiten liess.

Aus all dem ergibt sich, dass die Schuld des Angeklagten ver-
hältnismässig gering ist und dass der Angeklagte zu jenen ehr-
lichen und irreführten Arbeitern zu zählen ist, welche sich
in politischer Verblendung in Rahmen der Ereignisse des 17.6.53
von den Feinden unseres Volkes missbrauchen liessen. Darüber
hinaus sind die Folgen der Tat des Angeklagten auch nicht als
schwerwiegend anzusehen, da die Arbeiter im Betrieb des Ange-
klagten sich an Streiks und Ausschreitungen nicht beteiligten
und die ideologischen Unklarheiten, auf welche die falsche Hand-
lungsweise des Angeklagten zurückzuführen ist, durch kamerad-
schaftliche Aussprachen im Betrieb beseitigt werden können.
Die Haltung des Angeklagten vor Gericht liess auch erkennen,
dass er seinen Fehler eingesehen hat und der Senat ist der Über-
zeugung, dass der Angeklagte fernerhin verantwortungsbewusst
seine Pflichten als Bürger unserer Republik erfüllen wird.
Das Verfahren wurde daher gem. § 153 StPO von 1877 eingestellt,
wobei gem. § 352 StPO die Kosten des Verfahrens dem Angeklagten
aufzuerlegen waren, da die Einleitung des Verfahrens durch die
schuldhaftige Handlungsweise des Angeklagten verursacht wurde.
Gleichzeitig war der Haftbefehl aufzuheben, da die Gründe für
seine Anordnung in Fortfall gekommen sind.

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

1

Halle/Saale, den 4.7.1953

Bericht

in der Strafsache gegen den Beschuldigten:

RICHERT, Hermann

RICHERT, Hermann
geb. am 25.2.1894 in Marwitz
Beruf: Forstarbeiter
wohnhaft in dem Forstort Tornauborn

Der Beschuldigte hat sich am 17.6.1953 im Kreisforstamt Tornauborn Kreis Gräfenhainichen durch Einberufung einer Versammlung aktiv für die Streikbewegung eingesetzt. Er hat weiter versucht, in anderen Betrieben Versammlungen zu organisieren mit dem Ziel, durch provokatorische Programme und Maßnahmen dazubeizutragen, die Unruhen unter den Massen noch mehr zu schüren und zu vertiefen.

Auf Grund der vorstehenden Darlegungen ist der Beschuldigte nach unserer demokratischen Gesetzmäßigkeit zur Verantwortung zu ziehen.

H. H. H. H. H.
(eldschel)

74

BSTU
000021

Ermittlungsbericht vom 4.7.1953 (Quelle: BStU, Ast. Halle, MfS, AU 251/54, Band 1, Bl. 21)

Tagesordnung d. Belegschaftsversammlung

Die Tagesordnung der Belegschaftsversammlung vom 18.6.1953 ist wie folgt:

1. Punkt: Bestimmung der Tagesordnung.
2. Punkt: Bestimmung der Tagesordnung auf 18.6.1953.
3. Punkt: Bestimmung der Tagesordnung auf 18.6.1953.
4. Punkt: Bestimmung der Tagesordnung auf 18.6.1953.
5. Punkt: Bestimmung der Tagesordnung auf 18.6.1953.
6. Punkt: Bestimmung der Tagesordnung auf 18.6.1953.

74

BSTU
000022

Tagesordnung der Belegschaftsversammlung vom 18.6.1953 – Abschrift auf der folgenden Seite (Quelle: BStU, Ast. Halle, MfS, AU 251/54, Band 1, Bl. 22)

Kolleginnen und Kollegen

Die Ereignisse der letzten Tage haben uns veranlaßt eine Betriebsversammlung der Forstwirtschaft.

Punkt 1. Normensenkung statt Erhöhung,
2. das Versprechen unser Kollegen auf 123 Pf zu erhöhen wie es uns versprochen worden ist.

mit dem
Gleichstellung der Industriearbeiter, zu Schwerstarbeiter.
Kollektivvertrag für ungültig erklären, unser Deputatholz nach der alten wieder wie früher.

1 Festm.stammholz

3. Herabsetzung der H.O. Preise um 40–50 %

4. Arbeitsschutzbekleidung nach bester Ware.

5. Absetzung der Regierung, durch offene geheime Wahlen

6. Sparmaßnahmen durch den Betrieb

Personalleiter

Kulturleiter

?

Amtsleiter

3313
900037

Halle/S., d. 19. 6. 1953
Beginn der Vernehmung: 14.00 Uhr
Ende der Vernehmung: 17.30

Vernehmungs - Protokoll
des Beschuldigten

R i c h e r t, Hermann, geb. 25. 2. 1894 in Marwitz,
Beruf: ohne, z. Zt. Waldarbeiter beim Forstamt Torna, Krs. Grafenhainichen.
Verheiratet, 3 Kinder
wohaft in Torna, Forstamt
Einkommen: monatlich ca. 240,— DM
Staatsangehörigkeit: DDR
Nationalität: Deutscher
Verurteilt: Nach eigenen Angaben nicht verurteilt.

Zur Person:

Frage: Aus welchen sozialen Verhältnissen stammen sie?
Antwort: Mein Vater Richert, Hermann war Landwirt und bewirtschaftete einen Hof von 25 Morgen. Meine Mutter Marie, geb. Malitz war Hausfrau und arbeitete ebenfalls auf dem Hof.

Frage: Welche Schulen haben sie besucht?
Antwort: Ich besuchte von 1900 - 1908 die Volksschule in Marwitz. Weitere Schulen habe ich nicht besucht.

Frage: Welche berufliche Entwicklung haben sie durchgemacht?
Antwort: Nach meiner Schulentlassung bis 1914 habe ich in der väterl. Wirtschaft gearbeitet. 1914 wurde ich zum Reserve-Inf.-Reg. 32 MGKeingezogen. Mein letzter Dienstgrad war Uffz. 1919 siedelte ich nach Oberschlesien, ich möchte mich berichten nach Schlesien, zu einem ehem. Kriegskameraden, welcher dort eine Wirtschaft von 220 Morgen hatte. Ich übte die Funktion eines Wirtschaftsführers aus. 1929 erwarb ich 60 Morgen Boden und machte mich selbständig. Diese Wirtschaft habe ich bis 1945 geleitet. In Zuge der Umsiedlung kam ich 1945 nach Landsberg und arbeitete in der dortigen Zuckerfabrik als Hilfsarbeiter.

Hermann Richert - 2 -

Vernehmungsprotokoll vom 19.6.1955 (Quelle: BStU, Ast. Halle, MfS, AU 251/54, Band 1, Bl. 7–11)

- 2 -

3310
000093

5

1946 verzog ich nach Torna und nahm in dortigen Kreisforstamt als Walдарbeiter meine Tätigkeit auf. Dort war ich bis zum Tage meiner Festnahme in dieser Sache tätig.

Frage: Welchen Parteien oder Massenorganisationen haben sie vor und nach 1945 angehört?

Antwort: Einer Partei gehörte ich vor 1933, von 1933 - 45 und nach 1945 nicht an. Von 1933 - 1945 gehörte ich der ehem. DAF und NSV an. Nach 1945 habe ich mich nur gewerkschaftlich organisiert und zwar seit 1947 oder 1948.

Frage: Welche Verwandte haben sie und wo sind diese beschäftigt?

Antwort: Ich habe folgende Verwandte:

Meine Geschwister [redacted], wohnh. [redacted] dem Sektor v. Berlin, [redacted] wohnh. wie vorstehend, beschäftigt [redacted], wohnh. in [redacted] / Sachsen, tätig als [redacted].
Mein Cousin [redacted], wohnh. in [redacted], tätig als [redacted].
Meine Cousine, [redacted], wohnh. in [redacted], tätig als [redacted].

Hermann Pinner

Entsprechend § 106 der Strafprozessordnung wurde dem Beschuldigten eröffnet, dass gegen ihn von Seiten der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit wegen Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und Kontrollrats-Direktive 38 Abschn. 3a3 ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden ist.

Hermann Pinner

- 3 -

000093

6

Frage: Erzählen sie den genauen Tagesablauf am 18. 6. 1953

Antwort: Am 18. 6. 1953 fand auf dem Forsthof Torna eine Belegschaftsversammlung des Instrukteurbezirks Torna statt. Diese Versammlung dauerte von 8.00 bis 9.00 Uhr. Anschließend gingen ca. 15 Kollegen, die von der Belegschaft vorgeschlagen wurden, in den Kulturraum des Forsthauses, um die Forderungen, welche in der Versammlung gestellt wurden, schriftlich auszuarbeiten. Die Leitung der Belegschaftsversammlung sowie der anschließenden Beratung lag in meinen Händen. Gegen 10.00 Uhr wurde ich von Angehörigen der Volkspolizei im Kulturraum festgenommen und nach Gräfenhainichen auf das VP-Sovier gebracht, wo ich auch vernommen wurde. In den Nachmittagstunden wurde ich nach Halle gebracht und in die Haftanstalt am Kirchtor eingeliefert.

Frage: Welchen Charakter trug diese Belegschaftsversammlung?

Antwort: Diese Versammlung trug staatsfeindlichen Charakter. Auf Grund der bekanntgewordenen Unruhen in einigen Kreisen der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik einberufen wurde und mit dazu beitragen sollte, die bestehende Regierung der DDR abzusetzen.

Frage: Wer war der Organisator dieser Versammlung und durch wen wurde sie einberufen?

Antwort: Diese Versammlung wurde durch mich organisiert und auch einberufen.

Frage: Wie haben sie diese Versammlung organisiert?

Antwort: Diese Versammlung habe ich am Dienstag und Mittwoch dieser Woche auf dem Wege zum Arbeitsplatz und auf demselben sowie auf dem Nachhauseweg organisiert. Ich habe meinen Arbeitskollegen auf gezeigt, dass die Arbeiter verschiedener Betriebe innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik ihre Arbeit niedergelegt haben, um die von ihnen aufgestellten Forderungen durchzusetzen und wir als Walдарbeiter können dabei nicht abseits stehen, sondern müssen uns dieser Bewegung anschließen, um die bestehende Regierung der DDR abzusetzen und die Verhältnisse in der DDR zu verändern. Auf Grund der daraufhin stattgefundenen Diskussionen wurde ich von meinen Kollegen beauftragt, so schnell wie möglich, eine Belegschaftsversammlung einzuberufen und eine Tagesordnung für dieselbe auszuarbeiten. Daraufhin habe ich die Versammlung

Hermann Pinner

- 4 -

350010

für den 18. 6. 1953 morgens 8.00 Uhr im Hof des Forsthauses Tornaun festgesetzt. Am 17. 6. 53 wurden alle Kolleginnen und Kollegen des Forsthauses mündlich davon unterrichtet, dass heisst, ich habe dieses den Brigadiers bekanntgegeben und diese haben es an die einzelnen Arbeitern weitergeleitet.

Frage: Welche Punkte waren in der von ihnen ausgearbeiteten Tagesordnung enthalten?

Antwort: Die von mir persönlich ausgearbeiteten Tagesordnung enthielt folgende Punkte:

- 1.) Normensenkung statt Erhöhung,
- 2.) Erhöhung des Reallohnes auf 1,23 RM, wie es uns versprochen wurde,
- 3.) Gleichstellung mit den Industrie-Arbeitern, d.h. Anerkennung als Schwerstarbeiter,
- 4.) Kollektivvertrag für ungültig erklären,
- 5.) Herabsetzung der HO-Preise um 40 bis 50 %,
- 6.) Absetzung der Regierung durch geheime Wahlen,
- 7.) Sparmassnahmen durch den Betrieb, d.h. sofortige Absetzung des Personal- u. Kulturleiters.

Frage: Von welchen Personen wurden sie aufgefordert, eine derartig verbrecherische und staatsfeindliche Tätigkeit durchzuführen?

Antwort: Die Namen der Personen, von denen ich den Auftrag erhielt, kann ich nicht nennen.

Frage: Welche Stellung nahmen die von der Belegschaft vorgeschlagenen und an der Beratung im Kulturraum des Forsthauses Tornaun versammelten Kolleginnen und Kollegen zu den von ihnen ausgearbeiteten Vorschlägen ein?

Antwort: Die im Kulturraum versammelten Kolleginnen und Kollegen haben die von mir ausgearbeiteten Punkte mit einigen unwesentlichen Abänderungen voll angenommen.

Frage: Wurde über die von ihnen ausgearbeiteten Punkte von den im Kulturraum anwesenden Personen ein Beschluss gefasst?

Antwort: Ein Beschluss konnte nicht mehr gefasst werden, da ich aus der Beratung im Kulturraum durch Angeh.d.VP. verhaftet wurde und die Beratung aufgehoben wurde.

Frage: Nennen sie die Namen aller Personen, die an der Beratung im Kulturraum des Forsthauses Tornaun am 18. 6. 53 anwesend waren.

Antwort: An der Besprechung nahmen folgende

Hermann Pöhl

- 5 -

330
900011

Personen teil:

[REDACTED]

Harzbetrieb
Brigadier
Revier Grenshaus
Schwenmsal
Söllichau Revier
dto.
Angeh.d.Forstverwaltung
Rev.Tielenheide
Rev. Jösigk
Rev.Jösigk
Rev.Schwenmsal
Rev.Tornaun
Rev.Grenshaus
Rev.Luthenstein
Harzbetrieb
Rev.Tielenheide
Betriebsleiter
BGL-Vors.

und ich selbst.

Frage: Welche Stellung nahm der Betriebsleiter Ebel und der BGL-Vors. Hader gegenüber ihrer verbrecherischen Tagesordnung ein?

Antwort: Der Betriebsleiter und BGL-Vorsitzende haben in dieser Besprechung eine abwartende Haltung eingenommen und haben vor einer übereiligen Handlungsweise gewarnt.

Ich habe dieses Vernehmungs-Protokoll selbst gelesen. Der Inhalt desselben entspricht in allen Teilen den von mir gemachten Angaben. Meine Wort sind richtig wiedergegeben.

Hermann Pöhl

Sachbearbeiter:
Pöhl
(U.ltn.)

Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb
Bitterfeld-Dübener Heide
in Tornaubad Dübener Mulde
Befehlshaber: Stille
Bank: Deutsche Notenbank Bitterfeld
Konto Nr. 3150

Handakte

Tornaubad Dübener Heide, den 5. Juni 1953
Telefon: Bad Dübener Heide 317

Akt. Z. 1

1. JUNI 1953
17/742/53

300022

Betriebsgewerkschaftsleitung:

An
das Ministerium für Staatssicherheit
in Halle/Saale

durch den Gebietsvorstand der Gewerkschaft Land und Forst
in Gräfenhainichen.

Betr.: Antrag auf Freilassung unseres Kollegen Waldarbeiter
Hermann R i c h e r t in Tornaubad.

Unser Kollege Waldarbeiter Hermann R i c h e r t wurde in Zusammenhang mit den Ereignissen am 17. Juni am 18. Juni verhaftet und abgeführt. Wir wissen nicht, welche Straftaten ihm zur Last gelegt werden. Unsere über 1000 Kollegen und Kolleginnen mahlende Belegschaft ist jedoch fest davon überzeugt, dass Hermann Richert keine strafbaren Handlungen begangen hat und nicht den Ruf, Gebt Hermann Richert frei! keine Stunde lang verstoßen. Hermann Richert ist kein Agent, kein Saboteur und kein Provokateur. Dies geht insbesondere daraus hervor, dass er in der Waldarbeiterversammlung am 18. Juni d. J. wiederholt darauf hinwies, dass sich niemand zu staatsfeindlichen oder staatsfeindlichen Handlungen lassen sollte, dass jeder an seinem Platz zur Ruhe und Ordnung sorgen sollte und, was am meisten für ihn spricht, nach Schluss der Versammlung an seine Arbeit gehen sollte. Er begründete dies ausdrücklich damit, dass er und seine Kollegen keinen Produktionsanfall leisten könnten und jede Aufforderung auf Arbeitshinrichtung grundsätzlich ablehnen müssten. Nicht allein hierdurch wird die Einstellung des Kollegen Richert zu unserer sozialistischen Arbeit als produktiv dokumentiert. Wenn wir in diesem Zusammenhang hervorheben, dass Hermann Richert in unserem Betriebe bereits zweimal als Aktivist der Gewerkschaften tätig war (das letzte Mal am 1. Mai d. J.) und dass er einer unserer besten Waldarbeiter ist, dann dürfte das Wort unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auch auf ihn Anwendung finden, wonach er als e h r l i c h e r A r b e i t e r sofort von der Haft zu entlassen wäre. Und Hermann Richert ist ein ehrlicher Arbeiter. Er hat das in langjähriger Arbeit in unseren Betrieben stets unter Beweis gestellt. - Auch der Beschluss des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 21. Juni d. J. gibt unserer Belegschaft und uns die berechtigte Hoffnung auf baldige Haftentlassung unseres Kollegen Richert, denn in diesem Beschluss heißt es ausdrücklich, dass ehrliche Arbeiter die teilweise irreführenden, deswegen nicht aufgehört haben, ehrliche Arbeiter zu sein und als solche zu achten sind. „Auch ehrliche Arbeiter, die ihren Irrtum jetzt noch nicht erkennen, haben deswegen nicht aufgehört, ehrliche Arbeiter zu sein, und sind als solche zu achten.“ Gerade sie brauchen jetzt am meisten die Hilfe und Geduld der Partei, gerade sie brauchen heute IM MEISTEN die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, auch wenn ihnen das selbst noch nicht klar ist. Das Zentralkomitee erwartet von allen Mitgliedern und Funktionären, dass sie nun die Reife ihres Bewusstseins und die Weite ihrer Herzen unter Beweis stellen in der leidenschaftlichen Beschäftigung mit gerade diesem Teil der Arbeiterschaft.“ So lautet der Beschluss des ZK weiter, der sowohl

Schreiben der Betriebsgewerkschaftsleitung des Forstwirtschaftsbetriebes mit der Bitte um Freilassung des Kollegen Richert vom 5.6.1953 (Quelle: BStU, Akt. Halle, MfS, AU 251/54, Handakte, Bl. 22, 23)

als auch die Worte unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl so hochherzig in ihrer Bedeutung sind, dass weder die Regierung noch die Partei daran denken können, irgendwelche Rache zu nehmen. Es kann daher auch nicht die Absicht unserer Regierung und der Partei sein, Hermann Richert als ehrlichen Arbeiter weiterhin in Haft zu behalten und dass er den wirklichen Provokateuren gleichgestellt wird. -

Die wichtigste Aufgabe der Partei besteht gegenwärtig darin, schnell ein enges Vertrauensverhältnis mit den Massen wiederherzustellen. Das wird in unserem Betrieb um so eher der Fall sein, wenn Hermann Richert wieder frei ist.

Wir wollen ferner nicht verneinen, darauf hinzuweisen, dass das Schicksal des Kollegen Richert auch seine Frau und Lebenskammerin besonders hart getroffen hat. Frau Richert steht seit längerer Zeit wegen eines heftigen Nervenleidens in ärztlicher Behandlung. Das Leiden hat sich seit der Inhaftierung ihres Mannes stark verschlimmert, sodass mit einer baldigen Genesung nicht zu rechnen sein dürfte, ja, es muss eher das Schlimmste befürchtet werden.

Hermann Richert gehörte zu den Menschen, die von 45 bis 50 Jahren die Dorfschule besuchten. Es ist allgemein bekannt, was damals in den Dorfschulen gelehrt wurde. Es genügte, wenn der Schullehrer soviel Erfolg hatte, dass der Schüler nach Entlassung aus der Dorfschule notdürftig seinen Namen schreiben konnte und einige Aussprüche, deren Sinn er gar nicht verstand, auswendig heruntersagen konnte. Die Hauptsache war, er würde ein brauchbarer und folgsamer Landarbeiter. Wenn diese Menschen später vor die Frage gestellt wurden, einen Gedanken irgendwie in Worte zu kleiden, dann fanden sie entweder überhaupt nicht das rechte Wort oder sie trafen auf Falsches. Es fehlt ihnen eben der Wortschatz, den man sich im Laufe der Jahre in der Schule aneignet. Hermann Richert gehört auch diesen Menschen und ihm fehlt auch der Wortschatz. Seine Worte waren daher nicht auf der Goldwaage gewogen worden. Wenn er wirklich etwas gebraucht hat, die zu seiner Verhaftung führten, so muss zu seiner Entschuldigung gesagt werden, dass sie eine berechnete Verärgerung entpanden. Er war vom Betrieb aus im Jahre 1952 zu einem Aktivistentag der Forstwirtschaft nach Berlin delegiert, wo sowohl von den Kollegen der Forstwirtschaft als auch von den Kollegen der Gewerkschaft sehr nennenswerte Versprechungen hinsichtlich Lohnerhöhung, Versorgung mit Arbeitskleidung und Werkzeugen usw. gemacht wurde. Er war von dieser Tagung direkt begeistert, was aber später in eine Verärgerung umschlug, als die gemachten Versprechungen, insbesondere die der Lohnverbesserung, nicht eingelöst wurden. Einnig und allein diese Verärgerung dürfte ihn veranlasst haben, sich zum Sprecher in der Waldarbeiterversammlung am 18. Juni zu machen. Eine staatsfeindliche Gesinnung kann ihm nicht zugemutet werden.

Hermann Richert und seine Frau sind vom Schicksal hart getroffen. Hilfe tut dringend not, denn Frau Richert geht an dem Unglück ihres Mannes zugrunde. Die gesamte Belegschaft unseres Betriebes will hier helfen und erhebt ihre Stimme mangels anderer Möglichkeiten und ruft und bittet: G e b t H e r m a n n R i c h e r t f r e i!

BGL-Vorsitzender: A. [Name]

300023

Adolf Grattenauer – Dokumentation eines Falles bittersten Unrechts

Quelle: Materialsammlung zum Rehabilitierungsverfahren von Adolf Grattenauer

1. Prolog

Leserbrief von Ruth Grattenauer an eine Hallenser Tageszeitung, Ende November 1989

Ich ging durch einige sozialistische Höllen

Auf den Grabstein meines Mannes ließ ich folgenden Spruch aus der Bibel meißeIn: „Ihr seid zur Freiheit berufen“. Die Stasi Leuna-Werke (mein Mann hatte nie etwas mit Leuna zu tun) stellte nach geraumer Zeit fest, dieser Spruch sei Aufruhr gegen den Staat, und man würde zu gegebener Zeit darüber sprechen. Die Zeit ist da – und ich spreche!

Es werden viele Wahrheiten ausgesprochen, aber die Wahrheit über den schwärzesten Tag der DDR, den 17. Juni 1953, wird nach wie vor verschwiegen. Warum verdrängt man noch den Tag, an dem sich die SED so schuldig gemacht hat? Will man die Opfer totschweigen und das große Leid der Angehörigen, die Willkür, bis zum heutigen Tage unter den „liebenden“ Augen bestimmter Leute gestanden zu haben?

Ich möchte hier nicht meinen Leidensweg aufzeigen, nur eins sagen: Ich ging durch einige sozialistische Höllen. Wie hat man das gute Wort „Sozialismus“ mißbraucht! Ich glaube, daß mit mir viele Menschen, die Ähnliches erlitten haben, jetzt nicht triumphieren, sondern bitterlich weinen.

2. Schreiben von Ruth Grattenauer vom 17.7.1990 an Heinz Hildebrandt, Bund der Verfolgten des Stalinismus, und Mithäftling von Adolf Grattenauer in der Strafvollzugsanstalt Coswig

Wengelsdorf, d. 17.7.1990

Werter Herr Hildebrandt!

Am 13.7.90 erhielt ich Ihren Brief mit den entsprechenden Anlagen, dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen. Man wird immer wieder aufgewühlt, wenn man Berichte von ehemaligen Häftlingen liest. Als „Gezeichneter“ war das Leben in der DDR nicht immer leicht, zumal man von den „liebenden Augen“ der Stasi ständig betreut wurde. Davon weiß ich auch ein Lied zu singen: bis Sept. 89 hat man mich betreut. Aber dies ist nun alles Vergangenheit nur schmerzt und empört es, daß die Täter jetzt auch noch Opfer werden, der Innenminister trägt große Sorge, daß diese Leute nicht an den Rand getrieben werden, ich verspüre keinerlei Haß, aber es muß doch eine Gerechtigkeit geben. – Er hatte ja ein gutes Leben bisher und weiß nicht wie es ist, wenn Menschen der Willkür unterlegen waren und in Angst und Schrecken lebten. Ich mußte damals sofort aus der Dienstwohnung, meine Eltern

nahmen uns auf, vor allem – ich bekam keine Arbeit, noch nicht einmal auf den Leuna-Werken. Es war am Anfang eine schlimme Zeit, aber das Ende war noch bitterer. Ich fand dann Arbeit in der ev. Gefangenenfürsorge Halle – und war als Hausmutter in einem Heim für strafentlassene und gefährdete Frauen und Mädchen tätig, bis man auch dieses auflöste. Auf Anraten der langjährigen Gefangenenfürsorge und in der Tatsache, daß 4 Kindern der Vater fehlte, ließen wir den Ältesten ein Begnadigungsschreiben an den Präsidenten senden. Die Rückantwort lege ich Ihnen bei. Vielleicht könnten Sie eine Fotokopie davon anfertigen, ich wohne auf dem Lande und komme schlecht an solche Dinge heran. Das Telegr. und dieses Schreiben sind meine einzigen Beweisstücke. Ich hätte auch noch die große Bitte, da Sie ja die letzten Tage meines Mannes in Coswig miterlebt haben, einen kleinen Zusatz zu meinem Bericht. Und wenn man bedenkt, daß diese Verbrecher noch ihren Leibarzt haben, weil sie alle „krank“ sind, da kann einem doch die Luft weg bleiben. –

Da ich in den nächsten Tagen eine schon länger geplante Reise antrete, möchte ich, daß alles schnellstens in Ihre Hände gelangt. Ich lege auch Geld bei, denn wir haben hier im Ort noch nicht einmal eine Poststelle. Ich danke Ihnen noch einmal für all Ihr Bemühungen und wünsche Ihnen Kraft und Gesundheit für Ihre Aufgabe „der Wiedergutmachung“. Eigentlich ein großes Armutszeugnis der jetzigen Regierung, daß sie so zögerlich an die Rehabilitation heran geht. Dafür hatten aber die BRD-Bürger 37 Jahre lang einen „zusätzlichen Feiertag“. (17. Juni!)

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ruth Grattenauer

Anlage:

Aufnahmeantrag

Bericht

2 Dokumente

1 frank. Briefumschlag

20,- DM

3. Bericht von Ruth Grattenauer über die Verhaftung ihres Mannes, Adolf Grattenauer, 16.7.1990 (Schriftsatz für das Rehabilitierungsverfahren)

Ruth Grattenauer

4853 Wengelsdorf

...

Wengelsdorf, d. 16.7.1990

Betr.: Die geforderten Angaben, die zur Verhaftung meines Mannes, Adolf Grattenauer, führten.

Es fällt mir sehr schwer all die Ängste, Nöte und Verzweiflungen die man so unverschuldet durchmachen musste, aufs Papier zu bringen. Wie kann man Schrecken schildern, die einem fast zum Wahnsinn trieben. Doch die Verantwortung für 4 Kinder, das Jüngste gerade 1 Jahr alt – brachte mich wieder zur Vernunft und ich ging den schweren, entbehrungsreichen Weg.

Mein Mann Adolf Grattenauer, geb. am 13.09.1902, hatte Landwirtschaft erlernt und eine entsprechende Fachschule in Haldensleben besucht. Anschließend war er als Inspektor auf großen Gütern tätig. Gleich Anfang des Krieges wurde er eingezogen und 1949 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Anfangs im Tagebau tätig, kam er nach einem Kursus als sogenannter Normer auf das VEG Wengelsdorf. Da man einen ausgebildeten Fachmann benötigte, wurde er als Betriebsleiter eingesetzt. Den Eintritt in die SED lehnte er ab. Und da er als „Handlanger“ beim Großjunktum tätig war, war er schon als halber Staatsfeind im ersten humanen Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschen Boden gestempelt. Er lehnte auch die großen Neuerungen der sowjetischen Landwirtschaft, die von der Partei als größte Errungenschaft verlangt wurden ab. Er hatte ja in der Gefangenschaft mit eigenen Augen das Gegenteil gesehen. Als verantwortlicher Fachmann wollte er beweisen, wie man eine landwirtschaftliche Produktionsstätte ohne Marx und Mischurin zum Erfolg führen kann.

Er wurde dafür 1952 in Berlin ausgezeichnet. Aber einigen Genossen der Partei war er ein Dorn im Auge und die Schikanen gingen weiter. Ihm wurde ständig seine vergangene Tätigkeit unter die Nase gerieben und der Druck verstärkte sich. Und als sich mein Mann noch wagte, einen eifrigen Kreistagsabgeordneten und Neulehrer (früher SS Mann) zu sagen, er sei in seinen Augen ein ganz „eingebildeter Fatzke“ (das war 1952) war das halbe Todesurteil gesprochen. Jetzt wurde die Stasi eingeschaltet. Leider legte mein Mann sich auch mit Stasi-Müller aus Weißenfels an, da dieser am Vorabend des 1. Mai 1953 Einsicht in betriebliche Dokumente forderte, ohne dafür eine Genehmigung bzw. Auftrag dazu vorweisen konnte. Ich schildere dieses Vorspann so ausführlich, da über uns schon 1 Jahr die Angst und Ungewissheit schwebte und man nun meinte: am 17. Juni 1953 endlich den Beweis der Staatsfeindlichkeit zu erbringen. Für diesen Tag hatte mein Mann eine Belegschaftsversammlung einberufen. Sein Ziel war: die ganze Belegschaft sollte am darauffolgenden Sonntag einen freiwilligen Einsatz starten, um einen großen Rübenschatz vom Unkraut zu befreien, was auch durchgeführt wurde.

Aber nichtsahnend, dass dieser Tag ein Tag des Aufstandes für die ganze DDR wurde, in unserem Dorf verlief alles ruhig. Nur die Gemüter registrierten

aufgeregt und fassungslos die Vorgänge in den Städten und vor allem in den Leuna-Werken. In der bewussten Belegschaftsversammlung wurden natürlich die Ereignisse heftig diskutiert und da hat mein Mann die Äußerung getan: „Es wird Zeit, dass die Regierung verschwindet, sonst machen wir noch Pleite!!!“ Auch hat er über einen Studenten geäußert: „Die Jugend wird es sein, die diesen Staat davon jagt, weil sie sich belogen und betrogen fühlt.“ Ich kann keine genauen Daten mehr angeben, denn man litt ja unter einem gewissen Schock.

Jedenfalls war eine Belegschaftsversammlung anberaumt und ein Autokonvoi von der Kreisleitung der SED Weißenfels mit Stasi und Polizei fuhr vor. Da ich kein Belegschaftsmitglied war, wusste ich nicht um was es ging. Ich ahnte es aber sehr bald. Die Angst trieb mich nachzuforschen und ich wurde bald fündig.

Auf dem Gutshof stand der übereifrige Kreistagsabgeordnete und ließ sich laufend von einem ihm beauftragten Lehrling berichten. Ich war so empört über dieses Vorgehen, welches ich von einem Fenster aus beobachtete, dass ich ihm meine Meinung sagte und mit dem Satz schloss: „Merken sie sich das eine: Gottes Mühlen malen langsam – aber sie malen!“ Er war auch der erste Verbrecher, den das Schicksal ereilte. Durch sein brutales Vorgehen als Lehrer wurde er von den Schülern und Eltern so abgelehnt, dass man ihm schließlich das Lehramt entzog, er hat sich später aufgehängt.

Die Kreisleitung war bemüht, in der Versammlung den Beweis zu erbringen, dass mein Mann die Belegschaftsversammlung anberaumt habe, um die ganze Belegschaft gegen den Staat aufzuwiegen, was nun gar nicht der Tatsache entsprach. Alle standen hinter meinem Mann und sie mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Es sollte aber noch schlimmer kommen, jetzt schaltete sich die Bezirksleitung Halle ein, nachdem ihr auch noch meine Äußerung von wegen „Gottes Mühlen ...“ zugetragen wurde. Ein neuer Autokonvoi rückte wieder an und mein Mann bat mich, mich nicht wieder einzumischen. Die Stunde der Angst und Ungewissheit werde ich nie vergessen. Sie mussten wieder unverrichteter Dinge abziehen. Diesmal war die Meinung der Belegschaftsmitglieder: „Das waren die reinsten Teufel!“ Bald kam ein Beauftragter und mein Mann musste von einer Minute zur anderen seinen Arbeitsplatz verlassen. Mein Mann schrieb eine Beschwerde an Grotewohl, die Antwort war: Der Bezirksparteileitung Halle wurde das Schreiben zur Überprüfung zugestellt, also an die richtige Stelle!!!

In der Nacht vom 31.8. zum 1.9.53 gegen 23.00 Uhr wurden wir aus den Betten geholt. Stasi-Müller mit Kollegen hatten Auftrag einer Hausdurchsuchung. Außer meinem Mann fanden sie nichts und diesen nahmen sie zu einem Verhör mit. Wann und wo die Verhaftung [gemeint ist: die Vernehmung, Anm. d. Red.] stattgefunden hat, weiß ich nicht. Ich suchte vergeblich meinen Mann. Die Stasi und Staatsanwaltschaft Halle gaben keine Auskunft. Ich machte den idiotischen Versuch und klopfte am „Roten Ochsen“ an. Da alles vergeblich war, nahm ich mir einen Rechtsanwalt aus Weißenfels. Seinen Namen weiß ich nicht mehr, er ging bald nach „drüben“.

In der Zwischenzeit war die Stasi hier in Wengelsdorf tätig. Sie suchten sich ganz bewusst einzelne Mitglieder aus, die man unter Druck setzte und die nicht ahnten, was sie unterschrieben haben. (Man brauchte ja Beweismaterial für eine Anklageschrift.) Im Prozess stimmte dann ihre Zeugenaussage nicht mit dem unterschriebenen Beweismaterial überein und der erste Zeuge wurde gleich mit Strafe bedroht und musste sich auf eine Strafbank setzen. Dieses diente als Abschreckung für die nachfolgenden Zeugen. Sie taten mir aufrichtig leid! Wie Zeugenaussagen erpresst wurden, möchte ich mal auf einen Fall schildern. Ein guter Arbeitskollege meines Mannes und sein Nachfolger wurde als letzter Zeuge aufgerufen. Der Zufall hatte es gewollt, das ich an seiner Stasi-Vernehmung der Horcher war, denn unsere Wohnung war vom Büro nur durch eine große Flügeltür getrennt und davon hatte die Stasi wohl keine Ahnung. Ich frug ihn, nachdem die Stasi fort war, er hätte doch so für meinen Mann gesprochen und die Tatsachen so geschildert wie sie wirklich waren. Sie hätten doch so eifrig mit der Schreibmaschine geklappert! „Ich habe etwas anderes unterschreiben müssen, der Revolver lag auf dem Tisch und ich habe doch Familie.“ Ich fand seine Handlungsweise richtig, denn – warum noch ein Opfer mehr? Vor dem Gericht hat er außer seinem Namen nicht mehr den Mund aufgemacht, er stand wie zu einer Salzsäule erstarrt da, es halfen und keine Drohungen.

Als ich von meinem Rechtsanwalt, der nun als Verteidiger meines Mannes fungierte, die Mitteilung erhielt, dass die Voruntersuchungen abgeschlossen seien, fuhr ich nach Halle zur Staatsanwaltschaft, um eine Besuchergenehmigung zu erlangen. Dort sagte man mir: sie läge am „Kirchtor“ vor. Ich bin sofort zum „Roten Ochsen“ und brachte mein Anliegen vor. Ich musste eine geraume Zeit warten und erhielt dann den Bescheid: „Mein Mann sei überhaupt nicht da. Daraufhin habe ich mich geweigert, das Zuchthaus zu verlassen – bis ich meinen Mann habe sprechen dürfen. Diesmal klappte es! Über das Wiedersehen möchte ich keine weiteren Mitteilungen machen, bis auf die

Tatsache, dass er bitterlich geweint hat und mir sagte: „Was ich in den ersten 12 Tagen durchgemacht habe, ahnt kein Mensch!“

Diesen Satz möchte ich besonders betonen. Mich wunderte nur, dass der Bewacher keine Äußerung dazu getan hat.

An welchem Tag der Prozess im Bezirksgericht Halle stattfand, weiß ich nicht mehr. Auf meine jetzige Anfrage und Bitte um Anklageschrift und Urteil wurde mir mitgeteilt: sie würden dort nur 5 Jahre aufbewahrt und im Archiv fanden sie nur die Mitteilung, dass mein Mann nach Art. 6 - 38 zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt war. Es muss aber im November 1953 gewesen sein und mein Mann kam bald nach Coswig. Nach anfänglichen Schwierigkeiten (man hauste mit Verbrechern in den großen Kellern des ehemaligen Schlosses) wurde die Haft erträglicher. Ich kann mich bei den vierteljährlichen 30 Minuten-Besuchen nicht über die Bewacher beklagen. Meinen Mann sah und sprach ich am 23.8.1955 das letzte mal.

Am 14.9.55 bekam ich folgendes Telegramm: „Ehemann im Haft-Krankenhaus Kleinmäusdorf, Chemnitzer Straße 68 verstorben. Erbitten Nachricht, ob Leiche Überführung auf eigene Kosten erwünscht, andernfalls erfolgt Einäscherung auf Staatskosten in Leipzig.“ Ich war wie vor den Kopf geschlagen, da ich von nichts eine Ahnung hatte. Mein Bruder fuhr mich sofort an den vorgegebenen Ort und bat um nähere Auskunft. „Der Genosse Arzt kommt gleich!“ Nach einer geraumen Zeit kam der Genosse Arzt mit dem wahrscheinlich frischgetippten Krankenbericht. Die Diagnose lautete: Vereiterter Blinddarm, er wäre gleich nach Einlieferung operiert worden und hat noch 8 Tage gelebt. Ich denke ich höre nicht recht! Als ich fragte, warum man mich nicht verständigt habe, bekam ich die Antwort: da hätten wir viel zu tun, wegen einem Blinddarm die Angehörigen zu verständigen. Ich habe meinen Mann nach Wengelsdorf überführen lassen und musste noch mit Entsetzen feststellen, dass sein Leichnam verstümmelt war. Schnittwunden an beiden Schläfen und jeweils rechts und links vorn am Hals. Alle Schnitte waren mit einem groben Faden und großen Stichen zusammengeflocht.

Am Tag der Beerdigung war die Beteiligung hinter der Friedhofsmauer groß – keiner wagte mehr! – denn die Stasi war auch in der Nähe. Aber für mich sollte das Schlimmste noch kommen, kurz nach der Beerdigung meines Mannes bekam ich seinen Brief, indem er mir mitteilte, dass er operiert wurde, es ihm gut geht, ich sollte mir keine Sorgen machen. Er bat mich um etwas Obst. Da habe ich die Welt nicht mehr verstanden. Aus dem Poststempel ersah ich, dass sie den Brief erst nach meinem Dortsein in Leipzig abgeschickt hatten, also nach 10 Tagen!

Als Anlagen lege ich Ihnen die Eingabe meines Sohnes und das Telegramm vom Tode meines Mannes bei, mit der Bitte um Rücksendung, da dieses die einzigen Exemplare sind, die ich besitze.

Ruth Grattenauer

Anlage 1

DER PRÄSIDENT
DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
600 958/61a-30- Th/EI.

BERLIN-NIEDERSCHÖNHAUSEN
OSSIEZKYSTRASSE
PRÄSIDENTIALKANZLEI DEN 6. Oktober 1954

An den
Jugendfreund
Karl Grattenauer
A s c h e r s l e b e n
III

Betr.: Deine Eingabe an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik für Deinen Vater Adolf Grattenauer

Lieber Jugendfreund!

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik greift gemäß unserer Verfassung und nach den strafrechtlichen Bestimmungen in die Rechtsprechung in Strafsachen nicht ein. Das vorliegende Urteil kann demnach durch den Präsidenten der Republik weder aufgehoben noch abgeändert werden.

Unter den im § 346 der Strafprozeßordnung genannten Voraussetzungen besteht die Möglichkeit der Abkürzung der Strafhaft durch Gewährung von Strafaussetzung unter Auferlegung von Bewährungsfrist, wenn mindestens die Hälfte der Strafe verbüßt ist. Im übrigen wird von diesem Zeitpunkt an laufend überprüft, ob eine Aussetzung der Strafe erfolgen kann.

Die Entscheid hierüber trifft das Gericht, welches das Urteil gesprochen hat, im Zusammenwirken mit dem Staatsanwalt.

Es hängt weitestgehend vom Verhalten der Verurteilten während der Straftat ab, ob ihm die Freiheit vorzeitig wiedergegeben werden kann.

Wir empfehlen Dir, zu gegebener Zeit mit einem Antrag auf bedingte Strafaussetzung an das Gericht oder an den Staatsanwalt zu wenden.

Einem Gnadengesuch fehlt es in Ansehung der Bedeutung der Straftat an der realen Grundlage. Ein Gnadenverfahren kann daher im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eingeleitet werden.

Wir verstehen Deinen Kummer recht gut, bitten Dich aber einzusehen, dass das Verhalten Deines Vaters die für Euch Kinder, insofern ungünstige Lage hervorgerufen hat, als Ihr nun nicht mehr in der Familie miteinander leben könnt. Daran liegt es also, dass Ihr, wie Du äusserst, nicht im vollen Umfange eine „glückliche Jugend“ zur Zeit sein könnt.

Mit freundlichen Grüßen!

Im Auftrage
[Unterschrift unleserlich]

Anlage 2

[illegible]

Telegramm mit Mitteilung über das Ableben von Adolf Grattenauer vom 14.9.1955
(Quelle: Materialsammlung zum Rehabilitierungsverfahren von Adolf Grattenauer)

4. Bericht von Heinz Hildebrandt über den Mithäftling Adolf Grattenauer und die Haftbedingungen in der Strafvollzugsanstalt Coswig im Jahr 1955. 30.7.1990

BUND der VERFOLGTEN
des STALINISMUS (e. V.)

...
3700 Wernigerode, den 30.07.90

Bericht über den Strafgefangenen Adolf Grattenauer.

Ich, Heinz Hildebrandt, Kapitelsberg 28, 3700 Wernigerode, geb.: 31. Juli 1921 in Langenweddingen, gebe hiermit zu Protokoll, dabei erkläre ich eidesstattlich, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen:

Ich war vom Frühjahr 1955 bis etwa November (Oktober?) 1955 Strafgefangener wegen KD 38 in der Strafvollzugsanstalt Coswig (Anhalt). Diese SVA wurde später aufgelöst. Es befindet sich jetzt das Landesarchiv darin.

Während meiner Haftzeit lernte ich dort den Strafgefangenen Adolf Grattenauer kennen. Seine Personalien waren mir z. Zt. im Einzelnen nicht bekannt.

Zur SVA Coswig wäre zu berichten, dass m. E. der Strafvollzug den üblichen DDR-Bedingungen entsprach. Die Verpflegung wurde durch eine eigene Gärtnerei leicht aufgebessert durch Gemüsebeilagen, insbesondere Mangold. Das Personal war bezüglich des Verhaltens den Häftlingen gegenüber sehr unterschiedlich. Es waren Wachleute mit „menschlichen“ Umgangsformen uns Häftlingen gegenüber darunter, aber auch Sadisten. Namen kann ich nicht nennen. Von besonderer Härte uns Polit-Häftlingen gegenüber war der Anstaltsleiter und der VP-Politoffizier (genannt „Windhund“).

Katastrophale Zustände herrschten in der ärztlichen Betreuung. Medikamente wurden nicht regelmäßig verabreicht. Kranke mussten häufig ihre Dosis für mehrere Tage auf einmal einnehmen. Darunter hatten besonders die Zuckerkranken und andere zu leiden, die auf eine regelmäßige Einnahme angewiesen waren.

Die „Medizinmänner“ waren Strafgefangene. Während meiner Zeit war der „Obermediziner“ ein mehrfach vorbestrafter Strafgefangener. (Sittlichkeitsdelikte). Seine Erstverhaftung wegen des damaligen § 175 erfuhr er bereits in der Zeit von 1933–1945.

Dieser „Obermediziner“ schikanierte besonders die Polit-Häftlinge und besaß dadurch ein besonderes Ansehen der Gefängnisleitung.

„Fachlich“ wurde die ärztliche Betreuung von einem Arzt aus Wittenberg vorgenommen. Dieser Arzt erschien dort in Coswig jede Woche nur für ein paar

wenige Stunden und hatte auf die Betreuung eigentlich gar keinen Einfluss. Sein Name ist mir ebenfalls nicht 100 %ig bekannt. (Es kursierten bei uns die Namen Dr. Israel, Itzig, Jetzig.) Absolut sicher ist sein Herkunftsort. M. E. hatte dieser Arzt auch gar kein Interesse daran, dass den Häftlingen dort geholfen wurde.

Ich selbst war im Herbst 1955 den Schikanen des „Obermediziner“ und dem vermutlich nicht Helfenwollens seitens des Arztes ausgeliefert. Doch darum geht es hier nicht. Es soll mit dieser Darstellung lediglich geschildert werden, wie die Situation bei dem Umgang mit kranken Häftlingen war.

Adolf Grattenauer klagte Ende August 1955 über kolikartige Bauchschmerzen im Oberbauch. Er meldete das mehrere tagelang jeden Morgen bei der Zellendurchsicht dem Wachpersonal. Seine Klagen wurden nicht beachtet. Nach etwa drei bis vier Tagen, es müsste die Zeit um den dritten September 1955 gewesen sein, steigerten sich die Schmerzen bei Grattenauer bis ins Unerträgliche, so dass er sich krümmte, den Oberbauch hielt, laut schrie und später nur noch wimmerte. Nach mehrmaligen Klopfen an der Zellentür



Gefängnis Coswig – Zelle
(Foto: Chr. Koch, 2003)



Gefängnis Coswig – Zugang zur Hinrichtungsstätte (Foto: Chr. Koch, 2003)

durch uns Mitgefangene öffnete der „Schließer“. Unser Anliegen wegen des Adolf Grattenauer beantwortete er: „Der soll sich nicht so haben“ und „der simuliert“.

Nach einiger Zeit verlor A. Grattenauer das Bewusstsein. Erst daraufhin, nachdem wir erneut den „Schließer“ gerufen hatten, wurde A. Grattenauer von mir und zwei anderen Kameraden in den Sanitärbereich geschafft. D. h. es wurde das angewiesen.

Da A. Grattenauer über Schmerzen im Oberbauch geklagt hatte, nahm ich an, dass er einen Magendurchbruch gehabt hat.

Diese Vermutung erhärtete sich bei mir dadurch, weil er sich Ende August 1955 (vielleicht auch Anfang Sept.?) einige Male erbrochen hat und darunter Blutschleim gewesen ist.

Um den 10. September herum erfuhr ich durch den bzw. durch einen Kalfaktor, dass Adolf Grattenauer nach Meusdorf transportiert worden sei. Angeblich soll er im Sanitärtrakt nicht behandelt worden sein. Der Arzt habe ihn sich lediglich angesehen. Der Transport nach Meusdorf soll zum Wochenende geschehen sein. Der Kalfaktor sprach ebenfalls von einem Magendurchbruch.

Da ich medizinisch nur eine Laie bin, kann ich nicht beurteilen, ob meine Einschätzung eines Magendurchbruches richtig ist. Der Bericht von Frau Grattenauer nennt einen Blinddarmdurchbruch. Aber das dürfte von geringerer Bedeutung sein. Wesentlich ist doch, dass Adolf Grattenauer das Opfer einer unzureichenden bzw. nicht sofortigen ärztlichen Hilfe geworden ist. Diese Schuld tragen die damals diensthabenden „Schließer“ die Gefängnisleitung und m. E. auch der Arzt.

Ergänzt werden muss, dass Adolf Grattenauer U-Häftling des MfS in Halle („Roter Ochse“) gewesen ist. Viele dieser U-Häftlinge hatten in der Folgezeit Magenbeschwerden. Über die Haftbedingungen während der U-Haft bei dem MfS möchte ich vor dem Bezirksstaatsanwalt unabhängig von diesem Bericht meine Aussagen machen.

Wernigerode, den 30.07.1990 Heinz Hildebrandt

Durchschrift an
Frau Grattenauer

...
4853 WENGELSDORF

Ns.: Bitte um Entschuldigung der Tippfehler. Bin kein Maschinenprofi.

5. Die Rehabilitierung von Adolf Grattenauer durch das Bezirksgerichts Halle. 24.2.1992

Abschrift

Bezirksgericht Halle

1. Senat für Rehabilitierungsverfahren
075-RH-164/90

B e s c h l u ß

In dem Rehabilitierungsverfahren

für den Landwirt Adolf Grattenauer

geboren am 18.10.1902 in Aschersleben

verstorben am 13.09.1955

- Betroffener -

Antragstellerin: Ruth Grattenauer,

wh.: ..., 0-4853 Wengelsdorf

hat das Bezirksgericht Halle – 1. Senat für Rehabilitierungsverfahren – am 24. Februar 1992 durch

Richter am Oberlandesgericht S c h w a r z als Vorsitzenden,

Richter am Amtsgericht L ü c k e und

Richter S t e n g e l als beisitzende Richter,

b e s c h l o s s e n :

Das Urteil des Bezirksgerichts Halle vom 06. November 1953 – 1 Ks 635/53-
I 884/53 – wird

a u f g e h o b e n .

Der Betroffene wird

r e h a b i l i t i e r t .

Seine Strafregistereintragungen sind, soweit sie diese Verurteilung betreffen, zu tilgen. Die Erben des Betroffenen haben für den erlittenen Freiheitsentzug des Betroffenen vom 01.09.1953 bis zum 13.09.1955 einen Anspruch auf soziale Ausgleichsleistungen (§ 7 RehaG).

Die Entscheidung ergeht gerichtskostenfrei. Die notwendigen Auslagen der Antragstellerin trägt die Staatskasse.

G r ü n d e :

I.

Der Betroffene wurde mit Urteil des Bezirksgerichts Halle vom 6. November 1953 – 1 Ks 635/53 – I 884/53 – wegen „eines Verbrechens nach Artikel 6 der

Verfassung der DDR in Verbindung mit der KD 38, Abschnitt II Artikels III A III zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt.

Außerdem wurden ihm die Sühnemaßnahmen der KD 38, Abschnitt II Artikel IX, Ziffer 3–9, davon die der Ziffer 7 auf die Dauer von 5 Jahren, auferlegt.

Der Betroffene verbüßte im Rahmen dieses Verfahrens Untersuchungshaft seit dem 01. 09. 1954 und danach bis zu seinem Tod am 13.09.1955 Strafhaf.

Die Antragstellerin hat die Rehabilitierung des Betroffenen als dessen Ehefrau beantragt.

Die Staatsanwaltschaft Halle hat ebenfalls die Rehabilitierung des Betroffenen mit allen sich aus § 4 RehaG ergebenden Folgen beantragt.

II.

Zum Tatvorwurf des Strafverfahrens gegen den Betroffenen hat der Senat aufgrund des in Ablichtung in der Akte befindlichen Urteils des Bezirksgerichts Halle vom 06. November 1953 und der schriftlichen Angaben der Antragstellerin folgende Feststellungen treffen können:

Der Betroffene wurde im Januar 1951 zunächst als TAN-Bearbeiter und später als Betriebsleiter auf dem volkseigenen Gut Wengelsdorf eingesetzt.

Im Verlaufe der Vormittagsstunden des 17. Juni 1953 erfuhr der Betroffene von Belegschaftsangehörigen des Gutes Wengelsdorf, daß es Streiks und Ausschreitungen in Leuna und Merseburg gegeben haben sollte. In diesem Zusammenhang wurde auch erzählt, daß keine Arbeitskräfte mehr auf den Feldern eingesetzt werden sollten. Um sich von der Richtigkeit dieser Angaben zu überzeugen, fuhr er in den Mittagsstunden mit seinem Motorrad nach Leuna und Merseburg und stellte dort fest, daß es Ansammlungen von Demonstranten gab und auch Ausschreitungen gegen Einrichtungen der DDR.

Als er zum Gut Wengelsdorf zurückgekehrt war, informierte er dort eine Mitarbeiterin von seinen Beobachtungen und gab bekannt, daß nach Arbeitschluß eine Belegschaftsversammlung stattfinden sollte. Im Verlaufe des Nachmittags wurde ihm dann mitgeteilt, daß aus den Gefängnissen Inhaftierte „befreit“ worden seien und auch die Regierung gestützt worden sei. In der Belegschaftsversammlung informierte er über seine Wahrnehmungen in Merseburg und über die weiteren erhaltenen Informationen. Er forderte die anwesenden Belegschaftsmitglieder schließlich auf, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären und brachte dabei zum Ausdruck, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gestürzt werden müsse, da „wir“ sonst pleite gehen würden. Er äußerte weiter, daß der Tag der Freiheit an-

gebrochen wäre und jetzt jeder selbst spüren würde, was Freiheit bedeute. Hierbei erwähnte er noch, daß die Arbeiter um ihre Freiheit kämpfen würden. Zum Abschluß der Belegschaftsversammlung ab er die Anweisung, keine Angehörigen der Volkspolizei ohne seine Einwilligung das Gut betreten zu lassen.

Dem Betroffenen wurde außerdem vorgeworfen, bereits vor dem 17. Juni 1953 anlässlich einer Belegschaftsversammlung geäußert zu haben: „Laßt die Politik sein, sie verdirbt nur den Charakter“.

Das Verhalten des Betroffenen und seine Äußerungen im Rahmen der Betriebsversammlung wertete das damals verurteilende Bezirksgericht als Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen (Art. 6 der Verfassung der DDR) und u. a. auch als Propagierung für den Neofaschismus (KD 38 Abschnitt II Artikel III A III), da dieser „den Frieden des Deutschen Volkes, der am 17.06.1953 hart an des Messers Schneide stand, gefährdet hat“.

Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 07. 10. 1949 hatte folgenden Wortlaut:

„Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.“

Die Kontrollratsdirektive Nr. 38, Abschnitt II Art. III A III lautete wie folgt:

„Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des Deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet.“

Ferner lautete in der Kontrollratsdirektive Nr. 38 der Abschnitt II Artikel IX, davon Ziffer 7 wie folgt:

„Es ist ihnen auf die Dauer von mindestens fünf Jahren nach ihrer Freilassung untersagt: In einem freien Beruf oder selbständig in irgendeinem gewerblichen Betriebe tätig zu sein, sich an einem solchen zu beteiligen oder dessen Aufsicht oder Kontrolle auszuüben.

a) In nicht selbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu sein.

b) Als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunk-Kommentator tätig zu sein.“

III.

Die beantragte Rehabilitierung ist auszusprechen. Der Betroffene hat politischen Widerspruch in Worten und durch friedliche Demonstration erhoben und ist nur deshalb verurteilt worden (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 Rehabilitierungsgesetz vom 06.09.1990 – GBl. DDR I, S. 1459 – i. d. F. der Vereinbarung zur Durchführung und Auslegung des Einigungsvertrages vom 18.09.1990 – GBl. DDR I, S. 1979 – im folgenden RehaG).

Der Betroffene hat auch nach den objektiven Feststellungen des Urteils des Bezirksgerichts nichts anderes getan, als am 17. 06. 1953 im Rahmen der von ihm einberufenen Betriebsversammlung kritische Äußerungen zur Wirtschaftspolitik gemacht und zum Widerstand aufgerufen zu haben.

Er hat durch seine Äußerungen weder den Neofaschismus propagiert noch den Frieden des deutschen Volkes gefährdet, so daß eine Rehabilitierung auch nicht etwa nach § 3 Abs. 5 RehaG ausgeschlossen ist.

Das gegen den Betroffenen ergangene Urteil ist daher aufzuheben (§ 4 RehaG) und die Tilgung der diesbezüglichen Eintragungen im Strafregister anzuordnen.

Die Erben des Betroffenen haben gemäß § 7 Abs. 1 RehaG auch einen Anspruch auf soziale Ausgleichsleistungen, über deren Höhe der Senat jedoch nicht zu entscheiden hat. Gemäß § 7 Abs. 2 RehaG richten sich Art und Umfang der sozialen Ausgleichsleistungen nach den Bestimmungen des Häftlingshilfegesetzes (BGBl. 1987, S. 512).

Mit ihren konkreten Ansprüchen müssen sich die Erben des Betroffenen an die

Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Marienfelder Allee 66–80 W-1000 Berlin 48

wenden. Dabei sind gemäß § 8 Abs. 2 RehaG diejenigen Leistungen anzurechnen, welche der Betroffene oder seine Erben bereits nach dem Häftlingshilfegesetz empfangen haben.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluß ist die sofortige Beschwerde zulässig. Diese ist innerhalb einer Woche beim hiesigen Bezirksgericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung und ist nur gewahrt, wenn das Rechtsmittel innerhalb der Frist bei Gericht eingegangen ist.

Schwarz
Lücke
Stengel

6. Das 1992 aufgehobene Urteil des Bezirksgerichts Halle gegen Adolf Grattenauer vom 6.11.1953

1 Ks 635=53 I 884/53

U r t e i l

Im Namen des Volkes

In der Strafsache gegen

den Landwirt Adolf G r a t t e n a u e r , geb. am 18.10.1902 in Aschersleben, wohnhaft in Wengelsdorf Krs. Weissenfels, ..., Volkseigenes Gut in Untersuchungshaft seit dem 1.9.1953

wegen: Verbrechens und Vergehens nach Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit DK 38, Abschn. II Art. III A

hat der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts in Halle/Saale in seiner Sitzung vom 6. November 1953, an der teilgenommen haben:

Oberrichter am Bezirksgericht B a c h e r t als Vorsitzender.

Rolf G., Angestellter, Merseburg Willi R., Angestellter, Halle/S. als Schöffen
Staatsanwalt S t e f f e n s als Vertreter des Bezirksstaatsanwaltes

Justizangestellte P. als Protokollführerin

für R e c h t erkannt:

Der Angeklagte wird wegen eines Verbrechens nach Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit der KD 38, Abschn. II Art. III A III zu einer Zuchthausstrafe von

d r e i Jahren und s e c h s Monaten

verurteilt.

Ihm werden die Sühnemassnahmen der KD 38, Abschn. II Art. IX, Ziff. 3–9 auferlegt, davon die der Ziff. 7 auf die Dauer von f ü n f Jahren.

Die Untersuchungshaft seit dem 1.9.1953 wird dem Angeklagten auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen.

G r ü n d e :

Der im Jahre 1902 geborene Angeklagte entstammt einer bürgerlichen Familie und besuchte die Volks- und Realschule. Nach seiner Schulentlassung besuchte er bis 1924 das landwirtschaftliche Seminar und machte sein Praktikum als Landwirt. Von 1924 bis 1936 war er auf den verschiedensten Rit-

tergütern als Verwalter beschäftigt. Im Anschluß daran war er bis zu seiner Einberufung zur damaligen faschistischen Wehrmacht im Jahre 1939 als amtlicher Bodenschätzer angestellt. Der Angeklagte der nur bis 1941 bei der damaligen Wehrmacht verblieb und wegen Krankheit entlassen wurde, übte danach wiederum bis 1943 die Tätigkeit eines Bodenschätzers aus. Danach wurde er abermals zur Wehrmacht einberufen und geriet im Jahre 1945 in sowjetische Gefangenschaft aus der er im Jahre 1949 entlassen wurde. Sein letzter Dienstgrad war Unteroffizier. Nachdem er kurze Zeit als Tiefbauarbeiter tätig war, wurde er im Januar 1951 in das volkseigene Gut Wengelsdorf vorerst als TAN-Bearbeiter und späterhin als Betriebsleiter eingesetzt.

Der Angeklagte gehörte von 1926 bis 1929 dem damaligen Jungstahlhelm an. Dieses verschwie er auf seinem Fragebogen, der bei seiner Einstellung in das volkseigene Gut seiner vorgesetzten Dienststelle eingereicht werden mußte. Nach 1933 war der Angeklagte von 1936 bis 1945 Mitglied der damaligen NSDAP ohne Funktion, seit 1949 gehört er lediglich dem FDGB und der DSF an. Eine Beteiligung am gesellschaftspolitischen Leben hatte der Angeklagte nicht nachzuweisen.

Im Verlaufe der Vormittagsstunden des 17.6.1953 erfuhr der Angeklagte durch Belegschaftsangehörige, von Streiks und Ausschreitungen in Leuna und Merseburg. In diesem Zusammenhang wurde auch erzählt, daß keine Arbeitskräfte mehr auf den Feldern eingesetzt werden dürften. Um sich von der Richtigkeit dieser Angaben zu überzeugen, suchte er in den Mittagsstunden mit seinem Motorrad die Orte Leuna und Merseburg auf und bemerkte, Ansammlungen von Demonstranten und Ausschreitungen gegen unsere demokratischen Einrichtungen. In den Betrieb zurückgekehrt, unterrichtete er davon die Zeugin WEISE und gab auch bekannt, daß nach Arbeitsschluß eine Belegschaftsversammlung stattfindet. Im Verlauf des Nachmittags wurde dem Angeklagten durch weitere Personen mitgeteilt, daß aus den Gefängnissen Inhaftierte „befreit“ worden sind und daß auch die Regierung gestützt wäre. In der Belegschaftsversammlung informierte er die anwesenden über seine Wahrnehmungen in Merseburg und das Gehörte. Anstatt nun die Belegschaft darüber aufzuklären, sich von diesen provokatorischen Ausschreitungen zu distanzieren und zur Ruhe und Besonnenheit zu ermahnen, forderte er die Anwesenden auf, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären und brachte zum Ausdruck, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gestützt werden müsse, da „wir“ sonst pleite gehen würden. Im Verlaufe der weiteren Ausführungen gab er bekannt, daß der Tag der Freiheit angebrochen wäre und jeder jetzt selbst spüren würde, was Freiheit bedeute. Hierbei erwähnte er noch, daß die Arbeiter um ihre Freiheit kämpfen. Nach der

Versammlung gab der Angeklagte die Anweisung, keinen Angehörigen der Volkspolizei und sonstiger Sicherheitsorgane ohne seine Einwilligung das Gut betreten zu lassen.

Wie durch Zeugenaussagen festgestellt, hatte der angeklagte schon vom dem 17.6.1953 anlässlich einer Belegschaftsversammlung geäußert:

„Laßt die Politik sein, sie verdirbt nur den Charakter“. Auf Grund seinen provokatorischen Verhaltens am 17.6.1953 wurde der Angeklagte von mehreren Sicherheitsorganen festgenommen.

Dieser Sachverhalt ergibt sich aus den Einlassungen des Angeklagten und den Aussagen der anwesenden Zeugen.

Der Angeklagte versuchte sich in beredter Weise zu entlasten und die Handlungsweise zu bagatellisieren. Zum anderen gibt er jedoch zu, sinngemäß zum Sturz der Regierung aufgefordert zu haben und sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären. Der Zeuge S. bestätigt ein solches Verhalten des Angeklagten. Ebenso bekundeten dies die anderen Zeugen. Wenn die Zeugen auch offensichtlich versuchten den Angeklagten zu entlasten und erst nach mehrmaligen Ermahnungen des Gerichts sich bequemen objektive Aussagen zu machen, bestätigten sie doch die vom Angeklagten wie im Sachverhalt aufgeführten, provokatorischen Regungen.

Rechtlich hat der Senat die Handlungsweise des Angeklagten, der zum Sturz unserer Regierung aufforderte, nach dem Tatbestand des Artikel 6 der Verfassung der DDR und der KD 38, Abschn. II Art. III A III gewürdigt. Er machte sich zum Sprachrohr der faschistischen Provokateure und unterstützte aktiv deren faschistische Umtriebe, die am sogenannten Tag X im Auftrage des imperialistischen Gegners die Arbeiter- und Bauernmacht unserer Deutschen Demokratischen Republik beseitigen wollten. Dieses Verhalten des Angeklagten richtet sich gegen die Grundfesten unserer staatlichen Ordnung und rechtfertigt damit auf Grund der objektiven Schwere seiner Handlungsweise die angezogenen Gesetze. Der Artikel 6 ist eine scharfe Waffe gegen Provokateure, Agenten und Saboteure. Er hat somit nach diesem Gesetz die Begehungsform der Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen erfüllt, denn es ging ihm am sogenannten Tag X um die Beseitigung der Errungenschaften unserer Arbeiterklasse im Interesse der entmachteten Monopolherren und Großjunker.

Wer sich wie der Angeklagte aktiv für die provokatorischen Forderungen der imperialistischen Gegner einsetzt, hilft mit die verbrecherischen Ziele der westlichen Kriegstreiber zu verwirklichen, die ihre verlorengegangenen Positionen in der Deutschen Demokratischen Republik wieder durch Gewalt zu

erlangen versuchen. Ein solches aktives Einsetzen für diese Interessen, wie es bei dem Angeklagten am 17.6.1953 zum Ausdruck kam, stellt darüber hinaus auch eine Propagierung für den Neofaschismus dar. Der Angeklagte hat somit gegen die KD 38, Abschn. II Art. III A III verstoßen, da er den Frieden des Deutschen Volkes, der am 17.6.1953 hart an des Messers Schneide stand, gefährdet hat.

Der Angeklagte hat auch bewußt handelt; dies ergibt sich klar aus den objektiven Handlungen. Als Leiter eines volkseigenen Gutes hat er es jahrelang verstanden sich zu tarnen, hat sich der fortschrittlichen Entwicklung nur äußerlich angepaßt, um im entscheidenden Moment sich auf die Seite der Feinde dieser Entwicklung zu stellen.

Bei der Bemessung der Strafe ist davon auszugehen, daß unsere demokratische Justiz mit aller Schärfe gegen faschistische Provokateure und andere Rechtsbrecher im Interesse der Werktätigen vorzugehen hat, um einerseits die Gesellschaft vor solchen Tätern zu schützen und andererseits sie wieder brauchbaren Mitgliedern unserer Gesellschaftsordnung zu erziehen. Der Senat erkannte für den Angeklagten auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Er sah die ausgeworfene Strafe, dem Charakter der Straftat entsprechend, für angemessen und erforderlich an. Hierbei war erschwerend zu berücksichtigen, daß der Angeklagte trotz seiner faschistischen Vergangenheit, wo ihm in unserer Deutschen Demokratischen Republik alle Entwicklungsmöglichkeiten geboten waren, zum Sprachrohr der faschistischen Provokateure wurde. Damit ließ er erkennen, daß er sich als langjähriger Mitarbeiter der jetzt enteigneten Großjunker immer noch einsetzt, um deren Ziele zu verwirklichen und aus der Vergangenheit noch keine Lehren gezogen hat. Wenn der Senat bei der Strafzumessung unter dem Antrage der Staatsanwaltschaft des Bezirkes geblieben ist, die eine Zuchthausstrafe von vier Jahren beantragte, so aus dem Grunde, weil der Angeklagte beachtliche Arbeitsleistungen zeigte und sich vor dem 17.6.1953 für den Aufbau unserer Landwirtschaft tatkräftig eingesetzt hatte, und zwar im Rahmen seines Arbeitsgebietes auf dem volkseigenen Gut.

Als notwendige Folge seiner Tathandlungen waren dem Angeklagten noch die Sühnemaßnahmen der KD 38, in der beantragten Art und Höhe, aufzuerlegen.

Die Anrechnung der Untersuchungshaft und die Kostenentscheidung erfolgt aus den §§ 219 Abs. 2 und 353 StPO.

(3 Unterschriften)

[unleserlich]

Dr. G. Müller

Quelle: Stadtchronik Coswig. 1953, Stadtarchiv Coswig (Anhalt)

... Leider zeigte sich in der Folgezeit eine Reihe von Erscheinungen, die sich auf die allgemeine Entwicklung ungünstig auswirkten. Zu ihnen gehörten die beträchtliche Erhöhung der Normen, der Entzug der Lebensmittelkarten für Personen, die zufolge ihrer wirtschaftlichen Lage die Möglichkeit hatten, ihren Bedarf in den HO zu decken, die Verzögerung in der Ausstellung von Reisepässen, die Schwierigkeiten bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen, die starke Belastung der bäuerlichen Wirtschaften durch die Größe der Pflichtablieferungen und die Einschränkungen in der Ausgabe verbilligter Fahrkarten. Die fehlerhaften Maßnahmen hemmten „die Entfaltung der schöpferischen Kräfte.“ „Dies zeigte sich in der Flucht zahlreicher ehrlicher Menschen nach dem Westen und in dem berechtigten Anwachsen der Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft.“ Allein schon in seiner Sitzung vom 9. Juni erklärte das Politbüro des Zentralkomitees der SED: „Das höchste Bestreben unserer Partei besteht darin, unermüdlich für die Interessen und das Wohl unseres Volkes zu arbeiten und zu sorgen. Deshalb scheuen wir uns nicht, vor aller Augen Fehler aufzudecken; denn wir wissen, daß die Erkenntnis von Fehlern die erste und unbedingte Voraussetzung für deren schnelle Überwindung ist.“ Die Regierung aber ließ „als wahre Regierung des Volkes“ ihren Worten sofort Taten folgen und nahm eine energische Änderung des innenpolitischen Kurses vor. Sie leitete „auf Vorschlag des Politbüros der SED ... eine Reihe von Maßnahmen ein, die der entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit in der DDR“ dienten und eine Korrektur begangener Fehler die Regierung und der staatlichen Verwaltungsorgane beinhalteten.

Allein die von der Regierung der DDR getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung, die auch in den weitesten Kreisen freudige Zustimmung fanden, wurden „von faschistischen und anderen revolutionären Elementen ... mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung im demokratischen Sektor von Berlin beantwortet“. Die „Unruhen“ hatten die Verhängung des Ausnahmezustandes zur Folge. „Durch das energische Eingreifen sowjetischer Truppen wurde der aus Westberlin geschleuderte Funken der Provokateure ausgegetreten.“ Die aufregenden Vorgänge in der Hauptstadt zeitigten auch in anderen Gebieten der DDR Arbeitsniederlegungen, Unruhen und mehr oder minder große Ausschreitungen. Überall wurde durch sowjetische Truppen die Ordnung rasch wiederhergestellt. Auch an den Stadteingängen von Coswig standen einige Tage sowjetische Panzerwagen, obwohl sich hier, von kleinen Tumulten und lärmenden Zusammenrottungen abgesehen, wesentliche Unruhen nicht ereignet hatten.

Über die Vorgänge in Coswig berichtet u. a. eine Parteiaktivtagung der Funktionäre der Ortsparteiorganisation der SED vom 22. Juni. In ihr wurde berichtet, „daß zweifelhafte Elemente, die in Roßlau verbrecherische Taten vollbrachten, ihr schändliches Treiben auch nach Coswig verlegen wollten und das Zuchthaus stürmen wollten, um die Gefangenen zu befreien.“ Vertreter aus verschiedenen Betrieben betonten, dass in den Coswiger Werken eine Putschbeteiligung nicht zur Debatte stand. Es sei zwar von Roßlauer Arbeitern hierzu der Versuch gemacht worden, das Vorhaben sei jedoch gescheitert. Doch stehe fest, dass sich Jugendliche zu verwerflichen Handlungen und „Untaten“ hinreißen ließen. Nicht ohne scharfe Kritik wurde hervorgehoben, dass es in Coswig Jugendliche gäbe, denen nach der Schulentlassung weder Lehrstellen noch sonst eine Arbeit vermittelt würde und die sich somit selbst überlassen blieben. Es sei Sache der Regierung, der Verwaltung und der Partei, sich mehr um die Jugend zu kümmern. Bemerkenswert war auch der hier erfolgte Hinweis, „Daß der Klassegegner seine Tätigkeit auf das Land verlegt“ habe und dort allerlei Gerüchte verbreite. So lief in Düben und Buko das natürlich unwahre beunruhigende Gerücht um, „daß Bauern nach Mecklenburg verfrachtet werden und ihre Wirtschaft im Stich lassen sollten.“

Schon am 19. Juni konnte der Bürgermeister von Coswig unter Hinweis auf die Ereignisse der letzten Tage die allgemeine Lage in Stadt und Land als befriedigend bezeichnen. Am 20. Juni war im ganzen Bezirk Halle die Lage wieder normal und die Arbeit fast vollständig wieder aufgenommen worden.

Es ist begreiflich und selbstverständlich, dass das innenpolitische Geschehen allorts einen starken Widerhall fand. Die Stadtverordnetensitzung vom 14.7. enthielt als besonderen Programmpunkt „die neuen Maßnahmen unserer Regierung.“ Über diese Maßnahmen berichtete der Bürgermeister in einem ausführlichen Referat und erläuterte hierbei „den neuen Kurs“. Die anschließende lebendige Diskussion vereinte Kritik an der Vergangenheit und tatenfrohen Optimismus für die Zukunft. Daß die Regierung „Fehler“ begangen habe, wurde in der Diskussion offen zum Ausdruck gebracht, gleichzeitig aber auch die Hoffnung auf die Erfolge des neuen Kurses betont. Mit besonderem Nachdruck wurde in der Debatte darauf hingewiesen, dass eben deswegen, weil unsere Regierung eine Volksregierung ist, ihre Arbeit auf Vorschlag des Politbüros der SED überprüft wurde und der neue Kurs beschlossen worden sei. Der neue Kurs aber diene der Verbesserung der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung. Dem Feinde jedoch passe dieser Kurs nicht, weil er mit seiner Kriegspolitik nicht in Einklang zu bringen sei, und in diesem Zusammenhange sei durch fragwürdige Elemente der Tag X herbeigeführt worden, mit der Absicht, die Errungenschaften der Werktätigen zu vernichten. Diese Absichten seien dank der Hilfe der Roten Armee verei-

telt worden. Es sei nun Aufgabe aller Funktionäre, den Menschen auf den richtigen Weg zu helfen.

Im Namen der Frauen der Stadt betonten die Diskussionsrednerinnen, dass die Frauen den neuen Kurs der Regierung begrüßten und ihm volles Vertrauen schenkten. Habe man doch kurz nach Verkündung der neuen Maßnahmen feststellen können, dass es der Regierung mit der Verwirklichung ihrer Beschlüsse ernst sei. Mit den noch nicht Überzeugten müsse diskutiert werden, um sie mit den Maßnahmen der Regierung vertraut zu machen. Gelegenheit hierzu biete sich für alle Stadtverordneten besonders bei den Versammlungen zur Wahl der Haus- und Straßenvertrauensleute, des weiteren bei der beschlossenen Durchführung von Sprechzeiten der Stadtverordneten in den Aufklärungslokalen der Nationalen Front. Diese Aufklärungstätigkeit sei um so notwendiger, als sich unzweifelhaft ergeben habe, dass der Kontakt zwischen der Bevölkerung und den gewählten Vertretern gelockert worden sei. Selbstkritisch wurde anerkannt, dass man oftmals über die wirklichen Sogen und Nöte der Menschen hinweggegangen sei. Und doch bewiese gerade ein großer Teil der Frauen wieder und wieder die Verbundenheit mit der Allgemeinheit, so eben jetzt bei dem klaglos erfüllten Einsatz zur Sicherstellung der Hackfruchternte und zur Einbringung der Getreideernte.

Die Kritik der bisher erfolgten Aufklärungsarbeit bemerkte ein weiterer Diskussionsredner, dass gewiss in dieser Hinsicht viel geleistet worden sei, dass aber all' die große Aufklärungstätigkeit einen 17. Juni nicht habe verhindern können. Demzufolge müsse an der bisherigen aufklärenden und propagandistischen Arbeit nicht alles richtig gewesen sein. Es sei notwendig, in Zukunft hierbei von der Erwägung auszugehen, „daß auch unsere werktätigen Menschen etwas wissen und die Aufklärer noch von ihnen lernen“ könnten. Es wäre aber auch falsch, über die einmal geschehenen Fehler nur zu klagen. Es müsse auch auf die Erfolge hingewiesen werden, die seit 1945 errungen worden seien. Mehr als bisher müsse im Mittelpunkt aller Arbeit der Mensch stehen, man müsse mit ihm vom Herz zu Herzen sprechen, dann werde es möglich sein, die Machenschaften der Gegner zu bezwingen. Durch verstärkte Wachsamkeit müsse Sorge getragen werden, dass ein neuer Tag von allem Anfang an unmöglich sei. Um die Bevölkerung mit den Maßnahmen der Regierung und dem neuen Kurs der SED vertraut zu machen, wurden die Stadträte und Stadtverordneten verpflichtet, jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat in den Aufklärungslokalen Beschwerden und Wünsche der Einwohner entgegenzunehmen. Bei der nächsten Zusammenkunft mit den beschwerdeführenden Parteien sollte dann Bericht erstattet werden, wie die einzelnen Wünsche realisiert werden konnten. Durch die engste Verbindung mit den Massen sollte die Mitarbeit am Aufbau und das positive Interesse an den politischen Vorgängen angeregt werden.

Hinsichtlich der Aufklärungstätigkeit in den Bevölkerungsmassen hoffte man in den Straßen- und Hausvertrauensleuten besondere Hilfskräfte zu finden, deren obligatorische gesellschaftliche Schulung schon vorher beschlossen worden war und an einem jeden dritten Donnerstag im Monat stattfinden soll. Schon am 4. Juni war eine offizielle Schulung durchgeführt worden, wobei vor allem das Nationale Aufbauwerk, die Verordnung über die Behandlung von Beschwerden und Vorschlägen sowie die Schrottsammlung zur Tagesordnung gestanden hatten. Anfänglich kam es unter dem unmittelbaren Eindruck der innenpolitischen Vorgänge in den einzelnen Versammlungen der Straßen- und Hausvertrauensleute zu sehr lebhaften Diskussionen, so dass der Rat der Stadt sogar beschloss, von jeder Aussprache ein Protokoll anfertigen zu lassen, das der Abteilung Inneres zur Auswertung vorgelegt werden sollte, damit bei der nächsten Aussprache zu den genannten strittigen Punkten eingehend Stellung genommen werden könnte. Man erwartete, dass sich die Hausbewohner mindestens einmal im Monat zu einer Hausversammlung vereinigen, wobei alle politischen Tagesfragen, namentlich auch die neuen Gesetze besprochen und an der Arbeit der staatlichen und öffentlichen Organe Kritik geübt werden sollte. Zu den Aufgaben der Hausgemeinschaften sollten gehören die breite Unterstützung des Nationalen Aufbauwerkes, der Abschluß von Sparverträgen, die Übernahme von Aufbauverpflichtungen, gemeinsame Verschönerungsarbeiten, Teilnahme an den Altmaterialsammlungen, Durchführung von Gemeinschaftsempfängen, gemeinsame Beteiligung an Kundgebungen, Demonstrationen und Wahlen, die Ausgestaltung staatlicher Feiertage und endlich die Anfertigung von Wandzeitungen, welche die Erfolge der Hausbewohner bei Erfüllung patriotischer Taten zum Gegenstand haben sollten. Leider sollten sich die Hoffnungen, die man auf die Straßen- und Hausvertrauensleute gesetzt hatte, nicht im vollen Maße erfüllen, ihre Tätigkeit verlor in der Folgezeit mehr und mehr an Bedeutung.

Ein Nachhall zu den Zeitereignissen war es, dass am 24.7. im Volkshaus eine Einwohnerversammlung stattfand, bei der Referent Lenig vom Rat des Bezirkes Halle über die neuen Verordnungen und deren Realisierung sprach. Leider konnte die wenig gut vorbereitete Versammlung, deren besonderer Zweck es war, die Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Staatsapparat zu verbessern, zufolge des schlechten Besuches ihre Aufgabe nur unvollkommen erfüllen. Das Geschehnis vom 17. Juni führte auch zu der Erkenntnis der Notwendigkeit, SED, Volkspolizei und Bevölkerung in engste Fühlung zu bringen. Die Volkspolizei brachte ihre Verbindung mit der SED noch dadurch zum Ausdruck, dass sie regelmäßig an den Operativsitzungen der Sekretäre der Grundeinheiten der Partei teilnahm. ...

Niederschrift

über die am 9.7.1953 um 19.00 Uhr stattgefundene Blockausschußsitzung im Rathaus C o s w i g, Zimmer des Bürgermeisters

<u>Anwesend:</u>	Bürgermeister	R. Schmidt	
	Blockfreund	Schluckner	SED
	Blockfreundin	Tremer	SED
	Blockfreund	Arndt	SED
	Blockfreund	Heine	NDPD
	Blockfreund	Chemnitz	CDU
	Blockfreund	Wolf	CDU
	Blockfreund	Drobig	LDP

- Tagesordnung:
1. Verlesung der Niederschrift der letzten Sitzung
 2. Festlegung der Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlung am 14.7.1953
 3. Verschiedenes
- Blockfreund Chemnitz (CDU) eröffnete um 19.10 Uhr die Sitzung.

...

Danach stellte Blockfreund Chemnitz einen Antrag der Strafvollzugsanstalt über die Entfernung der Lindenbäume entlang der Anstaltsmauer, Ernst-Thälmann-Straße zur Diskussion.

Unter Zugrundelegung der Provokationen am 17.6.1953 waren die Anwesenden der Meinung, daß die Sicherheit der Bevölkerung in unserer derzeitigen Situation im Vordergrund zu stehen habe, zum anderen ergibt sich, daß die Wurzeln der dort stehenden Lindenbäume die Haltbarkeit der Mauer an der Strafvollzugsanstalt stark beeinträchtigen. Zwar ergibt die Entfernung der Lindenbäume eine Veränderung des Stadtbildes, jedoch auf der Grund-

lage des obenangeführten nicht zu vermeiden. Aus all dem ergibt sich, daß die anwesenden Blockfreunde einstimmig festlegten den Stadtverordneten vorzuschlagen, daß die Lindenbäume entfernt werden dafür jedoch so schnell wie möglich durch die Strafvollzugsanstalt neue junge Bäume gesetzt werden.

...

Der Demokratische Block
der Stadt Coswig
gez: Chemnitz
derzeitiger Vorsitzender

Quelle: Stadtarchiv Coswig (Anhalt)

N i e d e r s c h r i f t

über die am 18.8.1953 um 18.00 Uhr stattgefundene Blockausschußsitzung im Rathaus C o s w i g, Zimmer des Bürgermeisters

<u>Anwesend:</u>	Bürgermeister	R. Schmidt	
	Blockfreund	Kleinfeld	SED
	Blockfreund	Arndt	SED
	Blockfreundin	Tremer	SED
	Blockfreund	Lamprecht	NDPD
	Blockfreund	Rabsahl	NDPD
	Blockfreund	Chemnitz	CDU
	Blockfreund	Wolf	CDU
	Blockfreund	Drobig	LDPD
	Blockfreund	Bornträger	LDPD
	Blockfreund	Ockert	FDJ
	Blockfreund	Ganzer	FDGB
	Blockfreund	Delor	Vors. d. NF
	Blockfreund	Räbiger	Stadtverordnetenvorst.

Blockfreund Drobig eröffnete die Sitzung um 18 Uhr mit folgender Tagesordnung.

1. Verlesung der Niederschrift der Sitzung vom 9.7.1953
2. Die Note der Sowjetregierung
3. Vorbereitung der Einwohnerversammlung am Freitag, dem 21.8.1953 im Volkshaus
4. Stellungnahme des Blockausschusses über beantragte Ehrenpatenschaften für Marita Dittrich und Jutta Senff
5. Verschiedenes

...

Zu Punkt 5:

...

b) wurden vor Beginn der Sitzung die Lindenbäume entlang der Strafvollzugsanstaltsmauer, zwecks Entfernung derselben, besichtigt. Der Blockausschuß faßte folgende Entschließung: Nach Besichtigung der Lindenbäume entlang der Mauer der Strafvollzugsanstalt und nach Rücksprache mit dem stellvertretenden Leiter der Strafvollzugsanstalt stimmt der Blockausschuß dem Vorschlag der Leitung der Strafvollzugsanstalt zu, daß die Lindenbäume auf der Seite der Strafvollzugsanstalt circa 1 m verschnitten werden.

Die Entschließung des Blockausschusses wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung und weiteren Veranlassung hingereicht.

Der Blockfreund Wolf erklärt sich bereit, die Bäume am 31.8.1953 zu verschneiden.

...

Ende der Blockausschußsitzung 19.40 Uhr

Quelle: Stadtarchiv Coswig (Anhalt)

Rudolf Hildebrand

Quelle: Bericht von Rudolf Hildebrand, 2001

Der Augenblick. Kurzfassung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 in Jessen, organisiert durch die Bauern aus Rade

Am 16. Juni 1953 spitzte sich die politische Lage in Berlin so zu, dass man von einem größeren Streik sprechen konnte. Durch vorbildliche Organisation der Streikleitung schlossen sich den Berliner Bauarbeitern noch andere Betriebe, auch aus den Randgebieten, diesem Aufruf an. Wir werteten diese Aktion so auf, dass wir ihn als den „Tag X“ bezeichneten. Auf den „Tag X“ hatten alle gewartet und es war der Tag, wo gehandelt werden musste. Jeder von uns wusste, dass die Regierung bei ihrer Gesetzgebung und den folgenden Maßregelungen „die Schrauben überdreht hatte“.

Bei uns im Dorf setzte sich das fort, was im Kreis schon zur Routine geworden war. Am 16. Juni wurde ein Bauer verhaftet. Eine weitere Bäuerin, deren Ehemann im Krieg gefallen war, wurde innerhalb eines Jahres nun zum zweiten Mal verhaftet. Keiner fragte nach den zwei schulpflichtigen Kindern, keiner fragte, wie soll es in der Wirtschaft weiter gehen? Wir waren zur Hilfeleistung nach Axien gerufen worden. Hier kursierte die Nachricht, dass aus Axien mehrere Familien zwangsevakuiert werden sollten. Wir halfen dem Cousin, wertvolles Mobiliar und andere Wertsachen (Haushaltsgeschirr) auf Wagen zu verladen und in Sicherheit zu bringen. In anderen Orten wie Gerbisbach und Prettin war diese Zwangsmaßnahme bei vier Familien praktiziert worden. Es bedurfte keiner weiteren Frage. Die Verhaftungen nahmen zu – wie auch die Verurteilungen. Die Verhaftungen erfolgten nur nachts, man wollte durch den physischen und psychischen Terror die Bauern in einer ganzen Region damit weich machen. Analog flüchteten viele bäuerliche Familien in Richtung Westen, um nicht den Torturen ausgesetzt zu sein.

Nun war auf der Dorfstraße (sonst nicht üblich) eine große Menschenansammlung. In kleineren Gruppen wurde mehr oder weniger heftig diskutiert. Diese Diskussionen waren erstmalig und es gab Schlaumeier genug. In dieser Situation sonderten wir vier Bauern uns ab. Es wurde ernsthaft und sachlich diskutiert. Wir merkten gar nicht, dass wir übereinstimmend gleiche Meinungen hatten. Daß es aber schon dunkel wurde und wir nur noch allein waren, erschrak uns schon. Wir verzogen uns zur Sicherheit in einen Pferdestall.

Diese Nachrichten [aus Berlin] waren eine einzige Chance und es musste ernsthaft etwas passieren. Wir hatten Krieg und Gefangenschaft durchlebt

und hegten keine Illusionen. Ernsthaft, sachlich wurden alle Risiken einer Demonstration im Jessener Kreml erwogen. Unter den Bedingungen der Besatzungsmacht musste detailliert jedes Für und Wider angesprochen werden. Auch jeder überlegte Ratschlag wurde durchgesprochen. Es war kein Sandkastenspiel, deshalb durfte keine Frage offen bleiben. Ziel war eine Demonstration in Jessen. Dazu waren aufrichtige Bauern nötig. Sie waren vorhanden, aber verstreut in vielen, vielen Dörfern. Auch für diese Organisation möglichst viele Bauern herbei zu schaffen, wurde nochmals gründlich diskutiert. Durch die sachliche Bereitschaft von uns vier Bauern wurde auch hier eine Lösung gefunden. Bereitwillig übernahm jeder von uns die Aufgabe: Jeder fährt in eine [andere] Himmelsrichtung und versucht, in jedem erreichbaren Dorf zuverlässige, aufrichtige Bauern aufzusuchen. Jeder von uns wusste, wer die Ansprechpartner mit der inneren Festigkeit sein würden. Wir vermittelten unsere vorsorglich diskutierten Pläne. Diese sollten schon am nächsten Morgen, am 17. Juni in Jessen auf dem Markt beginnen. Auch hier wurden die Ziele und Aufgaben genauesten durchgesprochen. Wir wollten mit unseren Forderungen in sechs Punkten gegliedert, direkt mit der Funktionsclique verhandeln: „Aufhebung des Schlachteverbotes, Aufhebung von Zwangsevakuationen, Aufhebung der Devastierung, Streichung der aufgelaufenen Planwirtschaftsschulden und die Freilassung aller inhaftierten Bäuerinnen und Bauern“. Wir hatten den innerlich aufbauenden Eindruck, als wartete jeder auf ein solches Zeichen. Wir wiederum erhofften uns aus dieser Erkenntnis einen gewissen Domino-Effekt. Jeder trug diese Nachrichten in die entlegensten Höfe. Diese nächtliche Fahrt war kräfte- und nervenzehrend und die Zeit lief uns davon.

Der Treffpunkt war für 8.00 Uhr früh auf dem Markt in Jessen festgelegt. Äußerste Disziplin war die Devise und das Markenzeichen dieses Tages. Als einige hundert Bauern versammelt waren, begaben wir uns zum Kreml, dort sollte mit den Funktionären deutlich deutsch gesprochen werden. Als wir dort ankamen, erwarteten uns schon die Funktionäre. Es sah nach einem großen Empfang aus. Sie waren aber schon gründlich vorbereitet. Ehe wir ein Wort sagen konnten, sollten wir nach allen Regeln des Sozialismus gemäßregelt werden. Hierbei wollte man uns sagen, dass es keine Demonstration, sondern eine Zusammenrottung von Klassegegnern sei und diese mit harten Strafen verbunden sei. Die Funktionäre verfielen in einen Ton, den wir nicht als politischen Nachhilfeunterricht werteten, sondern als Drohung.

Wir waren drei Sprecher, einer davon war ich. Wir ließen uns aber nicht provozieren, erst Recht nicht auseinander dividieren. Ich konterte mit noch lauterer Stimme: „Unter euch SED-Genossen sind mehr ehemalige Nazis,



Demonstrationszug (Foto: Paul Bernharend, Quelle: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig)

als Sie, Herr Bergemann, glauben.“ Ich zählte sofort mit Namen und Adressen und früheren NS-Dienstgraden einige jener Funktionäre auf. Dann war einige Minuten Funkstille, aber wir hinterfragten zwischendurch nach diesem oder jenem Namen, mit dem Zweck, noch mehr Unsicherheit in dieses Chaos zu bringen. Einigen stand im Gesicht geschrieben, dass sich ihr abgemeldetes/verschwiegenes Gewissen wieder zurückmeldete. Das Verhalten dieser Funktionärsclique zeigte zunehmende Verunsicherung. Unsere Worte hatten den richtigen Nerv getroffen. Ich kannte einige Genossen schon seit der Hitlerzeit 1933, aus diesem Disput wurde ein Heimspiel. Von uns wurden in sechs Punkten zusammengefasste Forderungen gestellt. Ohne Zeitverzug, das heißt unter dem bestehenden Druck, sollte die Realisierung erfolgen. Lange Verzögerungen durch Unterredungen unter den Funktionären waren von uns nicht gewollt. Dennoch war die Funktionärsclique letztlich zwar widerwillig, aber doch bereit, Einvernehmen zu zeigen. Ein erstes Zeichen waren die mündlichen Zusicherungen der Beendigung der Zwangsevakuierung, die Beendigung von Verhaftungen jeglicher Art, die Beendigung von Devastierungen (fremde Bewirtschaftung durch Dritte), Erlassung der aufgelaufenen



Holzbaracke, auf dem Dach sitzen Kinder (Foto: Paul Bernharend, Quelle: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig)

Planschulden, sofortige Ausgabe von Schlachtescheinen. Hierbei waren die eifrigsten Genossen bei der Heranschaffung von Tischen und Stühlen diejenigen, die ich kurz zuvor mit Namen genannt hatte: Gen. Ui. Dö., He. Leh. Bey. Die zugesicherte Tragweite wurde von vielen noch nicht richtig erkannt.

Der wichtigste Punkt des waghalsigen Unternehmens war die Befreiung der Inhaftierten. Hierzu forderten wir den Staatsanwalt mehrmals auf, nachdem es lautstark verkündet war: Die Freilassung aller Inhaftierten. Der Staatsanwalt zeigte sich immer nervöser und seine Hautfarbe wechselte ständig. Versteinert waren seine Gesichtszüge, ein Kopfschütteln die Antwort. Unsere Aufforderung: „Herr Staatsanwalt, Sie sind gefragt.“ Dabei zupfte ich an seinem Rockärmel. Die Kulisse von über 500 Bauern wurde unruhig. Plötzlich riefen die Massen laut, aber noch diszipliniert: „Hängt das rote Schwein auf!“ Eine andere Gruppe rief noch lauter: „Schlagt den roten Hund tot!“ Wie kam es, dass dieser Mann seinen Standpunkt fast bis zum letzten Augenblick nicht änderte? Ohne unser Wissen war in der Nacht unsere gesamte Demonstration verraten worden. Aus Archiven, die heute zuverlässiges Material liefern, wurden Unterlagen über diese Verräter gefunden. Nun erklärt sich



Blick auf einen mit Grün geschmückten Anhänger (Foto: Paul Bernharend, Quelle: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig)

auch das eisige Verhalten des Staatsanwaltes. In dieser Nacht wurde in allen Dienststellen Großalarm ausgelöst. Auch ein Truppenteil der Roten Armee wurde mit MPs bewaffnet in Einsatzstellung gebracht. Sie besetzten alle Räume des Schlosses und hinter jedem Fenster, mit Sicht zum Innenhof, war Schussfeld geschaffen worden. Der Staatsanwalt war eiskalt berechnend. Seine Hoffnung war, dass wir uns zu Randalen hinreißen lassen würden. Es wäre die Stunde des Staatsanwaltes gewesen, entsprechende Befehle zu geben, dass die Rotarmisten eingreifen sollten. Unser Appell galt der Disziplin, immer und immer wieder wurde sie jedem eingehämmert. Die Absicht des Staatsanwaltes ging ins Leere. Plötzlich entschloss sich dieser Mann zu einem Gespräch. Seine Frage lautete etwa: „Wie soll die Fahrt zur Freilassung erfolgen?“ Daraufhin kam unsere Antwort: „Sie haben dafür gesorgt, dass unzählige Bäuerinnen und Bauern inhaftiert wurden und Sie wissen auch, in welchem Zuchthaus sich die Häftlinge befinden.“ Wir baten den Fuhrunternehmer M., der seine Fahrzeuge in der Nähe abgestellt hatte und unter den 500 Demonstranten war, für eine solche Fahrt bereit zu sein. Bereitwillig holte er seine Fahrzeuge vor Ort. Nun baten wir dieses Scheusal –



Foto: Paul Bernharend, Quelle: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

den Staatsanwalt – in einen LKW zu steigen. So fuhr ein Mann von uns vierein zu unserer Sicherheit mit. Die schnelle Reaktion des Staatsanwaltes ersparte ihm einige harte Schläge von Bauernfäusten. Den letzten der sechs Punkte hatten wir auf den Weg gebracht. Noch war nicht klar, ob die diplomatisch sorgfältig vorbereitete Aktion zum Erfolg führte. Es würden einige Stunden der Ungewissheit vergehen. Noch hatten wir alles im Griff, waren auch mit dem bisher Erreichten zufrieden. Die Verhandlungen im Schlosshof beendeten wir ohne weitere Diskussionen. Wir zogen erleichtert zum Marktplatz zurück. Wir drei verbliebenen Anführer bekamen durch zwei freiwillige Bauern gute Unterstützung.

Wir konnten die Massen von über 1.000 Bauern nicht dem Selbstlauf überlassen, um bis zur Rückkehr der LKWs zu warten. Außerdem kamen immer noch mehr Zugänge hinzu. Es wäre nun für manchen leicht gewesen, irgendwelche unliebsamen Handlungen vom Zaun zu brechen und Unruhe in die sich diszipliniert verhaltende Masse zu bringen. Um die Jessener Bevölkerung über den Sinn und Zweck unseres Hierseins zu informieren, beschlossen wir kurzfristig eine Demonstration durch die Stadt Jessen. Wieder waren kurzfristige Entscheidungen notwendig. An der Spitze des Demonstrations-



Foto: Paul Bernharend, Quelle: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

zuges bildeten wir mehrere Sprechchöre mit je zwei Verantwortlichen. Diese gaben auch die Themen als Losung bekannt, die wir vorher abgesprochen hatten. Zunächst begab sich unser Demonstrationszug in die Straßen südwestlich der Elster. Die an den Straßenrändern stehende Jessener Bevölkerung bildete aus Sympathie ein begeistertes Spalier. Auch die Demonstranten wurden sich ihrer Aufgabe immer bewusster und damit kam auch die Begeisterung offen zum Tragen. Aber plötzlich bemerkten wir, dass sich die Sprechchöre im Eifer selbst außer Kontrolle brachten. Die einfache Erklärung unsererseits war, dass noch keiner so etwas erlebt hatte, es überhaupt noch keine Demonstrationen gegeben hatte. Die Beteiligten wollten dabei ihren berechtigten Frust ablassen. Die monotonen Stimmen der Sprechchöre animierten dazu, andere zu überstimmen und gerieten dabei ungewollt in ekstatisches Verhalten. Jeder von uns bangte, dass die Verhaltensweisen in Pöbelhaftigkeit ausarten könnten. Um keinen Preis durfte das unserer gelungenen Demonstration unterstellt werden können.

Wir ließen den Zug an der Elsterbrücke zum Halt bringen und wollten beruhigend auf die Massen einwirken. Plötzlich hatte einer aus dem Demonstrationszug die geniale Idee: Wir müssten Transparente haben! Dieser Gedan-



Foto: Paul Bernharend, Quelle: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

ke war ein Geschenk des Himmels, sofort wurden von uns diese Gedanken aufgegriffen und umgesetzt. Ganz in der Nähe befanden sich zwei Handwerksbetriebe. Einer davon war ein Malergeschäft, der andere ein Möbelbaugeschäft. Sie waren in der Lage, Transparente anzufertigen. Unsere Vorgesprache bei den Meistern stieß auf begeisterte Bereitschaft. Beide Meister überlegten keine Minute und mit unserer Hilfe der Textvorgaben waren in kürzester Zeit zehn Transparente angefertigt. Sie bestanden zwar nur aus Tapetenpapier, Farbe für den Text und je zwei Holzleisten. Voller Begeisterung wurden die Transparente an die nun etwas beruhigte Masse verteilt. Die Träger dieser Transparente waren stolz darauf. Sie wurden auch mit Stolz getragen und behandelt, als wäre es ein Heiligtum.

So gerüstet, bewegte sich der Demonstrationszug durch die ganze Stadt. Sichtbar war nun die jeweilige Losung auf den Transparenten, damit bekam alles ein anderes Gesicht. Der Sinn und Zweck der ganzen Veranstaltung hatte nun einen Stellenwert. Nur sehr wenige hatten bis dahin von den Ereignissen auf dem Schlosshof erfahren. Nun erst wurde die Jessener Bevölkerung aufmerksam, um welche Zielstellungen es sich handelte. Das erste Transparent hatte die Aufschrift: „Wir fordern freie geheime Wahlen für alle Deut-



Foto: Paul Bernharend, Quelle: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

schen“. Das zweite Transparent hatte die Aufschrift: „Beseitigung der SED-Kreisverwaltung“. Viele Sympathierufe schallten uns entgegen. Es kamen auch einige Sympathisanten aus den Betrieben, die sich dem Zug anschlossen. Weil die Begeisterung auch in den Betrieben groß war, bewegte sich der Demonstrationszug bis zu den Ziegeleien der Gorrenberge.

Nach 13.00 Uhr beschlossen wir, eine verdiente Ruhepause einzulegen. Leider waren die Getränke in den Geschäften sofort ausverkauft. Auf Initiative von Jessener Frauen wurden schnellstens Teegetränke zubereitet und verteilt. Völlig abgekämpft warteten die Massen auf die nun bald zu erwartenden LKWs. Es kam zu keinerlei Ausschreitungen während der Wartezeit. Tatsächlich vernahm man aus der Ferne Geräusche von Holzvergaseromotoren. Nach einiger Zeit kamen die Fahrzeuge, beladen mit dem größten Triumph des Tages – den nun befreiten 30 Häftlingen. Sie wurden unter unbeschreiblichem Jubel empfangen. Um der Stunde gerecht zu werden, hätten eigentlich die Kirchenglocken läuten müssen. Unser Freudenjubiläum sollte aber nicht lange währen. Bald erschienen sowjetische Panzer, sie blockierten alle Zugangsstraßen zum Markt. Einer der Panzerkommandanten stieg aus und kam auf unsere größere Gruppe zu.

Der Panzerkommandant forderte gestikulierend, aber mit Bestimmtheit die Räumung des Marktplatzes. Alle verließen diszipliniert den Platz. Im tiefsten Innern beseelt von dem großartigen Erfolg, begaben wir uns auf dem Heimweg. Dort warteten auf dem Hof noch viele Pflichten. Noch in der Nacht wurde uns mitgeteilt, dass man unseren Mitstreiter H.U.K. soeben abgeholt, also verhaftet hatte. Nun gab es für uns drei kein Zögern mehr, wir mussten schnellstens die Flucht ergreifen. So schnell musste der Abschied von der Familie sein. Viele Wochen waren wir auf der Flucht. Ständig wechselten wir den Standort und fanden immer wieder hilfsbereite Bekannte, Freunde und Verwandte, die uns gut versorgten. Wir richteten einen gut funktionierenden Kurierdienst ein, dieser bestand aus zuverlässigen Bauernjungen. Damit sicherten wir die Verbindung nach Hause zur Familie mit dem Austausch von Nachrichten. Leider brachten uns diese Jungen schon am dritten Tag eine schlimme Nachricht: Am Morgen des Vortages waren drei Überfallkommandos gekommen, hatten unsere Höfe umstellt und gesichert – sie hatten uns gesucht und dabei eine gründliche Haussuchung gemacht. Da wir nicht zu finden waren, verwickelten diese Stasileute unsere Väter und Schwiegerväter in Drohgespräche. Die alten Herren ließen sich von solchen Banditen nichts unterstellen, erst recht keine Anschuldigungen. Diese Banditen legten meinem Schwiegervater und dem Vater von H.D.H. Handschellen an, und als Verhaftete wurden sie nach Cottbus gebracht. Das war ein harter Schlag für unsere Familien. Nun war keine männliche Kraft mehr am Hof, die Frauen mussten mit dem Schock allein zurecht kommen. Es waren große Leistungen, die von ihnen vollbracht wurden. Hilfen bekamen sie von Verwandten und Nachbarn.

Nicht der angekündigte „Neue Kurs“ von Ulbricht brachte für uns eine Erlösung, sondern die revolutionären Machtkämpfe waren ausschlaggebend. Die Machtkämpfe verbreiteten sich in dem Arbeiter- und Bauernstaat, denn hier waren Machtkämpfe im Justizapparat der Unruheherd. Justizminister Max Fechner hatte eine Generalamnestie erlassen, alle diejenigen Beteiligten am 17. Juni, die nicht randaliert und keine Sabotageakte verübt hatten, gingen straffrei aus. Desweiteren wurde Ulbricht von den sowjetischen Machthabern wegen seiner groben Innenpolitik gemaßregelt. Wären solche Unruhen im Grenzgebiet der westlichen Alliierten geschehen, wären Konflikte der Weltmächte nicht ausgeblieben. Nun wurde Max Fechner, der schon lange auf der Abschussliste stand, abgesetzt und inhaftiert. Endlich kamen die Rote Hilde und Erich Mielke zum Zuge, und Ulbricht wurde langsam zur Marionette. Dieses von Ulbricht wahrgenommen, machte ihn innenpolitisch noch gefährlicher. Wir gingen durch die Amnestie straffrei aus. Dafür nahmen die Schnüffeleiaktionen durch die Stasi ständig zu.



Einweihung einer Gedenktafel im Schloss in Jessen am 9.11.1999, rechts Rudolf Hildebrand

Inschrift:

„MAN MUSS BEGREIFEN, DASS DIE FREIHEIT MEHR WERT IST,
ALS DAS EIGENE LEBEN SOLSCHENITZYN

AM 17. JUNI 1953 ERHOBEN SICH AN DIESER HISTORISCHEN STÄTTE
1500 BAUERN AUS DEN DÖRFERN DES KREISES JESSEN
GEGEN DIE DIKTATUR DER SED UND DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK
DES ARBEITER- UND BAUERNSTAATES UNTER DER REGIERUNG W.
ULBRICHTS.

VIELE ARBEITER UND EINWOHNER DER STADT JESSEN SCHLOSSEN SICH
DEM DEMONSTRATIONSZUG DER BAUERN AN UND FORDERTEN:

- SOFORTIGE FREIE GEHEIME WAHLEN FÜR ALLE DEUTSCHEN
- ABSETZUNG DER SED-KREISVERWALTUNG
- FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN
- ABSCHAFFUNG DER SOZ. PLANWIRTSCHAFT

WIR GEDENKEN DER VIELEN MENSCHEN, DIE IN DER FOLGE UMGEKOMMEN,
VERFOLGT UND ZU LANGEN HAFTSTRAFEN VERURTEILT WURDEN.
WIR GEDENKEN DERER, DENEN DIE FREIHEIT MEHR WERT WAR,
ALS DAS EIGENE LEBEN.

WIR GEDENKEN AUCH DERER, DIE NICHT MEHR UNTER UNS SIND.“

5.4. Haftanstalten

Emil Wulsten

geschrieben wahrscheinlich 1954

Seit Wochen schälen wir Kartoffeln für die HO. Dafür bekommen wir 20 Pf den Tag. Aber wir sind so doch wenigstens draußen, und die Zeit vergeht auch schneller. Die meisten von uns „sitzen“ schon seit 45. Es sind die sogenannten Tribunalen, die ein sowjetisches „Militärgericht“ zu 10 bis 25 Jahren verurteilt hat, weil sie als ehemalige HJ-ler auf der Liste des „Werwolfes“ standen, oder es sind die 201-er, ältere Jahrgänge über 50 bis 70 und mehr, die einmal ein öffentliches Amt bekleideten: Richter oder Offizier waren oder als Lehrer die Jugend „vergiftet“ haben und die nach fünfjähriger Internierung dann von einem als deutsch getarnten „Gericht“ auf Befehl des Russen zu Verbrechern gestempelt wurden. So geschehen 1950 in Waldheim/Sachsen. 3.600 solcher Personen, soweit sie nicht gestorben sind, schmachten weiter, auch heute noch.

„Draußen scheint es wieder zu stinken“, meint mein Mithäftling. Die vielen „Starkästen“ auf der Gefängnismauer sind doppelt besetzt, und die Vopos äugen unruhig in die Straßen der Stadt. Alle Abwehrmaßnahmen sind in erster Linie auf den Feind nach außen gerichtet: Echt volksdemokratisch!

Heute scheint aber besonders dicke Luft zu sein. Die Neuproduktion – wo Hausschuhe für die VEB Oschatz angefertigt werden – rückt ein. Die Schneider, die in 3 Schichten – zu je 120 Mann – Hosen nähen, hören auf. Das geschieht nur selten, denn diese Arbeiten finanzieren die Anstalt. Nun müssen auch wir Schluss machen. Alle Kommandos, die im Gefängnishof arbeiten – die Gärtner, das Kartoffelkommando, die Transportler – werden in die Zellen gescheucht. „Schnell! Schnell, noch schneller!“, überschreit sich der Kommissar, der Mann, der allwöchentlich die Vopos politisch ausrichtet, und den wir dafür „Rotbestrahler“ getauft haben. In Haus 1 treffen wir auf ein wüstes Durcheinander. Der Boden – wo ein Teil der Gefangenen wegen sechsfacher Überbelegung der Zellen unter dem unverschalten Dache hausen muss, wird geräumt. Die alten Pappis mit ihrer armseligen Habe sind ganz verdattert. Der eine stolpert mit den klobigen Holzschuhen, dem andern rutscht der Inhalt des letzten Paketes aus der Schlafdecke – Kartons sind nicht gestattet! – und dazwischen die anfeuernden Vopos, die sich im übelsten Kommissston wichtig vorkommen. „Alle in den Keller“, denn der Boden hat kleine Luken, durch die man in die Stadt sehen kann.

Die Ereignisse überstürzen sich. Aus der Straße, die auf den „Roten Ochsen“ führt, kommt eine Marschsäule. Es scheinen in erster Linie Frauen und Kinder zu sein. Jetzt hören wir das Deutschlandlied. Andere Häftlinge beobachten, dass man mit Tüchern uns zuwinkt. Vom Gefängnishof schreien die Vopos: „Fenster weg!“ Oberkommissar Hauser – der sich inzwischen nach Westen abgesetzt haben soll – dreht mit der 08 zu uns. In einigen Zellen klirrt es. Man hat die Fensterblenden eingeschlagen. Und nun hören wir auch Schüsse fallen.

Die Gefangenen, die nach der Haupttorseite wohnen, können mehr sehen. Tausende von Demonstranten belagern das Gefängnistor. „Gebt die Gefangenen heraus. Das sind keine Verbrecher. Wir wollen unseren Vater wiederhaben. Sperrt die richtigen Verbrecher ein!“, so fordern es die Sprechchöre.

Die Gefängnisfeuerwehr spritzt durch das Guckloch des Haupttores. Beherzte Demonstranten ziehen den Schlauch weiter durch, legen ihn über das Tor und spritzen zurück. Ein Freudengeheul auf der Straße und bei uns im Gefängnis! Ein schwerer LKW fährt mit voller Wucht gegen das Tor. Die Menge flutet in den Vorhof. Eine Krankenschwester ist besonders mutig. Sie versucht, das zweite Tor zu überklettern. Da knallt es. Die Schwester fällt um. Der Mörder ist ein junger Vopo, der sich schon in Bautzen als Rohling und Schläger hervortat. Nun schießen auch andere Vopos. Man hört herzerreißende Schreie. Die Menge rast. Ein paar Vopos geraten in ihre Hände. Ein Vopo wird buchstäblich zu Brei zertreten.

Die Demonstranten scheuen die Waffen nicht. Bis an das Verwaltungsgebäude sind sie vorgerückt, und ein wüster Steinhagel setzt auf die Korona ein, die sich im Verwaltungsgebäude in Sicherheit gebracht hat, unter ihnen auch der Anstaltsleiter.

Und das unbewaffnete Volk wäre mit ihnen schnell fertig geworden. Doch da rollten sowjetische Panzer an. Sie fahren rücksichtslos in die Menge, und die sowjetische Soldateska schwärmt aus und riegelt ab. Alles, was greifbar ist, wird abgefahren. Tag und Nacht rollen nun die Einlieferungen. Wochen später sehen wir dann, als die 17er erstmalig 20 Minuten Rundgang haben: es sind Männer, die unmittelbar vom Arbeitsplatz kamen: Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Studenten.

Lange schwelen noch die Hoffnungen bei uns politischen Gefangenen: In Leuna soll noch gestreikt werden, ein Generalstreik ist geplant u. s. f. O, es waren „große Hunde“, wie man unter uns die schönsten Parolen nennt, Gerüchte, die viele tausend Gefangene für kurze Zeit wieder hochrissen.

Dr. Friedhelm Thiedig

Norderstedt, November 2002

Als Student der Naturwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg wurde ich im April 1952 in Halle von der Staatssicherheit verhaftet.

Wegen Vergehens gegen die Kontrolldirektive 38 III A III und Artikel 6 der Verfassung der DDR bin ich Ende Juni 1952 gemeinsam mit fünf weiteren Studenten vor dem Landgericht Halle angeklagt und zu einer Zuchthausstrafe von dreieinhalb Jahren und außerdem zu fünf Jahren anschließenden Sühnemaßnahmen (u. a. Ehrverlust und Aufenthaltsbeschränkungen innerhalb der DDR) verurteilt worden.

Unsere Studentengruppe hatte vor allem Aufkleber, Handzettel, Kleinstdrucke von Westberliner Zeitungen und die von der DDR als „Hetzschrift“ bezeichnete farbige Zeitschrift „Tarantel. Satirische Monatsschrift der Sowjetzone“ verbreitet.

Im Herbst 1952 verlegte man uns vom Zuchthaus „Roter Ochse“ (Halle) in die so genannte Strafvollzugsanstalt Zuchthaus Torgau (Fort Zinna). Nach mehreren Monaten untätigen Aufenthaltes in einer Zelle wurde mir zu Beginn des Jahres 1953 die besondere Vergünstigung gewährt, in einem Schrottverwertungs-Kommando zu arbeiten. In einer großen Halle waren aus losen Brettern auf Holzböcken primitive Arbeitstische aufgebaut worden, auf denen wir, mit Hammer und Meißel bewaffnet, deutsche und sowjetische Militärflugzeugwracks aus dem letzten Weltkrieg zerlegen mussten. Die Arbeit war gefährlich, einmal weil es vor allem an geringstem Arbeitsschutz wie Arbeitshandschuhe oder Schutzbrillen fehlte. Besonders die abgeschlagenen Nietköpfe aus Aluminium verursachten häufig schwere Verletzungen, vor allem an den Händen und Augen. Außerdem erkrankten auch viele Häftlingsarbeiter an schweren Bleivergiftungen, die vermutlich von Resten des verbleiten Flugzeugbenzins stammten, die noch an den Schrotteilen hafteten. Die schätzungsweise 400 bis 500 Arbeiter waren in drei Schichten eingesetzt, am schlimmsten waren immer die Nachtschichten von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr morgens.

Am 5. oder 6. März 1953 geschah plötzlich etwas Unerwartetes, ein zunächst für den Häftling nicht erklärbares Ereignis: die Arbeiten in allen Arbeitskommandos wurden unterbrochen und alle Häftlinge mussten zurück in ihre Zellen. Weil niemand von uns wusste, welche Ursache zu dieser Maßnahme geführt hatte, entstand Unruhe in den Zellenhäusern. Am späten Nachmittag wurden wir zellenweise von einem Wächter zu einem Friseur geführt, bei dem uns das Haupthaar geschoren wurde. Wir waren entsetzt und verunsich-

chert über diese Erniedrigung. Einem von uns gelang es, von dem Friseur, der auch ein Häftling war, den Grund für diese Maßnahmen zu erfahren. Er raunte uns zu: Stalin ist tot. Offenbar fürchtete die Stasi die Erregung oder Aufstände bei den Häftlingen. Wir wussten ja auch nicht, ob Stalin eines natürlichen Todes gestorben war, oder ob es in der Sowjetunion einen Putsch oder Aufstand gegeben hatte. Wir politischen Häftlinge freuten uns riesig über den Tod des Diktators, und wir spekulierten heftig über die möglichen politischen Auswirkungen. Zeitungen oder gar Radios gab es nicht, neue Informationen kamen nur über frisch verurteilte Häftlinge zu uns. Nach einer Woche der erzwungenen Staatstrauer normalisierte sich die Lage, und wir durften wieder im Schrottkommando weiterarbeiten.

Wenige Monate später, am 17. Juni 1953, erlebten wir erneut einen absoluten Stillstand der Arbeit und einen sehr strengen Verschluss in den Zellenhäusern. Beklemmend und beängstigend war die absolute Stille, die Ruhe, nichts schien sich zu bewegen, keine Geräusche drangen an unsere Ohren. Die politischen Häftlinge, die es ja in der DDR gar nicht gab, wurden isoliert im ersten Stockwerk des südlichen Flügels untergebracht. Da es in dem Stockwerk keine Holzblenden vor den hoch angebrachten Fenstern gab, hatte ich zum ersten Mal die Möglichkeit, vom oberen Stockwerk aus einen sehnsüchtigen Blick auf die entfernte Elbe zu werfen. Kurz nach der Verlegung in die Isolation wurden wir „Politischen“ neu eingekleidet. Die neuen Uniformen, graue Drillichhosen und -jacken, besaßen breite eingenähte knallrote Biesen entlang der Ärmel und Hosenbeine und zusätzlich noch einen roten Ring oben auf den Ärmeln. Mit dieser sehr auffälligen neuen „Generalsuniform“, wie wir sie nannten, konnte man uns schon aus großer Entfernung als besonders gefährliche Häftlinge erkennen.

Von den Ereignissen des 17. Juni 1953 haben wir wegen unserer strengen Isolation erst nach einigen Tagen erfahren. Die sog. „Freigänge“, das waren 20-minütiges Marschieren in einer Kolonne auf dem Hof, waren zunächst völlig eingestellt worden. Bei diesem Marschieren konnte man sonst von den benachbarten Zelleninsassen Neuigkeiten erfahren. Dennoch drangen bei irgendwelchen Kontakten, wie bei Besuchen in der Ambulanz, Gerüchte auf, dass in manchen Orten wie Halle Gefangene von mutigen Mitbürgern teilweise befreit werden konnten. Auch von Torgau munkelte man, dass es bei den Soldaten der sog. „Kasernierten Volkspolizei“, die in benachbarten Kasernen streng und abgeschirmt in Bereitschaft gehalten wurden, starke Unruhen gegeben hätte, woraus einige von uns folgerten und hofften, dass sie unsere Befreier werden könnten. Daraus wurde aber nichts, und wir warteten einige Wochen untätig auf Veränderungen, die dann auch tatsächlich kamen.

Wir durften wieder arbeiten, nun aber in dem großen Saal des Zellenhauses, in dem an Sonntagen einmal in jedem Monat Gottesdienste für die evangelischen und katholischen Gläubigen getrennt stattfanden. Hier mussten wir an sechs Wochentagen für ein DDR-Kombinat Tarnnetze für Schützengräben und Panzer der Volksarmee im Akkord aus dicken und sehr harten Perlonfäden filieren. Wir bekamen erstmals gelegentlich einige Tage alte SED-Zeitungen, es gab unerwartet Radiomusik von neu installierten Lautsprechern auf den Fluren, und wir hatten anfangs das Gefühl, dass der Strafvollzug humaner wurde. In Arbeitspausen durften wir drei Zigaretten für 30 Pfennige erwerben, unser Arbeitslohn für den ganzen Tag nach Abzug unserer „Hotelkosten“, die in den Pausen geraucht werden durften. Dazu reichte uns der Gefangenewart das Feuer. In den monatlichen Briefen an uns durften erstmals Fotos mitgeschickt werden, die aber nach kurzem Besitz wieder abgegeben werden mussten. Die meisten dieser Vergünstigungen gingen aber im Laufe des Jahres wieder verloren.

Bei meiner Entlassung erhielt ich einige Fotos zurück, darunter eins mit meinem akademischen Lehrer an der Universität Halle, Prof. Dr. Hans Gallwitz, das von meinen ehemaligen Kommilitonen auf einer geologischen Exkursion im Erzgebirge am 17. Juni 1953 aufgenommen worden war. Meine Kommilitonen wussten damals nicht, dass ich in jenen Tagen in dem gar nicht so weit entfernten Zuchthaus in Torgau festgehalten wurde. Vor kurzem erfuhr ich erst, dass an diesem Tage den Studenten dieser Exkursion von den Einwohnern der erzgebirgischen Dörfer SED-Parteibücher angeboten wurden, die sie nach ihrer Meinung nun nicht mehr benötigen würden.

Melanie Kollatzsch

Melanie Kollatzsch, Jg. 1927, wurde 1947 verhaftet und von einem Sowjetischen Militärtribunal unter dem Vorwurf der „Spionage“ zu 25 Jahren „Arbeitslager“ und Zuchthaus verurteilt, wovon sie 15 1/2 Jahre verbüßen musste. Als Absolventin von 30 Semestern „Akkadämie des Lääbens“, wie die sowjetischen Untersuchungsbeamten die unmenschliche Haft zynisch zu benennen pflegten, hat sie ihren Bericht nach dem Haftende aus der Erinnerung aufgeschrieben.

Magdeburg, 2003

Ein kurzer Traum von Freiheit ... in der Strafvollzugsanstalt Waldheim

Vom 16.06.–18.06.1953 = 3 Tage Rückerinnerung an den 17. Juni im Vollzug und an das Verhalten des Wachpersonals und der gesamten Verwaltung.

Waldheim – ein schönes Städtchen. Idyllisch gelegen. Eine Gegend zum Wandern und Erholen.

Wenn da nicht das große und berühmte Zuchthaus für kriminelle und politische Häftlinge gewesen wäre! Eine Hinrichtungsstätte für 23 politische Häftlinge, bekannt von den „Waldheimer Prozessen“. Eine strenge und unglaublich brutale Leitungsführung durch das Wachpersonal. Alle Polizisten trugen ständig Gummiknüppel – nicht zum Spaß – ! Es war dem Personal nicht möglich, in normalem Ton zu reden. Es wurde nur gekeift und in beleidigender Form gesprochen: „Klappe halten – Weiberviehzeug – Männerböcke“, das waren noch gezügelte Worte.

Am 16. Juni, abends, dann plötzlich freundliche Worte, ruhiges Verhalten – wir vermuteten eine Kommission.

Der 17. Juni. Zellentüren blieben offen, Essen mit Fleisch und Nachspeise. Nachfrage: „Wie geht es Ihnen, haben Sie Wünsche usw.?“

Wir sind sprachlos – was ist los? Der „Buschfunk“ signalisiert: „Die Amis kommen!“ Von der Straße her Unruhe, es ist Lärm zu hören – Hoffnung kommt auf!

Eine berühmte Wachmeisterin, gehässig, von Minderwertigkeit durchdrungen, fragte mich, ob wir uns über Sie beschwerten könnten – es sei doch nicht so gemeint gewesen. Die Angst sprach aus ihren Worten.

Parolen flogen nur so hin und her – sollte doch die Befreiung nahen?

Am 17. Juni abends wimmelte das Gefängnis von Offizieren der Volkspolizei. Die Unruhe war überall zu verspüren. Die Zellentüren blieben weiterhin offen. Was ist nur los? Auf unsere Fragen die lakonische Antwort: „... wir werden sehen ...!“ Die Nacht des 17. zum 18. Juni blieb weiterhin unruhig.

Trotz offener Türen wagte sich kaum eine Gefangene, die Zelle zu verlassen. Die umlaufenden Gerüchte sprachen davon, „wenn Ihr auf den Gängen herumlauft, könnte das als Fluchtversuch ausgelegt werden“ – und mit „Nachschlag“ (Nachverurteilung zu zusätzlicher Haftzeit) bestraft werden.

Dann plötzlich wurden die Zellentüren wieder mit lautem Krachen abgeschlossen. Der alte Ton brach wieder durch und mit den Worten:

„Na, habt Ihr schon die Bäume ausgeguckt, wo Ihr uns hängen wolltet? Die Messer habt Ihr doch schon gewetzt?! Aber wir sind wachsam geblieben und haben den Klassenfeind besiegt! Unsere Freunde [die Sowjets] lassen uns nicht im Stich. Einige von euch werden noch hängen. Wir lassen uns nichts wegnehmen!“

Der Traum, der Ami kommt, wir kommen frei und gehen nach Hause, der war ausgeträumt.

Waldheim, wie bist Du berühmt ...

Ortsregister

Artern 31, 32	Milzau 124
Axien 204	Muldenstein 106
Aschersleben 34	Naumburg 12, 22–24, 38–40, 43, 46–54
Bad Kösen 53	Nebra 24, 32, 34
Belleben 113	Neugattersleben 114
Bernburg 24, 107–115	Nienburg 113
Bitterfeld 7, 11, 14, 21, 23, 25, 34, 38, 39, 43, 73–107, 125, 128, 158, 159, 160	Oberröblingen 143–145
Buna (siehe Schkopau)	Peißen 114
Burgkernitz 160	Plömnitz 114
Coswig 178–188, 197–203	Pratau 160
Dessau 8, 23, 24, 33, 41, 136–138	Prettin 204
Domersleben 125, 126	Punschrau 47
Edlau 114	Quedlinburg 34, 154–158
Eisleben 15, 21–23, 25, 33, 41, 43, 107, 139–143	Rade 16, 204
Freyburg 153	Radegast 115, 116
Friedenshall 113	Rehausen 49, 50
Friedersdorf 87, 104–106	Rodleben 152
Gerbisbach 204	Roßlau 23, 25, 32, 40, 41, 43, 151–153
Gerbstedt 144	Sandersdorf 92
Gräfenhainichen 23–25, 32	Sangerhausen 22, 23, 34, 143–145
Gramsdorf 114	Schackstedt 114
Greppin 159	Schkopau 13, 14, 65–73
Gröna 113	Schmalkalden 144
Halle/S. 11, 15, 17, 19–23, 25, 26–31, 33, 36–43, 107, 124–135, 215–216	Söllichau 25, 161
Hassenhausen 47, 48, 50	Strenznaundorf 114
Höhnstedt 24, 124	Thale 25, 116–125
Ilbersdorf 114	Torgau 17, 217–219
Ilberstedt 113	Tornau 158–177
Jessen 8, 16, 204–214	Unterrißdorf 141
Kirchscheidungen 25	Volkstedt 40, 42, 43
Könnern 114	Waldheim 17, 219, 220
Köthen 22, 24, 33	Weißandt-Gölzau 115, 116
Langeneichstädt 124	Weißenfels 145–151
Leau 114	Wengelsdorf 16, 164, 178–196
Leuna 13, 34, 54–64, 70, 125, 128	Westerhausen 118, 124, 125
Mansfeld 35, 128, 144	Wittenberg 9, 10, 34
Merseburg 13, 14, 21–23, 25, 32, 34, 38, 41, 71	Wethau 49
	Wolfen 14, 23, 28, 83, 159
	Zappendorf 3

Literaturverzeichnis

- Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953; Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983
- Bärwald, Helmut: Das Ostbüro der SPD. 1946–1971 – Kampf und Niedergang; Sinus Verlag, Krefeld 1991
- Berger, Siegfried: „Ich nehme das Urteil nicht an“ – Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal; Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin, Berlin 1998
- BSV, Kreisverband Magdeburg: Ein Gespenst ging um – Erlebnisberichte aus dem „sozialistischen Lager“ 1945 bis 1989. Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Reihe „Betroffene erinnern sich“ Nr. 2, 2. Auflage, Magdeburg 1997
- Buchstab, Günter: Der Volksaufstand in der DDR; Archiv für Christlich-Demokr. Politik d. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin 2001
- Bundeszentrale für politische Bildung; DeutschlandRadio; Zentrum f. Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam (Hrsg.): 17. Juni 1953. Chronik des Volksaufstandes in der DDR; CD-ROM, erscheint Juni 2003 (Bezug über: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn oder www.bpb.de) – außerdem sind die Inhalte, die noch erweitert werden, abrufbar unter www.17juni1953.de
- Diedrich, Torsten; Hertle, Hans-Hermann (Hrsg.): Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953; Metropol-Verlag, Berlin 2003
- Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk; Dietz Verlag, Berlin 1991
- Eisenfeld, Bernd; Kowalczyk, Ilko-Sascha; Neubert, Erhart: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte; Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten, Band 25; Edition Temmen, Bremen 2003
- Flemming, Thomas: Der 17. Juni 1953. be.bra Verlag, Berlin 2003
- Freier, Olaf: Der Juni-Aufstand 1953 im Industrieviertel Bitterfeld-Wolfen. In: Tullner, Mathias (Hg.), Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte, Heft 11, S. 36; Mitteldeutscher Verlag, Halle 1998
- Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der Tag X und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat; Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten, Band 24; Edition Temmen, Bremen 2003
- Fricke, Karl Wilhelm; Spittmann, Ilse: 17. Juni 1953; Verlag Wissenschaft und Politik, Köln
- Fricke, Karl Wilhelm: 17. Juni 1953. Der Aufstand. Funkdokumentation; Deutschlandfunk, Köln 1993

- Friedrich-Ebert-Stiftung: Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums/ Deutsche Teilvergangenheiten – Aufarbeitung West – 4. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 17. bis 19. Juni 1993. Dokumentation; Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig, Leipzig 1993
- Fuckert, Walter: „Der 17. Juni 1953 in den Leunawerken. Mit einer Darstellung der Ereignisse an diesem Tage“, Projekte Verlag, Halle 1996
- Gursky, André; Löhn, Hans-Peter: Der 17. Juni 1953 in Halle. Begleitmaterial zur Sonderausstellung im Roten Turm Halle (Marktplatz) vom 18. Juni bis 15. Juli 1998; LStU Sachsen-Anhalt und Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle/S., Magdeburg, Halle/S. 1998
- Hagen, Manfred: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus; Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1992
- Hagen, Manfred: „Wir sind doch nicht geschlagen?!“ Erste Reaktionen der SED-Führung auf die Volkserhebung 1953; H.-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Dresden 1993
- H.-Arendt-Institut: Ansprachen zur Eröffnung am 17. Juni 1993; H.-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Dresden 1993
- Herrnstadt, Rudolf: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953; Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1991
- Hildebrandt, Rainer: Der 17. Juni; Haus am Checkpoint Charlie, Berlin 1990
- Karmrodt, Andreas: Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei; Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen, Erfurt 1997
- Koop, Volker: Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit; Siedler Verlag 2003
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: „17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR“. Ursachen – Abläufe – Folgen; Edition Temmen, Bremen 2003
- Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54; Ch. Links Verlag, Berlin 1996
- Krämer, Martin: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland; Universitätsverlag Dr. N. Brockmeier Verlag, Bochum 1996
- Löhn, Hans-Peter: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale; Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten, Band 22; Edition Temmen, Bremen 2003
- Moczarski, Norbert: Der 17. Juni 1953 im Bezirk Suhl. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkungen. Versuch einer historiographischen Skizze anhand archivalischer Quellen; Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen, Erfurt 1996

Mokros, Dietmar:	17. Juni 1953 in Lutherstadt Eisleben und Mansfelder Land; BSV, Landesverband Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit der VOS, Landesgruppe Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003
Müller-Enbergs, Helmut:	Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni; Ch. Links Verlag, Berlin
Roth, Heidi:	Der 17. Juni 1953 in Görlitz. Dokumentation zum Volksaufstand; Lusatia Verlag, Bautzen 1998
Roth, Heidi:	Der 17. Juni 1953 in Sachsen; Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 1999
Rupieper, Hermann-Josef (Hg.)	in Verbindung mit Daniel Bohse und Inga Grebe: „... und das Wichtigste ist doch die Einheit“. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, LIT Verlag, Berlin 2003
Russig, Peter:	Wilhelm Grothaus – Dresdner Antifaschist und Aufstandsführer des 17. Juni; Der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Dresden 1997
Schilling-Werra, Georg J.:	Und im Osten wird es hell. Tatsachenroman um den Volksaufstand 1953 in der DDR, 1. Band der Trilogie „Flucht und Vergeltung“; Frieling Verlag, Berlin 2000
Schmidt, Heidemarie; Wagner, Paul Werner:	„... man muß doch mal zu seinem Recht kommen ...“. Paul Othma – Streikführer am 17. Juni Bitterfeld; LStU Sachsen-Anhalt (Hg.), Magdeburg 2001
Sperk, Alexander:	Der 17. Juni 1953 in Köthen/Anhalt – ein Volksaufstand? In: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde, hrsg. unter Mitwirkung des Landesarchivs Oranienbaum; 9. Jahrgang, S. 159, Köthen 2001
Timmermann, Heiner (Hrsg.):	Der 17. Juni 1953, der Kalte Krieg und die Außenpolitik; Duncker & Humblot Verlag, Berlin 2003
VOS e. V., Landesgruppe Sachsen-Anhalt:	Vom Roten Ochsen geprägt – Lebensumstände politischer Häftlinge 1944 bis 1956. Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Nr. 1, 2. Auflage, Magdeburg 1996.
Wahl, Stefanie; Wagner, Paul Werner (Hrsg.):	im Auftrag des Wilhelm-Fraenger-Instituts Berlin: Der Bitterfelder Aufstand. Der 17. Juni 1953 und die Deutschlandpolitik. Ereignisse – Zeitzeugen – Analysen, Forum Verlag, Leipzig 2003
Zeit-Geschichte(n) e. V.:	Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage (Grashoff, Udo); Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte, Halle/Saale 2001
Zeit-Geschichte(n) e. V.:	Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage (Postkartenmappe mit 17 Postkarten); Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte, Halle/Saale 2001
Zeit-Geschichte(n) e. V.:	Der 17. Juni 1953 in Halle/Saale (CD-ROM); Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte, Halle/Saale

Impressum

Stefanie Wahl (Hrsg.):

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle.
Schlaglichter

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 29)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, 2. Auflage Mai 2003

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: Harz Druckerei Wernigerode GmbH

2. Auflage gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Landtages von Sachsen-Anhalt und des Ministeriums der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt.